

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verbreiter: Amt IV, Nr. 1943.

Freitag, den 27. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verbreiter: Amt IV, Nr. 1944.

**Die Insertions-Gebühr**  
beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Teilerfüllte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen und Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat.

Erhebt täglich außer Montags.

### Unsere Parteipresse

hat sich in den letzten Jahren in erfreulicher Weise entwickelt. Die Abonnentenziffer ist ständig gestiegen, die einzelnen Betriebe, in denen die Parteiblätter hergestellt werden, machten sich die technischen Neuerungen zunutze, um schnellere Herstellung zu ermöglichen und so zugleich unserer Presse eine größere Aktualität zu verleihen. Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging auch eine bessere Ausgestaltung in inhaltlicher Beziehung. Immer weitere Gebiete unseres volkswirtschaftlichen Lebens erfuhren in unserer Presse sachverständige Behandlung und Bearbeitung; auch der Nachrichtendienst wurde ständig erweitert und verbessert, und es ist keine Ueberhebung, wenn wir behaupten, daß unsere Parteipresse der bürgerlichen Presse in affiner Beziehung mindestens gleichwertig ist und in qualitativer Beziehung hoch über derselben steht.

Die sich unsere Parteipresse äußerlich in den letzten Jahren entwickelt hat, zeigt recht augenfällig ein Vergleich des Abonnentenstandes vom Jahre 1899, von dem uns Zahlen zur Verfügung stehen, mit dem von diesem Jahre. Im Jahre 1899 hatte unsere Presse einen Abonnentenstand von 400 000, während im Jahre 1905 ein solcher von 680 000 verzeichnet werden konnte. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß verschiedene Blätter, die im Jahre 1899 nur ein, zwei oder dreimal wöchentlich erschienen, in diesem Zeitraum in täglich erscheinende Blätter umgewandelt wurden. Dazu kommt, daß auch der Lesestoff erheblich gewachsen ist, und in einem weit größeren Umfange als früher kommt heute die Arbeiterpresse in die Hände der Leser.

Diese günstige Entwicklung unserer Presse ist erreicht worden trotz der oft recht niedrigen Bekämpfung seitens unserer Gegner, trotz der Verfolgungen, die die Arbeiterpresse durch Polizei, Staatsanwalt und andere Behörden zu erdulden hat. Zu danken ist sie der Werbekraft des sozialistischen Gedankens an sich, vor allem aber der ständigen, intensiven agitatorischen Kleinarbeit unserer überzeugten Parteigenossen. Der unermüdbaren Tätigkeit der Letzteren ist es geschuldet, daß unsere Presse allein im letzten Jahre einen Gewinn von 58 000 Abonnenten verzeichnen konnte.

Ist auch das auf diesem Gebiete bisher erzielte Resultat ein recht erfreuliches, sind die Fortschritte, die die proletarische Presse gemacht hat, recht erhebliche: befriedigen können und dürfen sie uns nicht. 680 000 Leser der sozialdemokratischen Presse verglichen mit den drei Millionen sozialdemokratischer Wähler ist ein Verhältnis, das alle Veranlassung gibt, alles aufzubieten, um die Abonnentenzahl unserer Presse zu steigern zu einer Höhe, die in einem einigermaßen normalen Verhältnis zu der Wählerzahl steht. Es gibt auf diesem Gebiete noch viel zu tun.

In letzter Zeit hat nun an vielen Orten eine erhöhte Tätigkeit für die Weiterverbreitung der sozialistischen Presse mit allem Nachdruck eingesetzt. Parteigenössische und gewerkschaftliche Kreise arbeiten, sich gegenseitig ergänzend, einträchtiglich in dieser Richtung. Die Sonntage werden vielfach von unseren Genossen benützt, um indifferenten Kreisen in Gestalt von Gratisexemplaren das Arbeiterblatt ins Haus zu tragen und bei dieser Gelegenheit Leser zu werben; auch Wahlbewegungen, bei welcher Gelegenheit wir an uns fern stehende Kreise herankommen, werden für diesen Zweck für geeignet befunden. Auf der anderen Seite suchen in der Gewerkschaft tätige Genossen, durch statistische Erhebungen über die Verbreitung der Arbeiterpresse in gewerkschaftlich organisierten Kreisen eine Basis zu schaffen von der aus die Propaganda für unsere Presse wirksam betrieben werden kann. In letzter Zeit sind eine Reihe solcher Erhebungen veranstaltet und veröffentlicht worden. Einige dieser Veröffentlichungen möchten wir hier wiedergeben. Die von Gewerkschaften Offenbachs veranstaltete Erhebung ergab folgendes Resultat:

Von 2956 Gewerkschaftsmitgliedern waren 1788 Abonnenten der sozialdemokratischen Parteipresse. Auf das „D f n b a c h e r Abendblatt“ entfielen 1754 Abonnenten, auf die Frankfurter „V o l k s s t i m m e“ 27 und auf den „V o r w ä r t s“ einer. Außer dem „Offenbacher Abendblatt“ wurden noch von 4 Personen die Frankfurter „V o l k s s t.“, von 6 der „S o m m.“ und von einer die „Leipz. Volksztg.“ gelesen. Demnach sind nur 63 Proz. der Gewerkschaftler Abonnenten der Arbeiterpresse. Allerdings ist dabei zu beachten, daß eine nicht geringe Anzahl der Verheirateten, die ebenfalls in die Erhebung einbezogen erwachsene Söhne oder Töchter haben, natürlich nur einmal als Abonnenten in der Statistik erscheinen; aber so groß ist deren Zahl sicher nicht, daß sie die fehlenden 37 Proz. erklärlich machen.

Unser Offenbacher Parteiblatt stellt mit Genugthuung fest, daß während der Vornahme der Erhebung eine Anzahl Arbeiter sich auf ihre Pflicht bekamen und auf das Arbeiterblatt abonnierten. In Hamburg hat der Zweigverein der Maurer eine solche Umfrage veranstaltet: Von 4710 Befragten waren 2797 Leser des „Hamburger Echo“, sonstige Parteiliteratur wurde zusammen in 1064 Exemplaren gelesen. Dabei muß aber bemerkt werden, daß sich unter den Mitgliedern etwa 400—500 Ausländer befinden, die des Deutschen nicht mächtig sind.

In Leipzig befragten die organisierten Handels- und Transportarbeiter ihre Mitglieder. Von 3911 Mitgliedern

gaben 3117 Auskunft. Danach waren 1626 Leser der „Leipz. Volksztg.“, 748 lasen bürgerliche Organe und 743 hielten gar keine Zeitung.

Die Zahlstelle des Metallarbeiter-Vereins in Halle konnte folgendes Resultat bekannt geben: Von 1548 Befragten lasen das „Arbeiterblatt“ 1127, den „General-Anzeiger“ 73, den „Zentral-Anzeiger“ 12, die „Allgemeine Zeitung“ 5, die „Saale-Zeitung“ 1, nur das Verbandsorgan, die „Metallarbeiter-Zeitung“, lesen 330 Mitglieder.

An der Umfrage, die der Holzarbeiter-Verein in Breslau veranstaltete, beteiligten sich 1727 Mitglieder. Davon waren 1293 Leser der „Volkswacht“, des dortigen Parteiblattes, 272 Leser bürgerlicher Zeitungen und 162 lasen gar keine Zeitung. Auch die organisierten Buchbinder Breslaus machten sich diese Mühe. Es ergab sich, daß von 96 Organisierten 42 die „Volkswacht“ abonnierten. Ein Jahr vorher waren es kaum 20, die die „Volkswacht“ hielten. In Dresden war es die Geschäftsleitung der Tapeziererorganisation, die durch Umfrage unter den organisierten Kollegen sich ein Bild von der Verbreitung der Arbeiterpresse zu verschaffen versuchte. Dabei ergab sich folgendes:

Von 240 Befragten lesen 120 überhaupt keine Zeitung (1), und von 130 Verheirateten — ob da die übrigen 120 inbegriffen sind, geht aus der Mittelung nicht hervor — lesen 58 die „Arbeiterzeitung“, 51 die „Neuesten Nachrichten“ (1), drei andere Blätter; von Ledigen lesen sechs die „Arbeiterzeitung“.

Die organisierten Buchbinder von Chemnitz konnten folgendes Ergebnis feststellen: Von 64 zur Ausgabe gelangten Fragebogen gingen 58 ausgefüllt ein. Von den Ausfüllern haben sich als Abonnenten des Parteiblattes — der „Volkstimme“ — 29, also die Hälfte bezeichnet. Die andere Hälfte liest die bürgerliche Presse oder gar keine Zeitung, denn es haben sich als Abonnenten bürgerlicher Blätter 15 angegeben; 5 bezeichnen sich als Mitleser der „Volkstimme“.

Von denselben üblichen Gesichtspunkten ausgehend, wie die Veranstalter obiger Enquetes, sucht die Zahlstelle des Metallarbeiter-Vereins in Bremerhaven für das Arbeiterblatt zu wirken; sie veröffentlicht in unserem Bremerhavener Parteiblatt das folgende Inserat:

„Da sich in den letzten Lohnkämpfen wiederum gezeigt hat, daß von allen Zeitungen in den Unterdieserorten nur „N o r d d e u t s c h e V o l k s s t i m m e“ die Interessen der Arbeiter entschieden vertritt, fordern wir unsere Mitglieder auf, sofern sie noch nicht Abonnenten sind, unverzüglich die „Volkstimme“ zu bestellen. Unsere Kassierer sowohl als unsere Vertrauensleute nehmen Bestellungen entgegen. Desgleichen die Expedition Am Hafen 49. Die Ortsverwaltung.“

Überall das gleiche Motiv: Die Position der Gewerkschaften kann noch mehr gestärkt werden, wenn auf ihre Mitglieder statt des lähmenden und verderblichen Einflusses der arbeiterfeindlichen Presse der zur Solidarität erziehende, zum Kampf anfeuernde Geist der einzig wahren Arbeiterpresse, der sozialdemokratischen Presse, wirkt.

So sehen wir denn überall eine Agitation für unsere Presse einsetzen, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Es ist aber auch dringend notwendig, in immer weitere Kreise die Erkenntnis zu tragen, daß es nur die Arbeiterpresse ist, die furchtlos und unerschrocken die Interessen des unterdrückten und gedemütigten Proletariats vertritt. Die Arbeiterpresse kämpft gegen eine Welt von Feinden. Sie führt den Kampf gegen das übermütige Junkertum, das aus der Haut der werktätigen Bevölkerung Niemen schneidet, sie kennzeichnet die Ausbeutungsgelüste der Industriebarone, die sich auf Kosten ihrer Arbeiter immer mehr bereichern. Die Arbeiterpresse kämpft gegen jedes Unrecht und brandmarkt gesellschaftliche Zustände, in denen es möglich ist, daß eine Handvoll Menschen im Ueberfluß schwelgen, während die Masse des Volkes am Hungertuche nagen muß.

Die Arbeiterpresse betrachtet es als ihre Hauptaufgabe, darzulegen, daß unsere ganze heutige Misere wurzelt in unseren gesellschaftlichen Einrichtungen und nur beseitigt werden kann durch Ersetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische Wirtschaftsweise. An der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zustände hat nur die beständige Klasse ein Interesse: die Arbeiterklasse ist daher genötigt, gegen diese Klasse den Kampf zu führen, der nur ein Klassenkampf sein kann. Um ihn aber erfolgreich führen zu können, dazu ist eine starke Arbeiterpresse eines der Hauptmittel.

Für Berlin ist dieses Kampfmittel der „Vorwärts“. Wie die Parteipresse im allgemeinen, so hat sich der „Vorwärts“ im Laufe der Jahre sehr günstig entwickelt. Schon im Jahre 1900 hatte der „Vorwärts“ 52 000 Abonnenten, gegenwärtig beträgt seine Auflage 96 000; kein politisches Blatt Berlins hat auch nur annähernd so viel Leser. Nur die sogenannte „unparteiische“ Presse kann sich rühmen, mehr Abonnenten als der „Vorwärts“ zu haben. Und zu dieser Leserschaft stellen Arbeiter das Hauptkontingent. Das muß anders werden. Mit allem Nachdruck muß diesen indifferenten Arbeitern zum Bewußtsein gebracht werden, daß noch immer und bei jeder Gelegenheit die bürgerliche Presse die Interessen der Arbeiter verraten hat. Noch bei der letzten, erst dieser Tage zu Ende gegangenen Aussperrung in der Elektro-Industrie hat sich gezeigt, daß diese Presse für die Unternehmer und gegen die Arbeiter Stellung nahm. Goldene Worte waren es, die unser unvergeßlicher Liebknecht prägte, als er sagte:

„Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse.“

Benutzen wir deshalb jede sich bietende Gelegenheit für den „Vorwärts“ zu wirken. Die gegenwärtige Kommunalwahlbewegung dürfte eine solche Gelegenheit sein. Indem wir für Ausbreitung unseres Blattes tätig sind, werden wir zugleich für unsere Sache, aus Lesern werden Anhänger, aus Anhängern werden Kämpfer für die Befreiung des Proletariats.

Die Zeiten werden immer enger, die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe immer schärfer. Da gilt es, auf der Wacht zu sein. Der „Vorwärts“, wird in diesen Kämpfen, seiner Mission getreu, seinen Rammspeer stehen. Furchtlos und unerschrocken, keine Gefahr scheuend, wird er als Anwalt aller Unterdrückten und Ausgebeuteten seine Schuldigkeit tun. Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, Kampf für die sozialistische Weltanschauung wird seine Parole sein! Deshalb, Arbeiter, Parteigenossen! Berbet für das einzige Arbeiterblatt Berlins, werbet für Euer Blatt: den

„Vorwärts“.

### Der Vormarsch der Revolution.

Der gewaltige Kampf gegen den Zarismus ist nunmehr auf der ganzen Linie entbrannt. Der Generalsirei der Eisenbahner, der diesmaligen Sturmkolonne des russischen Proletariats, hat explosivartig umschgegriffen und den Verkehr fast des ganzen Landes lahmgelegt. Auch die Post- und Telegraphenbeamten haben sich zum Teil bereits dem Aufstande angeschlossen. Daher kommt es wohl auch, daß die Nachrichten über die Vorgänge im Zarenreiche heute nur spärlich fließen. Was indes gemeldet wird, beweist, daß der gegenwärtige Kampf auf viel breiterer Front entbrannt ist und mit viel größerer Entschlossenheit geführt wird als je zuvor.

In den Hauptstädten des Landes, in Petersburg, Moskau und Warschau herrscht der Generalaufstand. Auch der Handelsverkehr ruht zum großen Teile, selbst die Apotheken sind geschlossen. Bahnhöfe und Postämter sind militärisch besetzt. Lebensmittel und Heizungsmaterial drohen auszugehen. Noch ist es zu keinen Zusammenstößen gekommen, allein die Ruhe ist die vor dem Orkan. Die Bourgeoisie ist von Panik ergriffen. Man fürchtet den Ausbruch furchtbarer Unruhen. Der Zar selbst soll sich in höchster Aufregung befinden und entschlossen sein, den drohenden Stürmen durch die Flucht in das Ausland zu entgehen.

Trotzdem beharrt die Regierung bei ihrer Politik des Tropes. Von der Einkerufung einer konstituierenden Versammlung, die aus dem gleichen allgemeinen Wahlrecht hervorgehe, ist keine Rede. Dafür glaubt man die Massen durch Verabreichung kleiner Stücken Zucker beschwichtigen zu können. Herr Witte will am Freitag die Pressefreiheit proklamieren, auch noch „andere wichtige Zugeständnisse“ werden in Aussicht gestellt. Damit wird sich aber jetzt das Volk nicht mehr abweisen lassen. Unter der Flagge der Pressefreiheit würde ja doch nur die reaktionäre Volksbetörung im größeren Stille versucht werden, wie das die Regierung ja selbst in Europaischer Offenherzigkeit ausgeplaudert hat. Die Revolutionäre haben auch ohnehin schon die Pressefreiheit für sich in Anspruch genommen, ebenso wie sie sich die Redefreiheit gesitteten trotz aller Spitzel und Zensurhergen. Und was nützte dem Volke die unbeschränkte Pressefreiheit, wenn sie nicht das Mittel sein soll, sich auch die geforderten gesetzgeberischen Rechte zu erkämpfen? Die kleinen Vot- und Beschwichtigungsmittel des „liberalen“ Herrn Witte werden deshalb nur Del in die Flamme gießen und die „Begehrlichkeit“ der Massen immer mehr entfachen!

Der Zarismus hat seinen Augenblick verpaßt. Zu oft hat er das Volk mit Versprechungen genarrt, zu oft und zu grausam den Brot und Freiheit Heischenden blaue Bohnen verabfolgt. Das naive Vertrauen zu Väterchen ist seit dem Petersburger Blutbad längt zu Grunde getragen worden, und der Respekt vor der Macht der Bürokratie und den Vajonetten ist nicht minder erschüttert. Das Proletariat und die mit ihm verbündeten Schichten des Bürgertums sind zum äußersten entschlossen. Will es der Absolutismus auf die blutige Nachtprobe ankommen lassen, so schreit das Volk auch vor Straßenkämpfen nicht zurück!

### Im Panzerzug gegen die Streikenden!

Dem Sächsl. Blatt wird aus Petersburg vom 26. Oktober gemeldet:

Auf der Nikolai-Bahn, fünf Werst von Petersburg entfernt, begann ein Haufen streikender Arbeiter, 5000 Personen stark, die Eisenbahnlinie zu zerstören, um jeglichen Verkehr nach Moskau zu unterbrechen. Ebenso wurden die Telegraphen- und Telefonverbindungen zerstört. Als ihnen dies gelangen war, raste der Panzerzug aus Moskau heran; der Zugführer bemerkte das Zerstörungswerk, und es gelang ihm, den Zug anzuhalten. Die wütende Menge prügelte das Suggestionaldruck, rührte dagegen die Passagiere nicht an. Der Dampf wurde auf der Maschine abgestellt, die Reisenden mühten, ihr Handgepäck auf den Rücken, zu Fuß nach Petersburg zu wandern. Zur Wiederherstellung der zerstörten Eisenbahnlinie wurde ein gepanzerter Zug mit Militär abgefannt, die

Waggons vorn und die Lokomotive als Beschluß. Die Soldaten waren bereit, sofort zu schießen, falls Streikende sie belästigen würden. Der Fahrplan wurde durch Ingenieure wieder hergestellt.

### Ueber Straßenkämpfe in Moskau

erhält das genannte Blatt von gestern folgende Mitteilung:

Der Verkehrsminister Fürst Schilow wollte gestern Abend von hier abreisen, aber niemand war bereit, die Lokomotive zu führen oder den Zug zu begleiten. Der Minister erklärte darauf, er werde selbst die Lokomotive führen. Es wurde ihm ein kleiner Zug zur Verfügung gestellt, Schilow machte selbst alles abgangsfertig und bestieg die Lokomotive. Aber ein Haufen Aufständischer beschloß den Zug und zwang ihn, umzukehren. Erst um 12 Uhr nachts gelang es dem Fürsten nach Petersburg abzufahren. Die Eisenbahner begannen jetzt, aktiv vorzugehen. Sie bereiteten gewaltsam jeglichen Versuch, den Verkehr wiederherzustellen. Es kommt bei Zusammenstößen mit Militär und Polizei zu heftigen Straßenkämpfen. Im Hauptpostamt sind seit gestern Abend in allen Abteilungen die Arbeiten eingestellt; das Telegraphenamt arbeitet unter starker militärischer Bedeckung. Die verdorbenen Wasserwerke sind nach kurzer Unterbrechung, welche eine Panik hervorrief, wieder in Stand gesetzt. Es ist also wieder Wasser vorhanden. Jetzt aber erklären die Wasserarbeiter, sie würden sofort streiken, falls die revolutionären Führer sie dazu auffordern. Ueberhaupt drohen die städtischen Arbeiter und niederen Angestellten, darunter das Fliegerpersonal der kommunalen Krankenhäuser, ferner die Techniker der elektrischen Zentrale usw., mit Streik. Der 28. Oktober wird die Entscheidung bringen. Sämtliche Ingenieure sind bereits heute in den Ausstand getreten, ebenso streikten alle Apotheker. Die Pharmazentische Gesellschaft wurde von der Polizei geschlossen, ihr Lokal verriegelt; mehrere Pharmazeuten wurden verhaftet. Die Angestellten der Semstwo sind ebenfalls bereit, sich der Bewegung anzuschließen. In vielen Fabriken ist seit heute die Arbeit niedergelegt, auch in der Kronbrauereiwirtschaft. Ueberall herrscht fürchterliche Gärung. Täglich finden kolossale Meetings und Versammlungen statt, besonders in der Univerfität. Die politischen Führer halten den Zeitpunkt für einen Generalstreik gekommen, die offene Revolution dürfte binnen kurzem zur Wahrheit werden.

### Ueber den Charakter der Massenbewegung

berichtet uns ein gestern nacht aufgegebenes Telegramm eines Petersburger Korrespondenten:

Infolge des Beschlusses der gestrigen Massenversammlung in der Univerfität sind heute alle Arbeiter auf den Petersburger Eisenbahnhöfen in den Ausstand eingetreten. Heute Abend versammelten sich die Arbeiter der Putilow-Werke, die wahrscheinlich am Montag in den Ausstand eintreten. Bis jetzt verläßt hier alles ruhig, die Führer suchen Straßenkrawalle zu vermeiden. Alle Bahnhöfe werden durch Truppen bewacht und Gendarmereipatrouillen durchziehen die Straßen. Es wird eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel erwartet, die, falls der Streik lange dauert, am Ende zu Straßenschlachten führen kann. Die Stimmung der Arbeiter ist sehr gehoben, wozu die in letzter Zeit in den Hochschulen abgehaltenen Massenversammlungen sehr viel beigetragen haben. In diesen Versammlungen wurden Reden von äußerst revolutionärem Inhalt gehalten.

Zum erstenmal nimmt die neue Bewegung die Formen einer wirklich tiefschneidenden Massenbewegung an. Die Regierung, welche heute die vier Freireichen und die gesetzgebende Kraft für die Duma bekanntgeben wollte, hat diesen Akt verschoben. Sie ist durch den jetzigen Eisenbahnerstreik in große Angst versetzt und diskutiert Mittel und Wege, um sich aus der gegenwärtigen Lage zu befreien. Sie scheint auch jetzt noch zu Gewaltmitteln zu neigen. Witte tritt immer noch für gemäßigten Liberalismus ein, aber seine gestern gehaltenen Rede hat einen äußerst schlechten Eindruck gemacht.

### Furcht vor der Herrschaft des Proletariats.

London, 26. Oktober. („Bureau Laffan.“) Aus Petersburg melden die „Times“: Unter der Bevölkerung Petersburgs greift eine Panik um sich. Man befürchtet den Sturz der Regierung und die Verkündung einer Herrschaft des Proletariats. In Südrussland herrscht offene Empörung. Die Arbeiter errichteten Befestigungen und Stacheldrahtzäune.

### Furcht des Zaren ins Ausland.

London, 26. Oktober. Der „Standard“ meldet aus Petersburg, der Zar sei in Peterhof im Begriffe, nach Danemark abzureisen, wo er zwei Monate Aufenthalt nehmen wolle, um sich von den Aufregungen der letzten Zeit zu erholen. Voraussetzungen sind, daß der Zar mit seiner Familie bis Weihnachten in Danemark verweilen. Während seiner Abwesenheit soll Witte mit den weitgehendsten Vollmachten betraut werden und dieselben Befugnisse erhalten wie ein Regent.

Nach einer anderen Version soll der Zar in Darmstadt Erholung von seiner Nervenabspannung zu suchen beabsichtigen. Seltsam ist nur, daß er seinen Aufenthalt im Auslande nur auf zwei Monate bemittelt. Sollte er sich wirklich einbilden, daß in zwei Monaten in Russland die Ruhe eingeleitet ist? Eine Revolution, wie sie in Russland ausgebrochen ist, pflegt sich über Jahre auszudehnen und einen immer radikalere Charakter anzunehmen. Wäterschen sollte in seiner ausländischen Ruhe einmal die englische und französische Revolution studieren!

### Witte als Prophet?

London, 26. Oktober. („Bureau Laffan.“) In einer Ansprache an eine Abordnung der Streikenden am Dienstag sagte Graf Witte nach einer Petersburger Meldung der „Daily Mail“ zum Schluß: „Ich sehe nur zwei Auswege aus der gegenwärtigen Situation. Beide sind blutig. Der Staat muß entweder mit Militärgewalt die Revolte unterdrücken, oder der Bürgerkrieg zwischen dem Volke (?) und den Ausständigen muß verkündet werden, wenn es auch nicht ganz unmöglich ist, daß die gegenwärtigen Aufregungen mit dem Sturze der russischen Regierung enden.“

Daß Witte derartiges denkt, ist schon möglich, aber daß er es den Streikenden gegenüber ausgesprochen haben soll, erscheint uns doch ziemlich unwahrscheinlich!

### Ausdehnung des Streiks.

Das „Woffische Bureau“ bringt folgende russisch-offizielle Nachrichten:

Petersburg, 26. Oktober. Heute morgen hat sich der Ausstand auf die Handelswelt ausgedehnt. Die Läden werden geschlossen.

Petersburg, 26. Oktober. Im Stadtteil Waffli-Dstrow sind alle Magazine und Läden geschlossen. Das Post- und Telegraphenamt wird militärisch bewacht; die Druckereien arbeiten noch.

Moskau, 26. Oktober. Die Lage verschlimmert sich mit jedem Tage, die Zahl der Wechselproteste wächst immer mehr. Die Vorräte an Kohlen für die Fabriken des Moskauer Rayons reichen für einen Monat. Holz ist noch für zehn Tage vorhanden. Gestern sind alle Apotheken geschlossen worden.

Petersburg, 26. Oktober. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) In einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung von Eisenbahnangestellten wurde mitgeteilt, daß auch die Verwaltungen der Südost-Linien in Wologda und der Eisen-Gesellschaften der Kollasimien sich dem Ausstand angeschlossen haben.

Charkow, 26. Oktober. In der Univerfität hatten sich 2000 Personen versammelt, die sich, als das Gebäude von Militär umstellt wurde, darin gegen die Truppen verbarriadierten; sie wurden nach längerer Verhandlung der Professoren mit den Militärbehörden freigelassen. Die beabsichtigte Versammlung wird mit Zustimmung der Obrigkeit unter freiem Himmel fortgesetzt werden.

Kursk, 26. Oktober. Auf die Aufforderung der Ausständigen hin haben die Regierungs- und Selbstverwaltungs-institutionen ihre Tätigkeit eingestellt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober.

### 200 Millionen Mark neue Reichsteuern.

Die Reichsregierung befolgt in Bezug auf ihre Steuerprojekte, durch die sie, wie der euphemistische Ausdruck lautet, das Deutsche Reich auf eigene Fäße stellen will, eine höchst raffinierte Taktik. Empörung, denkt sie, läßt sich ebensowenig einpölen wie Begeisterung. Deshalb veröffentlicht sie die im Reichs-Schatzamt ausgearbeiteten Steuerpläne nicht mit einemmale, sondern nach und nach in kleinen homöopathischen Dosen. Allen Anschein nach nimmt sie an, daß wenn das deutsche Volk erst durch die an jede stückweise Einführung anschließenden Preherörterungen genügend trainiert ist, es die ihm zugedachten reichlichen Steuertragant-Portionen leichter verdauen wird, als wenn sie ihm ohne vorherige Beeinflussung seines Gemüths- und Gewohnheitszustandes zum Ausöffeln vorgelegt werden. Schon seit mehreren Monaten bringen daher ganz und halb-offizielle Blätter allerlei Andeutungen über die Art der geplanten Steuern, ihre Form und Höhe, die dann zunächst von anderen offiziellen Blättern wieder in Frage gestellt und demontiert werden; aber in einer Weise, daß sich allmählich ein Gipfel nach dem anderen von dem Schleier löst, der die Leistungen der Stengelschen Rezeptier-lüche deckt.

Nachdem auf diese Art genügend vorgearbeitet ist, hält man es jetzt anscheinend in der hohen Regierung für angebracht, den Steuerzahlern einen etwas tieferen Einblick in das zusammengestellte Steuer-Menu zu gewähren — jedoch auch jetzt noch in einer Form, die eine Reihe der wichtigsten in letzter Zeit aufgeworfenen Fragen unbeantwortet läßt. In einer längeren telegraphischen Meldung aus Berlin, die wir bereits auszugsweise in gestriger Nummer wiedergegeben haben, zählt nämlich die „Alln. Ztg.“ folgendes Reichssteuer-Artikel auf:

In den Bundesratsausschüssen, deren Schlußsitzung gestern stattfand, ist eine vollständige Uebereinstimmung über den Inhalt der Reichsfinanzreform das erfreuliche Ergebnis gewesen, und man braucht wohl keine Zweifel zu hegen, daß eine solche Uebereinstimmung auch in der demnächst abzuhaltenden Plenarsitzung des Bundesrats vorhanden sein wird. In allgemeinen wurden die Vorschläge des Reichsschatzamtes angenommen; in die Vorlage haben Aufnahme gefunden die Reichserbschaftsteuer und eine Erweiterung der Tabak- und der Draufsteuer und der Reichs-stempelabgaben.

Bei der Erbschaftsteuer ist auf eine mögliche Schonung der bisherigen Einnahmequelle der Einzelstaaten, die bisher sämtlich außer Waldes schon eine Erbschaftsteuer hatten, besonders in der Uebergangszeit Rücksicht genommen. Die Deszendenden und die Ehegatten sind von der Steuer ausgenommen. Da die Erbschaftsteuer bisher in den Einzelstaaten nur mangelhaft ausgebildet war, konnte man trotz der Schonung der Einzelstaaten und der Nichtberücksichtigung der Deszendenden und Ehegatten für das Reich eine sehr beträchtliche Einnahme aus der Reichserbschaftsteuer in Anschlag bringen. Eine Ueberstimmung Preussens in der Erbschaftsteuerfrage hat nicht stattgefunden. Für die Erweiterung der Tabaksteuer hat man weder die Form des Monopols noch die der Fabriksteuer gewählt, sondern in möglicher Anlehnung an die jetzige Form der Tabaksteuer die besseren Tabake und die Zigaretten stärker herangezogen. Die Draufsteuer erfährt eine erhebliche Erhöhung, aber unter Schonung der leichten, als Nahrung der ärmeren Volksschichten anzusehenden Biere. Die Erhöhung des Ertrages der Reichsstempelabgaben soll durch eine Novelle zum Reichsstempelgesetz erreicht werden.

Die Summe, die das Reichsschatzamt aus diesen Steuern für ihren „Deckungsbedarf“ zu gewinnen hofft, beläuft sich nach den weiteren Mitteilungen des rheinischen Blattes auf 150—200 Millionen Mark, doch sagt es wohlweislich hinzu, daß dieser Bedarf zweifellos eine steigende Tendenz hat. Daß das Reichsschatzamt sich mit der Absicht trägt, aus seinen neuen Steuerbuckett einen Ertrag von mindestens 200 Millionen Mark herauszuschlagen, haben wir schon in den Leitartikeln der Nummern vom 1. und 7. Oktober betont. Und tatsächlich wird die Vorlage zeigen, daß dahin die Projekte des Herrn v. Stengel zielen. Wieviel dazu die Reichserbschaftsteuer beitragen soll, ergibt sich aus der Auslassung der „Alln. Ztg.“ nicht. Sie weiß nur mitzuteilen, daß die Deszendenden und die Ehegatten (vielleicht auch die Abzenden?) von der Reichserbschaftsteuer ausgenommen sind, daß also das Reichsschatzamt dem am 8. Juni d. J. vom Grafen Stolberg im preussischen Herrenhause gestellten Verlangen, wie es sich gebührt, im Interesse des gefährdeten „deutschen Familienfonds“ pflichtschuldigst Rechnung getragen hat.

Ferner spricht das Blatt von der „Schonung der bisherigen Einnahmequelle der Einzelstaaten“ aus der Erbschaftsteuer. Das kann nur heißen, daß die Einzelstaaten aus dem Gesamttrag der Steuer entsprechend ihren bisherigen Einnahmen aus den Landes-erbschaftsteuern, deren jährliche Erträge sich insgesamt auf ungefähr 24—25 Millionen Mark belaufen dürften, entschädigt werden sollen. Ob weiterhin die Reichsregierung, wie dieser Tage verlautet, die von einigen Einzelstaaten gestellte Bedingung akzeptiert hat, daß künftig kein weiterer Zugriff des Reiches auf dem Gebiete der direkten Steuern erfolgen darf, verschweigt die offizielle Mitteilung des Kölner Blattes. Vielleicht ist neben anderen Schönheiten auch diese der Vorlage eingestellt.

Von der Tabaksteuer wird nur gesagt, daß weder „die Form des Monopols, noch die der Fabriksteuer“ gewählt ist. Demnach ist jedenfalls die jüngst durch die Presse gehende Mitteilung richtig, daß eine wesentliche Erhöhung des Tabakzolls — gesprochen wird von einer Zollsteigerung um 50 bis 90 Proz., also von 80 M. auf 120 bis 150 M. — und damit zugleich eine Hinaufhebung der Abgabe auf inländischen Tabak von 40—70 M. beabsichtigt ist. Für Zigaretten kommt noch ein besonderer Steuerzuschlag hinzu.

Noch weniger weiß die „Alln. Ztg.“ über die Form der Draufsteuer zu melden; ihre Informationen reichen nur soweit, daß sie zu versichern vermag, diese Steuer erfahre eine „erhebliche Erhöhung“. Ueber die Brauwertsteuer erhält die offizielle Meldung kein Wort. Offenbar hat die Regierung der notleidenden Agrarier sich geschert, etwas an der Maßbottichsteuer zu ändern in der Befürchtung, daß der Reichstag vielleicht zu einer Verminderung der alljährlich an die Schnapsdrennenden Stützen von Kron und Altar gezahlten Liebesgabe im Betrage von ungefähr

45 Millionen Mark greifen könnte. Eine solche Herabsetzung der an die Geistes der preussisch-deutschen Nation gezahlten Schnaps-dotationen würde auch den Bestand der ganzen neu-reichsdeutschen Herrlichkeit gefährden.

Es ist ein recht niedliches Steuerbuckett, das eine hohe Reichsregierung dem deutschen Volk präsentiert. Rechnet man die Erträge der Reichserbschaftsteuer ab, bleibt noch immer eine neue Belastung des Lebensunterhaltes der großen Masse um ungefähr 140 bis 180 Millionen neuer Steuern. Nicht genug, daß die Lebensmittel ständig steigen und nach dem 1. März nächsten Jahres, sobald die neuen Handelsverträge in Kraft getreten sind, mit einer weiteren namhaften Steigerung der Lebensbedürfnisse der großen Masse gerechnet werden muß, außerdem sollen auch noch aus dem Vorrat und dem Tabak große Millionensummen herausgeholt werden. Und zu welchem Zweck? Leicht liegen sich durch Einschränkung der fortgesetzten Heeres- und Flotten-rüstungen, durch die Aufhebung der abenteuerlichen Hunderte von Millionen Mark verachteten Kolonialpolitik, durch die den Sanapsdrennern in den Schnaps gewordene Liebesgabe die Reichsfinanzen sanieren und auf eine sichere Basis stellen. Doch für derartige Maßnahmen ist die Regierung nicht zu haben; die neu-geforderten Millionensummen, die aus dem Volk herausgepreßt werden sollen, sind vielmehr in der Hauptsache für neue Rüstungen bestimmt. —

### Englische Ansichten über die deutsche Sozialdemokratie.

London, 23. Oktober. (Eig. Ber.) Letzten Sonnabend sprachen Lord Rosebery und Mr. Asquith in Ebinburg über die wirtschaftliche Lage Englands, wobei sie auf den Segen des Freihandels hinwiesen. Asquith sagte ferner, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland zwar unter einem Schutzollsystem blühten, aber die Folge der überhandnehmenden staatslichen Einmischung in das Wirtschaftsleben sei das Wachsen einer Sozialdemokratie, die nirgend so gefährlich und so aggressiv sei als in Deutschland. Darauf antwortete ihm der konservative „Observer“ von gestern: „Was die Rede von Asquith betrifft, so möchten wir uns nur gegen seine Behauptung wenden, daß der deutsche Sozialismus „die Frucht des Schutzollens“ sei. Er ist vielmehr die Frucht des Kapitalismus, des militärischen Despotismus und der langen Jahre der Klassenunterdrückung. In England blüht der Kapitalismus in viel größerem Umfange als in Deutschland, und doch wird der marxistische Sozialismus bei uns abgewiesen. Unsere Arbeiterklasse ist gar nicht dazu zu bringen, ein Evangelium anzuhören, das auf dem Kontinente Millionen von Menschen in eine Klassenorganisation vereinigt, um Klasseninteressen und Klassen-vorrechte zu bekämpfen. In mancher Beziehung geht es dem deutschen Arbeiter besser als seinem Kollegen in England... wie man überhaupt, Rußland ausgenommen, in keinem Lande so viel Elend sehen kann, wie in England. Es ist wohl wahr, daß die Lebenshaltung in Deutschland niedriger ist als die Englands; die Löhne sind dort niedriger als bei uns und die allgemeine Handelsblüte ist dort nicht so sichtbar wie in England. Aber man muß bedenken, daß Deutschland verhältnismäßig noch ein junges kapitalistisches Land ist. Der Schutzoll mag wohl verschärfend wirken, aber er kann nicht die Ursache des deutschen Sozialismus sein, dessen Erscheinung mit der Veröffentlichung des Werkes von Karl Marx zusammenfällt... Der Sozialismus in Deutschland ist eine ökonomische Lehre. Er ist dort mächtiger, weil dort wirtschaftliche und soziale Zustände vorherrschen, die bei uns fehlen, ebenso weil der Sozialismus dort Führer von magnetischer Kraft gefunden hat. In Deutschland haben wir es mit einer Massenbewegung zu tun, die in England unbekannt ist... Der Sozialismus würde bei uns ebenso blühen wie in Deutschland, wenn unsere Klassen ein bewußtes Massengefühl hätten.“

Das konservative Blatt hat recht. Könnte man die englischen Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Klassenlage, zum Massenbewußtsein wecken, so hätten wir auch hier eine sozialdemokratische Bewegung. Allein die liberale Partei sorgt schon dafür, daß der Arbeiter zu diesem Bewußtsein nicht kommt.

## Deutsches Reich.

Die Spannung zwischen Deutschland und England. Zur Frage der deutsch-englischen Beziehungen ergreift auch das Londoner „Court Journal“ das Wort. Im Hinblick auf die eigenartige Rolle, die dem König Eduard in der Marokko-Angelegenheit zugeschrieben wird, sind die Auslassungen des englischen Hofblattes nicht ohne Belang.

Deutschland — so meint das „Court Journal“ — spiele augenblicklich der Welt gegenüber die gefährlichste Rolle und frage, wodurch es das Mißtrauen der Auslandspresse, insbesondere der englischen, verdient habe. Sicherlich sei der deutsche Bürger im allgemeinen schuldlos an der Missethat, die Empfindlichkeit der Nachbarn zu verletzen, aber leider könne die Macht, zu schaden, nicht immer von dem Willen, es zu tun, getrennt werden.

Deutschland besitzt, ähnlich wie Japan, durch seine Land-armee die vollkommenste und mächtigste Kriegsmaschine der Welt, und wenn gleich die nichtmilitärischen Kaiser der Welt, wie Kaiserin ihn daran erinnern werden, daß das Schwert am besten in der Scheide bleibe, so sind seine Generale nicht lässig vor der Befehle zu warnen, es kosten zu lassen. Das Emser Telegramm wäre niemals von der Kamade in eine Konfession ungetanbelt, wenn Graf Wolff nicht erklärt hätte, daß zurzeit die Armee überlegener sei, als späterhin. In der Ueberzeugung, daß ihre Kriegsmacht jetzt nahezu unüberstehlich ist, sind die friedliebenden Deutschen naturgemäß befreit, sie als Mittel zu gebrauchen, einen moralischen Zwang auszuüben, wo immer sie dies als vorteilhaft ansehen. Frankreich gegenüber habe Deutschland längere Zeit hindurch eine ungewöhnlich drohende Miene angenommen und es sei „ein hartes Stild“ gewesen, tatsächlich die Entlassung des französischen Ministers des Auswärtigen zu verlangen.

Eine Art von Furcht habe die Mächte ohne Zweifel zu einer bereinbaren, wenn nicht wirklich abgeschlossenen Koalition gegen Deutschland veranlaßt, denn letzteres sei fast in derselben Lage wie Frankreich unter Napoleon I., da es eine Armee besäße, mit der man ganz Europa Gefolge vorschreiben könne, „so lange dieselbe nicht in Schach gehalten werde durch noch stärkere Streitkräfte“. Glücklicherweise sonne die Welt heute an, die Solidarität nationaler Interessen zu begreifen, und deshalb würden die Mächte keinen unprovozierten Angriff auf ein Land dulden, welches sie als Zentrum der Zivilisation betrachten. Und vorausgesetzt, daß England für jenen Fall Frankreich bestimmte Zusicherung der Hilfe gegeben, so war dies nicht mehr, als letzteres ein Recht zu erwarten hatte, und wäre es verbrecherische Torheit, dies zu verweigern.

Doch die Aussicht eines neuen erbitterten Kampfes zwischen jenen beiden Kulturstaaten sei gar zu schrecklich, und nichts konnte deshalb befriedigender sein, als der Absicht des französisch-deutschen Vergleichs und Deutschlands tatsächliche Aufgabe seiner aufdringlichen Politik im Reiche des Scherif, wenn auch nicht zu erwarten gewesen sei, daß Fürst Bilows Welterung des Wohlwollens, welche er französischen Journalisten gegenüber machte, in Paris als vollwertig angenommen würden. In Wilows Unfruchtbarkeit brauche man ja nicht zu zweifeln, aber Wilow sei kein Bismarck — und nun kommt ein deutscher Stieb nach einer anderen Stelle hin.

Zum Schluß spricht das Blatt des englischen Hofes die Hoffnung auf Verwirklichung des Zweibundes England-Japan zu einem Dreibund aus: Die Vereinigten Staaten seien zwar bisher ohne Allianzen ausgekommen, aber nachdem sie sich in den letzten Jahren auf Abenteuer außerhalb ihres Kontinents eingelassen hätten, würden sie eines Tages doch gezwungen sein, sich einem der großen internationalen Trümpfe anzuschließen:

„Und wenn dieser Zeitpunkt gekommen, so ist aufrichtig zu hoffen, daß die Bürger der nordamerikanischen Republik sich entscheiden werden, Schuler an Schuler mit ihren Vettern in Großbritannien und unserem tapferen Verbündeten im fernen Osten zu stehen.“

Schließlich wird versichert, daß solch eine Vereinigung, die von einem noch so mächtigen Rinde, zu Lande oder zur See, wenig zu fürchten habe, „doch in keiner Weise ein Werkzeug der Unterdrückung zu sein brauche.“

So erklären die kapitalistisch-militaristischen Staaten allesamt, daß sie niemand unterdrücken wollen, daß sie vor den anderen Gelüsten sich schützen müssen. Unter dieser Devise verneht jeder von ihnen die Kriegsrüstung zu Lande und zu Wasser ins Ungemeine und die Nationen müssen den tolleren Wahn an Gut und Blut büßen. —

**Monarchenreden und schwere Sommerarbeit.** Der Kaiser war bei dem Sachverständigen zu Gaste. Bei der Galatafel sagte der König im Trinkruhm: „Es ist nach meiner Ansicht die erste Pflicht für uns deutsche Bundesfürsten, daß wir fest zusammenstehen in alter deutscher Treue und Freundschaft. Das ist zugleich das feste und beste Band für unser geliebtes deutsches Vaterland, das erst zugrunde gehen kann nach dem Tode des letzten von uns.“

Der Kaiser schlug in der Antwort das Thema der auswärtigen Politik an, indem er ausführte:

„Ew. Majestät haben unlängst die Gnade gehabt, mit warmen und anerkennenden Worten der Arbeit der vergangenen oder vielmehr des eben ablaufenden Jahres zu gedenken und in anerkennendster Weise über die Tätigkeit des obersten Reichsbeamten sich zu äußern. Ich bitte, meinen herzlichsten Dank dafür entgegenzunehmen. Solche Worte tun wohl nach so schwerer Arbeit, wie sie die Sommer gebracht hat. Wenn so das Deutsche Reich sich entwickelt, wie ich vormals skizzierte, dann können wir ruhig mit aufgeschlagenem Bistier und freiem deutschem Namensmut, wie er verliehen wird durch ein ruhiges und gutes Gewissen, einem jeden ins Auge blicken, dem es beliebt, uns auf unserer Bahn entgegenzutreten und uns bei der berechtigten Vertätigung unserer Interessen zu stören.“

Fürst Bälou wird sehr erfreut sein, daß die schwere Sommerarbeit seiner Marokkopolitik demnach anerkannt wird. Und in England wird man verstehen, auf wen der Kaiser zielt, von dem er sagt, daß es ihm verheßen könnte, uns auf unserer Bahn entgegenzutreten. Bekanntlich denkt man in England umgekehrt, daß das offizielle Deutschland Reizung hat, ihm auf seiner Bahn mit weltpolitischer gepanzelter Faust entgegenzutreten! —

### Badische Landtagswahlen.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Die Parteien haben nun alle ihre Stichwahlparole für die am Freitag und Sonnabend stattfindenden Stadtwahlen ausgegeben. Das Zentrum, das früher mit den Demokraten ging, infolge der Bildung des liberalen Blocks in der jetzigen Wahl isoliert kämpfte, gibt die Parole aus: Unter allen Umständen gegen den Block. In Kreisen, wo dem liberalen Block konservative Kandidaten gegenüberstehen, tritt es für die Konservativen ein, wo der Block mit Sozialdemokraten kämpft, soll Wahlenthaltung geübt werden. Diese Parole wäre, soweit Sozialdemokraten in Frage kommen, wahrscheinlich nicht strikte gehalten worden, in der Absicht, den Block unter allen Umständen möglichst zu schwächen, hätte wohl mancher Zentrumsmann nicht nur Neutralität beobachtet, sondern direkt für die Sozialdemokraten gestimmt. Wenigstens hat das ein Zentrumsblatt ganz unverblümt ausgesprochen. Ob es freilich so bleibt, nachdem die Parole der Sozialdemokratie nunmehr bekannt gegeben ist, das dürfte sehr zu bezweifeln sein. Unsere Partei hat mit Rücksicht auf die drohende absolute Zentrumsmehrheit ein Abkommen mit dem liberalen Block getroffen, wonach beide Parteien unter allen Umständen gegen das Zentrum vorgehen. Im einzelnen bestimmt das Abkommen, daß in den Kreisen, wo Sozialdemokraten mit dem Zentrum im Kampfe stehen und wo sie stärker als die Liberalen sind, der liberale Kandidat zurückgezogen wird, umgedreht in den Kreisen, wo wir mit unserer Stimmenzahl hinter den Liberalen stehen, ziehen wir unsere Kandidaten zurück und die Sozialdemokraten stimmen dann für die Liberalen, die Liberalen für die Sozialdemokraten. Zum besseren Verständnis sei bemerkt, daß nach dem badischen Wahlrecht nicht nur die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, sondern weiterhin noch alle Kandidaten, welche mehr als 15 Proz. der abgegebenen Stimmen erhalten haben, am zweiten Wahlgang (Stichwahl) teilnehmen. Bei dem Abkommen zwischen Sozialdemokratie und Block, das von liberaler Seite angeregt wurde, haben Liberale in fünf Kreisen für Sozialdemokraten eingetreten. Es sind sämtlich aussichtsreiche Kreise, die, wenn das Abkommen ehrlich gehalten wird, uns zufallen müßten. Da es sich aber zumeist um Landkreise handelt, kann man noch gar kein Urteil darüber abgeben, ob Disziplin in diesen liberalen Wählerkreisen gehalten wird. — Die Sozialdemokratie steht in vielen Kreisen mit ihrer Stimmenzahl erst an dritter oder gar vierter Stelle und so sind die Liberalen in zwölf Kreisen von uns zu unterstützen. Von unserer Seite wird die Verpflichtung zweifellos ehrlich gehalten werden, unsere Wählerschaft hat schon seit langem der wachsenden Zentrumsmacht sehr kampflustig gegenübergestanden.

Endlich enthält das Abkommen die Bestimmung, daß in den Kreisen, wo Block und Sozialdemokratie einander gegenüberstehen, der Kampf ausgefochten wird. Es sind das die drei Karlsruhe Kreise, Lörrach-Stadt, Durlach-Stadt und Karlsruhe-Land. Wir dürfen hoffen, daß uns mindestens vier von diesen Kreisen zufallen werden.

Der Aufruf der Parteileitung der vereinigten Liberalen, in dem das Abkommen mitgeteilt wird, besagt:

„Der Ausfall der Wahl vom 19. Oktober hat das Zustandekommen einer ultramontan-reaktionären Nummermehrheit in bedenklicher Nähe gerückt. In Anbetracht dieser großen, die freiheitliche Entwicklung unseres Landes ernstlich bedrohenden Gefahr können wir für den zweiten Wahlgang an die Anhänger des liberalen Blocks nur die Parole ausgeben: Unter allen Umständen gegen das Zentrum! Wir halten es unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber auch für abgelehnt, daß in einigen Bezirken die Anhänger des liberalen Blocks beim zweiten Wahlgang für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, nachdem festgestellt ist, daß die sozialdemokratische Partei in einer Anzahl anderer Bezirke ihre Stimmen auf

die Kandidaten des liberalen Blocks vereinigen wird. Selbstverständlich werden dadurch die großen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die uns von der Sozialdemokratie trennen, in keiner Weise berührt. Wir haben diese Partei im ersten Wahlgang bekämpft und werden mit ihr auch beim zweiten Wahlgang in verschiedenen Bezirken um den Sieg ringen. Für unsere Taktik entscheidend ist aber jetzt die Rücksicht darauf, daß das Zustandekommen einer liberal-reaktionären Nummermehrheit unter allen Umständen verhindert werden muß.“

Wir eruchen daher unsere Parteivertretungen in den näher bezeichneten Kreisen, die liberalen Kandidaturen zurückzuziehen und bitten zugleich die Anhänger des liberalen Blocks, in diesen Bezirken im zweiten Wahlgang für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen.

Ganz ähnlich spricht sich der Aufruf des sozialdemokratischen Zentralwahlkomitees aus.

Die absolute Mehrheit des liberal-konservativen Bundes wird durch das Abkommen sicher verhindert sein, ob es aber gelingt, das Zentrum auch von seiner gegenwärtigen Stellung als stärkste Partei zu verdrängen, ist fraglich. Indessen ist das viel weniger wichtig als die Tatsache, daß, wenn die absolute Mehrheit des Zentrums verhindert ist, die Sozialdemokratie im Landtag das Jünglein an der Wage bilden wird. —

### Der Sieg des Bistierfelders.

Der lächerliche Thronfolgestreit um das fürstentümliche Lippendorf ist nunmehr zugunsten des Bistierfelders erledigt. Offenbar hat die peinliche Abnenprobe trotz der kaumwählenden archaischen Tätigkeit der Gegenpartei keinen zuverlässigen Anhalt dafür ergeben, daß die Ahntrau des Hauses, die selige Modeste v. Urruh, von einem Vater stammt, der in außerordentlicher Liebe erzeugt wurde. So hat also Fürst Leopold den Thron besteigen dürfen, auf den der Schwager des Kaisers, der Fürst von Schaumburg-Lippe, dank einer mythologischen Eheirung eines längst vermoderten Geschlechts berechtigten Anspruch zu haben glaubte. Der neugeborene Thronbestieger hat denn auch bereits seinem „Volke“ seinen Regierungsantritt in einer Form kundgegeben, die den Katafombendust eingefangener Jahrhunderte ebenso aufleben läßt, wie der ganze Erbsolgefrieg überhaupt. Der Aufruf heißt an: „Wir Leopold, von Gottes Gnaden regierender Fürst zur Lippe, Graf und Edler Herr zu Bistierfeld, erklären hiermit und tun öffentlich kund und zu wissen . . .“ und entwirft im weiteren Verlaufe „allen getreuen Untertanen“ den Gruß des „Vertrauens und der Liebe“, wofür er bittet, daß die Untertanen „die Gesinnung altherwürdiger Treue heiligt“. Es ist also erreicht. Modeste von Urruh kann sich in der pietätlos gestörten Ahnengruft wieder friedlich ausdrücken und die Garnison des Ländchens darf nunmehr den Eid auf den legitimen Erben des Thrones leisten. —

Mit einer Stuebel-Klage soll, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, auch der „Vorwärts“ bedacht werden. Bismarck gerade wir vor zahlreichen anderen Wählern, die gleich uns mit aller Reserve von dem im „Vorl. Tagebl.“ verzeichneten Gerichten Ratig nahmen, diese besondere Aufmerksamkeit verdient haben, ist uns einwilligen schleierhaft. Wahrscheinlich wird über der Prozeß wenigstens das Gute haben, einige Klarheit über die eigenartigen Lieferungsbedingungen der Firma Lippelkirch zu verbreiten. —

**Oberstleutnant Spigelkuppe.** Vom Landgericht Weutchen als Berufungssitzung wurden der Beamte des Deutschen Bergarbeiterverbandes Franz Scholtz und der Bergmann Walzuch von der Anlage des Berges gegen das preussische Vereins- und Versammlungsgesetz freigesprochen. Das Schöffengericht in Kattowitz hatte beide und mit ihnen die Genossin Dr. Golde zu Geldstrafen verurteilt, weil die drei in der Wohnung des Walzuch eine nicht angemeldete Bergarbeiter-Versammlung abgehalten haben sollten. Genossin Golde hatte keine Berufung eingelegt. Dieser Versammlung wohnten auch der Polizeifergeant Glogowski und der Bureauassistent Wiengiers bei und zwar als Bergarbeiter verkleidet, nachdem sie sich vorher unter falschen Namen als Mitglieder des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes hatten aufnehmen lassen. Die Verhandlung in der zweiten gerichtlichen Instanz ergab, daß die Angeklagten sich mit mehreren anderen Verbandmitgliedern lediglich über Angelegenheiten im Verus unterhalten haben, wobei auch Frauen und Kinder anwesend waren. In diesem Falle war die Spigelkuppe der oberstleutnantlichen Staatsstüpen also einmal ganz fruchtlos. —

### Eine lächerliche Figur.

Herr Lehmann-Hohenberg, ehemals Professor an der Universität Kiel, hat nun auch den Kriegspfad gegen die Sozialdemokratie betreten. In der „Jenaischen Ztg.“ ist folgendes zu lesen: Jena, 25. Oktober. Von dem Vorsitzenden des Deutschen Reichsbundes, Herrn Lehmann-Hohenberg (Weimar) erhalten wir folgende Zuschrift: „Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß ich im Anschluß an den Parteitag der Sozialdemokraten in Jena beabsichtige, dort in etwa acht Tagen öffentlich eine Vertrag zu halten über das Thema: „Massenorganisation oder geistige Durchbildung einer Kampfgemeinschaft? Eine ernste Mahnung an alle Staatsbürger nach der Anlage der Revolution auf dem Parteitage der Sozialdemokraten in Jena.“ Eine Diskussion soll sich daran anschließen, und es wäre namentlich das Erscheinen der akademisch Gebildeten erwünscht. Sozialdemokraten werde ich den Zutritt nicht gestatten, da es zwecklos ist, mit Männern zu diskutieren, die wie die junkerlichen Scharfmacher ihre Rechnung nur noch auf einen Gewaltakt setzen. Eine neue Orientierung über die Mittel zur Herbeiführung der von der Wissenschaft geforderten „Evolution“ an Stelle der von der Unwissenschaft bisher als einzigen Ausweg gepriesenen Revolution halte ich gerade jetzt für angebracht.“

Vor etwa Jahresfrist kündigte Herr Lehmann-Hohenberg an, im ganzen Deutschen Reich für seinen „Reichsbund“ Propaganda machen zu wollen. Man hat nichts wieder davon gehört. Nun will er auf diese Weise Profekteln machen! —

### Aus Südwesafrika.

Berlin, 26. Oktober. Amtliche Meldung Hendrik Witbooi, der am 8. Oktober vor Major von Ehorff von Unbes nach Südwesafrika geschickt war, hielt sich zunächst in der Gegend von Garachos nördlich Koes auf. Aus Wassermanal wollte er sich von dort nach Aminuis, zwischen Koes und Gabis, begeben. Dieses war aber schon von Teilen der Abteilung Lengerke besetzt worden, die in halbständigem Gefecht einen Angriff von 70 Hottentotten abwehrte. Hendrik Witbooi ging in die Sanddünen östlich Aminuis zurück. Major von Lengerke selbst mit zwei Kompanien und einer Batterie die Verfolgung fort und hat alle Wasserstellen zwischen Koes und Dabur besetzt. Zu seiner Unterstützung rückte Major von Ehorff mit zwei Kompanien und einem Geschütz von Gochos zunächst nach Koes und ließ außerdem die Wasserstellen Nahgras, Daburas, Naf, Gochamus, Perst, Koes und Unbes besetzen.

Die Nachrichten über die Ueberfälle bei Jerusalem und Schuidrift sind dahin aufgeklärt worden, daß Worenga und Morris am 7. Oktober Jerusalem durch Berrat eines eingeborenen Polizisten einnahmen. Hierbei fielen Leutnant Surmann und drei Reiter, ein Reiter wurde verwundet und stark später. Ueber zwei Reiter, die gefangen waren wird gemeldet, daß sie sich jetzt auf der Station Hamaas befinden. Der acht Mann starke Rest der Besatzung ist bei Schuidrift auf englisches Gebiet übergetreten. Worenga ist aus der Gegend von Jerusalem mit 200 Kriegern und 300 Weibern und Kindern westwärts gezogen. Oberstleutnant

van Semmern verfolgt ihn in zwei Kolonnen über Eendboorn und Bekkordrif.

Cornelius ist vor den ihm aus Keetmanshoop nachgeschickten Truppen an Besondermaid und Chamass vor i in nordwestlicher Richtung abgezogen. Die Führung gegen ihn hat Major Reiter übernommen, der die Gegend von Hornfranz erreicht hat. Ihm stehen im ganzen drei Kompanien und 1½ Batterien zur Verfügung.

In erfolgreichen Gefechten deutscher Patrouillen am nördlichen Ausb, in den Seelbergen nördlich Koes, sowie in der Gegend von Kub, Gochamus und Bethanien fielen in den letzten Tagen 25 Hottentotten; 13 Männer und 68 Weiber und Kinder wurden gefangen.

Infolge der Gefechte, die in den Jaris- und Achab-Bergen im September dieses Jahres stattfanden, sind jetzt 107 Hereros des Andreas auf englisches Balfischbangebiet übergetreten. Es befanden sich darunter 45 Männer mit 28 Gewehren, die die englische Polizei abgenommen hat.

Ein Telegramm aus Windhof meldet: Reiter Friedrich Mariens, getoten am 21. 5. 82 zu Dellnau, am 17. Oktober 1905 auf Viehwache gefallen; Ort noch nicht bekannt. Gefreiter Friedrich Hamholz, geboren am 10. 9. 81 zu Tamen, am 17. Oktober 1905 bei Aminuis leicht verwundet; Streifschuß Brust. Unteroffizier Fritz Binger, geboren am 10. 9. 82 zu Glogau, am 23. Oktober 1905 im Feldlager 7 Walsböhe an seiner am 13. September dieses Jahres im Gefecht bei Kub westlich Garuchas erhaltenen Verwundung gestorben. Reiter Bernhard Burghardt, geboren am 20. 1. 82 zu Gerstungen, am 21. Oktober dieses Jahres in Hofaur am Typhus gestorben.

## Kommunales.

### Stadterordneten-Versammlung.

80. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Oktober 1905, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5½ Uhr mit einem Glückwunsch an den Vorsteher-Stellvertreter Nischel, der heute seinen 70. Geburtstag feiert. Ein großer Blumenstrauß zielt den Platz des Herrn Nischel am Vorstandstische.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Erjaywahlen für den ausgeschiedenen Stadtv. Frisch (R. L.) und den verstorbenen Dr. Ruge (R. L.). Auf 6 Uhr ist die Wahl eines Kammerers und eines besoldeten Stadtrats angesetzt.

In die Armenverwaltung wählt die Versammlung an Stelle von Frisch den Stadtv. Witkowski (R. L.) mit 84 Stimmen gegen Dr. Bernheim (Soz.), der nur 26 Stimmen erhält.

Darauf wird zur Wahl des Kammerers geschritten. In der Vorberatung hat Regierungsrat Dr. Steiniger schließlich über den Bürgermeister Vogt-Mirdorf den Sieg davongetragen. Gewählt wird Steiniger mit 77 Stimmen gegen 44, welche auf Vogt fallen; 3 Zettel sind unbeschieden.

Zum besoldeten Stadtrat wird Herr Ramslau mit 87 Stimmen wiedergewählt; 32 Zettel sind weiß.

Die übrigen Wahlen werden vertagt.

Darauf setzt die Versammlung gegen 7 Uhr die Besprechung der

Anträge der Großen Berliner Straßenbahn

und des bezüglichen Schriftwechsels mit der Verkehrsdeputation fort. Dazu liegt der bekannte von allen Fraktionen unterschriebene Antrag Casel-Dinse-Singer-Buchow am Kenntnisnahme und völlige Zustimmung zu der von der Deputation erteilten Antwort vor. Die inzwischen seitens der Gesellschaft auf die Ausführung des Oberbürgermeisters vom vorigen Donnerstag verordnete Entgegung ist unserer Lesern durch das betr. Inserat im Vorläufe bekannt.

Stadtv. Casel (R. L.) bittet zunächst wegen seiner starken Heiserkeit um Nachsicht und führt dann etwa folgendes aus: Meine Freunde sind mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters von vor 8 Tagen, soweit sie die finanzielle und technische Ausführbarkeit der neuen Projekte der Gesellschaft, den Vorrang unserer älteren Projekte und die Zurückweisung des Versuches, unser vertragmäßiges Recht auf Uebernahme vom Jahre 1900 ab in Zweifel zu ziehen, betreffen, durchaus einverstanden und schließen uns ihnen vollständig an. Wenn die Gesellschaft auf das Schreiben der Verkehrsdeputation geantwortet hat, die Absicht, den Betrieb des Unternehmens seinerzeit auf die Stadt zu übertragen, sei nie zu erkennen gegeben worden, denn sie habe nie bestanden, so ist vom Oberbürgermeister mit Recht dagegen in schärfster Weise protestiert worden. Wenn jetzt in dem bekannten letzten Interat, welches die Zeitungen jedenfalls sehr gern aufgenommen haben dürften, der Oberbürgermeister „irreführender“ Ausführungen bedingt wird, so muß jeder Einseitige erkennen, wie lendenlähm, wie ohne jede innere Begründung und ohne jede Sachkenntnis formuliert diese Erklärung ist. In der Erklärung wird ja ausdrücklich zugegeben, daß solche Verhandlungen wegen Betriebsübernahme gegen Entgelt geschwiebt haben. In dem vom Oberbürgermeister zitierten Schreiben der Gesellschaft von 1896 ist auch von dem entschädigungslosen Uebergang des Unternehmens an die Stadt ausdrücklich die Rede. Den verbindungsrechtlichen Erwerb gegen Entgelt wollten wir gar nicht haben, weil uns die Summe zu hoch schien und Verhandlungen mit den anderen Wege-Unterhaltungspflichtigen, den Vororten, erforderlich waren, die damals nicht zu haben waren. Unsere Rechte aus dem Vertrage sind ganz andere. Die betreffenden Bestimmungen besagen, daß nach 1919 der Bahnkörper nebst Zubehör und Warteräumen unentgeltlich in das Eigentum der Stadtgemeinde übergeht, ebenso vom gleichen Termin das Recht der Benutzung der Patente und Patentlizenzen. Das sind keine „Rebenrechte“, denn rollendes Material kann sich jeder beschaffen, aber nicht Patente. Und aus demselben Grunde bedurfte es des weiterhin stipulierten Ueberganges der Rechte dritter an die Stadt gegen Uebernahme der Verpflichtung gegen diese. Einen Handel mit altem Eisen wollten wir doch nicht damit treiben, sondern das Unternehmen mit diesen Mitteln fortführen. Mit diesen Bestimmungen allein kann natürlich der Betrieb noch nicht der Stadt anheimfallen; das Unternehmen, welches auch in den Vororten betrieben wird, kann nur als Ganzes erworben werden. Wir konnten diesen Erwerb nicht vornehmen. Der Vertrag besagt aber auch noch, daß den Wegeunterhaltungspflichtigen auch frei stehen soll, unter sich und unter Ausschluß eines Einspruchs der Gesellschaft Verträge abzuschließen; die Uebereinstimmung der fremden Wegeunterhaltungspflichtigen herbeizuführen bleibt Sache der Stadtgemeinde Berlin. Daraus geht hervor, daß auch eine Einigung Berlins mit den Vorortgemeinden vorgezogen war; und wenn angehts dieser Tatsachen die Gesellschaft befreit, daß die Absicht vorhanden war, den Betrieb der Stadt zu überlassen, so kann sie mit demselben Recht der Sonne Licht und Sterne Marckit befreiten. Nun hat ja die Gesellschaft trotz dieser Vertragsbestimmungen Verträge mit den Vororten über 1919 hinaus geschlossen und sich auch die Konzessionsverlängerung bis 1949 hinter unserm Rücken von der Regierung zu erwirken gewagt. Diese letztere Maßnahme ist hier von jeher als eine illoquale, mit Treu und Glauben unvereinbare Handlungsweise bezeichnet worden (lebhaft Zustimmung), und auch vom Standpunkte der soliden Geschäftseberung müssen wir sie als eine unerhörte bezeichnen. (Wiederholte Zustimmung.) Erstausmaß war aber nicht nur die Handlungsweise der Straßenbahn, sondern auch die der Staatsregierung, der Akt des Herrn von Thielen, der die Konzession erteilte, ohne die Stadt auch nur zu hören. Das war eine derart vieleidigt noch nie vorgekommene Mißachtung unserer Selbstverwaltung (allseitige Zustimmung), ein Akt, unvereinbar auch mit den Traditionen der alten preussischen Vorkonzession, die niemals einer Privatgesellschaft eine solche Konzession unter diesen Umständen erteilt hätte. Die Konzessionsverlängerung wurde erteilt 17½ Jahre nachdem der damalige Degenerat für die Kleinbahnen im Ministerium als Direktor an die Spitze der Großen Berliner Straßenbahn getreten war! Gerade dieser Umstand hätte den Minister besonders vorsichtig machen sollen, hatte

doch vorher Herr v. Windheim, der Polizeipräsident, die Verlängerung abgelehnt! Die Verhandlungen der Gesellschaft für Berlin sind durch die Verlängerung der Konzession von 1911 bis 1919 völlig ausgeglichen; was die Gesellschaft sonst weiter an Kapital investiert hat, ist eine Folge der Ausdehnung des Reges in den Vororten. Der spätere Verkauf eines Geheimnisses Franke, die Verlängerung bis 1949 als „mittlere Linie“ darzustellen und zu rechtfertigen, ist schon früher als möglich gefehlt worden. Aber trotz der Konzessionsverlängerung kann die Gesellschaft 1919 nicht den Betrieb einfach fortführen. Andererseits haben Nationalliberale und Konservative im Abgeordnetenhaus unsere Beschwerden über die Haltung der Regierung volle Berücksichtigung widerfahren lassen, so Friedberg und v. Wappenheim, der ausdrücklich von der Möglichkeit von „Missdeutungen“ dieses Verhaltens sprach. Wir sind also nicht so isoliert, wie es die publizistischen Gerüchte der Gesellschaft so geschäftig darzustellen belieben. Der Minister v. Thielen hat außerdem die Erklärung abgegeben, daß unser Vertrag mit der „Großen“ von der staatlichen Konzessionsverlängerung gar nicht berührt wird, sondern in Kraft bleibt. Nun kann ja unsere Zustimmung zur Verlängerung „ergänzt“ werden. Aber daß das so einfach als eine reine Vollzeitsache 1919 gemacht werden wird, ist doch sehr zweifelhaft, denn ich kann nicht glauben, daß dann eine Regierung vorhanden sein wird, die der Stadt gegen ihre guten Gründe die Verlängerung aufzwingt. Und gerade jetzt, wo die Gesellschaft einen Prozeß gegen uns verloren hat, wo wir eigene Bahnen bauen wollen, kommt man uns mit dem Kaufmann, die Konzession auf 90 Jahre zu erteilen! Davon kann keine Rede sein. Wir kämpfen nicht des Kampfes wegen; wenn unser vertragmäßiges Recht anerkannt wird, sind wir weiteren Verhandlungen nicht abgeneigt. Aber nach dem letzten Exposé scheint keine Aussicht dazu zu sein. Die Meinung im Publikum, daß alles schon fix und fertig sei, kann ich nicht teilen, wie soll im Staate der Gottesfurcht und frommen Zügel schon alles fix und fertig sein, bevor wir auch nur gehört worden sind? (Widerspruch; Rufe: Worum nicht? Stadtv. Singer: Kleiner Schächer! Weiterleit.) Sollte es trotzdem so sein, so würde ich das nicht verstehen. (Zurufe.) Allerdings behauptet die Gesellschaft, die Erlaubnis für die Koffstraße erlangt zu haben, die man uns abgeschlagen hat! Sollte es trotzdem so sein, indem der Einfluß der großen Kartellgesellschaften unsere Interessen und unsere Selbstverwaltung auszuscheiden mächtig genug ist, so wünsche ich, daß das so bald wie möglich offenbar wird, denn dann ist die Abhilfe nicht weit. Kommt es dahin, dann werden wir vor dem Richter unseren Anspruch auf Schadenersatz geltend machen, und es gibt noch Richter in Berlin! Dann werden wir die Rührung vor unseren Rechten ergreifen. Die Rechte unserer Selbstverwaltung dürfen nicht preisgegeben werden! (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Dr. Preuß (fog. fortsetz.): Alles was Herr Cassel gesagt hat und was die späteren Redner vielleicht noch sagen werden, bitte ich auch als von mir vorgetragen anzusehen. (Weiterleit.) Immerhin verdanken wir der Politik der „Großen“, daß endlich, endlich in die Förderung der städtischen Projekte ein etwas lebhafteres Tempo gekommen ist. Gegenüber der äußerst dringend gewordenen Gefahr scheint mir aber die bloß negative Abwehr, wie sie in der Zustimmung zu dem Schreiben der Verkehrsdeputation zum Ausdruck kommt, nicht genügend. Wir stehen jetzt vor einem entweder — oder! Alles drängt im Verkehrswesen zur Einheit, zum Monopol, die Stadt ist es, die das Monopol in die Hand bekommen muß, die Stadt muß sich mit den Vororten verständigen. Ein Zuwarten bis 1919 scheint ebenso wenig geraten. Nicht aus Jüchtheit, sondern aus Mißtrauen gegen ihre Position sucht sich die Gesellschaft jetzt durch einen Dieb zu bedecken, indem sie ein Ergänzungsverfahren für ihre neuen Projekte schon jetzt einzuleiten strebt. Da verschlägt es nichts, wenn wir bloß „gehört“ werden, die Hauptsache ist: Wer entscheidet in letzter Instanz? Das ist das Bedenken. Die Stadt muß sofort Hand anlegen, um die Gefahr, die mir schon in nächster Zeit zu drohen scheint, zu bekämpfen, und zwar mit einer Feststellungsfrage gegen die Gesellschaft betreffs Anerkennung unserer Rechte.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich wollte meinerseits auch den Vorschlag machen, in sehr ernster Erwägung zu nehmen, ob wir nicht jetzt schon auf dem Wege der Feststellungsfrage das Verhältnis klären sollten. Wir dürfen uns nicht in eine Situation bringen lassen, wo wir als Verkehrsdeputation jahrelang arbeiten dürfen, um schließlich mit uns Schindlader treiben zu lassen! Besser ist, endlich Klarheit zu haben, als weiter hangen und hangen in lächerlicher Zeit. Die Redner haben die juristische Seite der Sache erschöpft, es besteht ja darüber völlige Übereinstimmung der gesamten Versammlung mit dem Magistrat. Aber auch nach der tatsächlichen Seite muß die Situation beleuchtet werden. Es hat meine höchste Verwunderung der Passus in der Rede Cassels erregt, daß es unmöglich sei, daß das Privatinteresse über das Interesse der Stadt Berlin gestellt werden könnte. Manchmal wird man belächelt sehr unangenehm aus seinen Illusionen herausgerissen. Es ist eine schöne Sache um das Vertrauen, aber endlich einmal muß doch dieses Vertrauen von der anderen Seite respektiert werden. Wo ist aber in dieser Frage das Vertrauen je Wahrheit geworden? „Es gibt noch Richter in Berlin!“ meint Herr Cassel. Gewiß, sie sind da, sie sind auch vielfach danach; aber in diesem Falle haben sie ja überhaupt gar nichts zu sagen. Der Schadenersatz seitens der Gesellschaft ist doch nicht das Ziel, das wir erreichen wollen; das Ziel ist, daß die Verkehrsmittel und der Betrieb endlich einmal in städtische Hände kommen. Aus der Rede des Kollegen Cassel klang ein so wertvollere Optimismus heraus, daß man ihn einen Freundschafsbienst erwies, wenn man ihn in die ranke Wirklichkeit zurückführt. (Weiterleit.) Damit kommen wir also nicht weiter. Ich habe keine Hoffnung, daß die Große Straßenbahn von den — mehr oder minder — Schleichtwegen ablassen wird, habe auch keine Hoffnung, daß die Unterführung, die diese Gesellschaft auch von der möglichen Stelle hat, sich zugunsten der Stadt wenden wird. Wir stehen in einer Situation, wo wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß alles Neden und Weilen von Selbstverwaltung den wirklichen Zuständen gegenüber als blauer Hohn bezeichnet werden muß. Das entläßt uns aber nicht von der Verpflichtung, dem Publikum die Augen zu öffnen über das, was gegenwärtig vorgeht. Nicht bloß im Publikum herrscht die Aufregung, es sei doch nichts mehr zu machen, da die Konzession nun einmal gegeben sei, und die Stadt läte am besten nachzugeben. Wir sind sogar in dieser Versammlung nicht frei von Vertretern dieser Auffassung, und die Schärfe Cassels wird nicht einmal von allen seinen Freunden gebilligt, geschweige denn von den Elementen draußen, welche irgend wie von der Gesellschaft ihren Nutzen finden. Es ist das annehmbar, 8 oder 10 Proz. Dividende zu bekommen, als sich mit Mißtrau, Stabilitätsfragen zu begnügen. Und es handelt sich doch da um dieselben Bevölkerungsschichten, die hier im Saale und im Magistrat die städtische Gesetzgebung in der Hand haben. Die Position der Gesellschaft bei den staatlichen Instanzen muß um so gefestigter sein, als sie auch den Staatsbehörden Pläne einreicht, die eben noch gar nicht ausgereift sind. Wenn sie das tut, muß sie wissen, daß sie es tun darf. Bei dem neuen Projekt handelt es sich ja nicht bloß um Unternehmung der Leipzigerstraße und der Linden, sondern auch um diejenige des Opernhauses, Monate- und jahrelang haben wir darüber hier verhandelt; schließlich ließ es, wir müßten erst die definitive Gestaltung des neuen Opernhauses abwarten. Diese Umstände sind offenbar der Großen Straßenbahn nicht gemacht worden. Vielleicht sind auch schon nach der Richtung von ihr Schritte geschehen, wie sie ihr seinerzeit durch die Stiftung der Jagdgruppen am Großen Stern die Durchführung gewisser Einrichtungen erleichtert haben. Es handelt sich auch um die Unternehmung am Brandenburger Tor. In ihrem Projekt weist die „Große“ darauf hin, daß dort zwei Grundstücke angekauft werden müssen; notwendigerweise sind es Grundstücke, die zur Freilegung des Brandenburger Tores gehören, und wo diese Freilegung besonders gewünscht wird, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Mit der

Gestaltung des Verkehrs hat das gar nichts zu tun. Aber wir laien in den letzten Tagen ja auch von einer Konferenz im Polizeipräsidium, nachdem darüber, offenbar von der Gegenseite, eine Notiz durch die Presse gelangt ist. Da wird erzählt, die beiden Vertreter der Stadt seien erst „auf Ansuchen“ zugelassen worden; ein höchster Ausdruck für die Achtung, in welcher die städtischen Vertreter bei dieser anderen Seite stehen! Weiter wird mitgeteilt, daß die Projekte sehr günstig aufgenommen sind, und die Schwierigkeiten sich leicht werden beheben lassen. Nach dieser Gestaltung der Dinge müßten wir ernsthaft mit dem Kaufmann reden, daß die Projekte die Zustimmung der Aufsichtsbehörden finden werden; ob wir dann „gehört“ werden oder nicht, scheint mir ganz nebensächlich. Wir werden gehört werden, und der Minister wird da zu sagen: Die Ausführungen der Stadt sind nicht zureichend und ich gebe der Gesellschaft die Konzession. (Sehr gut!) Diesen Möglichkeiten gegenüber bin ich auch der Meinung, daß wir nicht bis 1919 warten dürfen, sondern schon jetzt feststellen lassen müssen, ob wir dann in die Lage kommen werden, den Betrieb zu übernehmen. Mit dem sentimental-elegischen Ton, in dem Herr Cassel sich für eine eventuelle Einigung mit der Gesellschaft ausspricht, kommt man der Gesellschaft gegenüber nicht durch. Zur baldigen Feststellung müssen wir umso mehr kommen, weil ja alle anderen Unternehmungen inzwischen geläutert werden und weil der eventuelle Kampf auch eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen würde. Eine gewisse Genehmigung hat die Bearbeitung unserer Projekte neuerdings wohl erfahren, das erkenne ich an. Wenn man aber als Frucht dieser Beilegung die Förderung des Projektes Potsdamer Platz — Spittelmarkt usw. gepriesen wird, so möchte ich doch darauf warnen, aus dem bisherigen Schiedensworts in ein Automobiltempo zu verfallen, wie es in der Verkehrsdeputation leider bereits zum Teil eingetreten ist. Diejenigen, welche mit ganz besonderer Empfindung die neulichen Ausführungen des Oberbürgermeisters gegen eine neungigjährige Konzession bejubelt, sind jetzt drauf und dran, einer anderen Gesellschaft dieselben neungig Jahre zu bewilligen! Da kann doch dann die „Große Berliner“ sagen: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig! (Zuruf: Rückwärts!) Ich ziehe aus allem das folgende Fazit: Schleunige Anstellung der Feststellungsfrage ist notwendig, alle neuen Verkehrsrichtlinien müssen von jetzt ab allein durch die Stadt getroffen werden. Weiß man denn, ob nicht nach drei Jahren die „Große“ und die Hochbahn fusioniert sind? (Sehr richtig!) Wir müssen das tun, um das Recht der Selbstverwaltung zu wahren. Ich glaube, es hat Berlin Zeit- und Geldverluste genug gelitten; retten Sie jetzt, was noch zu retten ist, vereinigen Sie sich in dem Entschluß: Das Privatkapital bekommt von jetzt an unsere Plätze und Straßen nicht mehr zur Ausbeutung! (Beifall.)

Stadtv. Kuhlmann (Fr. Fr.) stellt bei Beurteilung der ganzen Frage das Verkehrsinteresse in den Vordergrund: Die großzügigen Pläne des Stadtbaurats Krause seien so umfassend, daß sie nicht so rasch zur Verwirklichung gebracht werden könnten. Beim ungeheuren Anwachsen des Verkehrs müsse man auch andere großzügige Projekte betrachten, und so begrüße er mit seinen Freunden auch die der „Großen“, wie sie auch das Angebot der Hoch- und Untergrundbahn zur Fortführung der Untergrundbahn bis Panitzsch freudig begrüßen. Den Schwerpunkt bei der Zustimmung zu dem Antrag Cassel legt Redner auf den Passus, daß mit der Gesellschaft verhandelt werden soll, wenn ihre Projekte gut und ausführbar seien. Zum Frieden gehöre aber, daß die „Große Berliner“ den ersten Schritt tue. Eine mittlere Linie würde sich wohl finden lassen. Stadtv. Rosenow (N. L.): Herr Kuhlmann überseht, daß die Straßenbahn auch 90 Jahre Konzession verlangt und unser Vertragsrecht bestreitet. Ohne die befriedigende Regelung dieser Punkte im Sinne des Schreibens der Verkehrsdeputation ist an einen Frieden nicht zu denken. Ueber die Sprache, die die „Große“ den städtischen Behörden und jetzt wieder dem Oberbürgermeister gegenüber führt, müssen wir unsere volle Entrüstung aussprechen. Den Anforderungen des Verkehrs wird der Magistrat am besten entgegenkommen, wenn er schnell mit Vorlagen wegen der Nord-Süd-bahn usw. vor die Versammlung tritt. Das Publikum ist es müde, zu sehen, daß die Stadt gar nichts unternimmt. Hinter der Gesellschaft stehen die großen Kartellgruppen, die sich mächtiger glauben als die Stadt und auch in Regierungskreisen mehr Gehör finden als wir. Daß die jetzt von der Gesellschaft bestritten. Absicht der Verstaatlichung bestanden hat, dafür sind ja wohl auch noch lebende Zeugen vorhanden, die jene Verhandlungen mitgemacht haben. Wir müssen uns hart machen gegen eine Gesellschaft, die sich den öffentlichen Vorwurf der Unloyalität hat gefallen lassen müssen; hoffentlich tragen wir den Sieg davon!

Oberbürgermeister Richter: In einer so schwierigen Angelegenheit soll man besonders vorsichtig sein mit Äußerungen; das ist hier als Mahnung ausgesprochen worden. Gäßen nur die Redner diese Mahnung befolgt! (Sehr richtig! Weiterleit.) Es wurde von der Konferenz im Polizeipräsidium gesprochen. Da die Teilnehmer der Konferenz sich über Geheimhaltung verständigt hatten, will ich nicht so taktlos sein, darauf einzugehen, selbst wenn von anderer Seite diese Taktlosigkeit bezeugen worden ist. Was das „Ansuchen“ betrifft, habe ich, da wir bis zu dem Tage der Konferenz keine Einladung erhalten hatten, mich an den Polizeipräsidenten gewandt mit dem Anheimsuchen, städtische Vertreter zuzulassen. (Lebhaftes Hört! Hört!) Es ist mir darauf erwidert worden, daß man zwei Konferenzen abhalten wollte, eine mit der Gesellschaft, eine zweite mit der Stadt, daß man aber auch gern bereit sei, uns an der ersten teilnehmen zu lassen. Was die Feststellungsfrage betrifft, so bin ich von der Berechtigung unserer Ansprache überzeugt; etwas anderes aber ist es, wann der richtige Zeitpunkt ist, den Richter anzugreifen. Die Verantwortung dieser Frage hängt nicht allein von praktischen, sondern auch von intrikat juristischen Fragen ab, welche sich zur öffentlichen Erörterung nicht eignen. Wir werden ja gewiß darüber Erwägungen anstellen. Was das Schreiben anbetrifft, in welchem die Direktoren mit den Vorwurf machen, Ausführungen gemacht zu haben, welche das Publikum irre führen könnten, so glaube ich einer Antwort darüber enthalten zu sein. Jeder, der vorurteilsfrei dieses Schreiben liest, muß dessen innere Widersprüche erkennen. Daß die Stadt die Absicht gehabt hat, den Betrieb von 1920 an zu übernehmen, wird durch dieses Schreiben gerade bestätigt. In dem Schreiben ist ferner gesagt, es solle „u. u.“ der Baumärkte usw. übergeben. Dabei ist verstanden, daß es sich damals um die Frage handelte, in welchem Umfang das Material übergeben sollte. Wir hatten auch das betreffende Material zur unentgeltlichen Übernahme verlangt, und das hat die Direktion damals als unannehmbar bezeichnet. Ein Kassierer lebender Junge der damaligen Verhandlung ist vorhanden in der Person des Oberverwaltungsgerichtsrats Weubrink. Der schreibt mir, daß städtischerseits niemals auf das von Anfang an vorbehaltene Recht auf Übernahme des Betriebes verzichtet worden sei. (Hört! Hört!) Darüber, daß die Stadt diese Absicht hatte, konnten die gegnerischen Vertreter nicht im Zweifel sein und sind es auch nicht gewesen. (Hört! Hört!) Vor drei Jahren mußten wir von der „Großen“ eine Erklärung erlangen, daß wir das Recht hätten, Konkurrenzlinien zu bauen. Die Vertreter derselben haben das geleugnet; sie sind durch drei Instanzen zurückgewiesen worden mit ihrem Einspruch; sie haben sich damals sagen lassen müssen, daß sie das Publikum und ihre Aktionäre irreführt haben. Solche Männer sollten doch vorsichtiger sein mit dem Vorwurf, daß anderer Äußerungen geeignet seien, das Publikum irre zu führen. (Lebhaftes allgemeines Zustimmung.)

Stadtv. Cassel nimmt gegen Singer die Integrität des preussischen Richterstandes in Schutz. Stadtv. Singer: Mir ist unerfindlich, wie Herr Cassel zu der Behauptung kommen konnte, daß ich die Integrität des preussischen Richters angezweifelt hätte. Meine Ausführungen boten dazu keinerlei Anlaß. Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Cassel und Rosenow wird einstimmig angenommen. Aus Anlaß des am 19. November 1908 stattfindenden hundertjährigen Gedenktages der Einführung der Städteordnung soll eine Festschrift über das Thema „Berlin unter

Einführung der Städteordnung“ durch den städtischen Archivar Dr. Claudius verfaßt und in 2000 Exemplaren herausgegeben werden. Die Kosten sind auf 15000 M. veranschlagt; die Versammlung spricht ohne Debatte die Bewilligung aus.

Zum 6. November wird dem Berliner Klub der Festsaal des Rathauses für die Feier seines 25jährigen Jubiläums bewilligt, nachdem auf eine Anfrage des Stadtv. Feuerstein (N. L.) festgestellt ist, daß es sich nur um einen zweitägigen Festakt, nicht auch um eine anschließende „Reise“ handelt.

Rür den Einzug des Königs von Spanien am 6. November hält der Magistrat bekanntlich die Aufschmäkung des Brandenburger Tores, des Pariser Platzes und der Straße Unter den Linden für angemessen und sucht dazu um die Bewilligung von 20000 M. nach.

Stadtv. Singer: Die Bewilligung der Stadt ist nach der Vorlage durch den Kaiser in Aussicht genommen worden. Der Magistrat ist also wohl durch eine Mitteilung von der betreffenden Stelle zu der Vorlage veranlaßt worden, wir haben es hier nicht mit einer freiwilligen Arbeit des Magistrats zu tun. Wie dem auch sei, möchte ich Vernehmung einlegen dagegen, daß städtische Mittel für diesen Zweck verausgabt werden. Ich habe durchaus Sympathie dafür, daß jemand, der Besuch von einem Freunde bekommt, alles ausbietet, ihm den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen; aber um dieser Freude besonderen Ausdruck zu geben, muß der Freund auch die Kosten der eigenen Tische einnehmen. Städtische Kooperationen haben keine Veranlassung, derartige Kosten zu bewilligen. Darüber wird ja die Versammlung einig sein, daß der König von Spanien nicht den Magistrat von Berlin besucht. (Weiterleit.) Der Oberbürgermeister wird sich daran genügen lassen müssen, den jungen Herrn auf dem Pariser Platz zu sehen; ebenso wenig glaube ich, daß der König von Spanien städtische Krankenhäuser oder Schulen besuchen wird. Der Besuch gilt naturgemäß dem preussischen Hof und dem deutschen Kaiser; die Kosten sind also von jener Stelle zu tragen. Wir haben keine Veranlassung, für die Ausmäschung 20000 M. auszugeben, wobei ich ja dem Stadtbaurat Hoffmann wünsche, daß er die Möglichkeit hat, neben der „städtisch farbenprächtig“ Ausführung auch den südlichen Himmel herbeizugubern. (Weiterleit.) Hoffentlich kommen wir wenigstens diesmal mit der Finanzierung des Brandenburger Tores. Wenn noch eine Anzahl Bürger sich über den Besuch freuen wollen, können sie ja rot-gelbe Fahnen herausgeben, aber öffentliche Mittel sind für diesen Zweck vorhanden; für diese Ausmäschung zu sorgen ist keine Aufgabe der Gemeinden. (Zuruf: Republik Frankreich!) Man ist doch nicht darauf geacht, alles slavisch nachzuahmen, was vielleicht in irgend einer Republik gemacht wird.

Oberbürgermeister Richter: Ich muß ausdrücklich erklären, daß, als ich aus den Zeitungen die Ankunft des Königs von Spanien entnommen hatte, ich mich sofort mit dem zuständigen Amt in Verbindung setzte und die erwähnte Auskunft erhalten habe. Nach der Auffassung des Magistrats kommen die beiden Herrscher nicht als Privatpersonen, sondern als Monarchen zusammen, und da gehört es allerdings zu den Aufgaben einer Haupt- und Residenzstadt, daß auch hier den Pflichten entsprochen wird, die die Verhältnisse mit sich bringen.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bezugsverbreiterung der Koffstraße auf der Nordseite empfiehlt der Magistrat, das Angebot der Firma Rodmann u. Knauer anzunehmen, wonach die Verbreiterung vor den Grundstücken 19/20—30 bis spätestens 1. Oktober 1908 für 1 000 000 M. bewerkstelligt werden würde. Die genannte Firma will die betr. Grundstücke erwerben, die Baukosten abdecken, Neubauten ausführen und das erforderliche Straßenland der Stadt übereignen. Es handelt sich um insgesamt 553 Quadratmeter, so daß pro Quadratmeter 1800 M. zu zahlen wären.

Die Vorlage wird angenommen. Schluß 10 Uhr.

## Verfammlungen.

Generalverband der Dachbeder. Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin fand am Sonntag bei Feind in der Weinstraße statt. Nachdem der Vorsitzende Höppner bekannt gegeben hatte, daß die zur Unterstützung der Ausgesperrten der Elektricitätswerke eingeführte Extrasteuer von 50 Pf. da der Kampf beendet ist, nur einmal zu zahlen war, verlas der Kassierer Pörlisch die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahme samt dem alten Bestand von 1339,42 M. belief sich auf 7458,82 M., die Ausgabe — darunter 500 M. für den Streik in der Zigarettenindustrie — auf 5371,05 M., so daß der Bestand auf 2087,77 M. anwuchs. — Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Daraus berichtete Rehrlein über den G a u t a g, der vor kurzem in Stettin stattgefunden hat und sich zu einem merkwürdigen Teil mit Anträgen zu dem bevorstehenden Verbandstag befahte. Die Organisation im Gau hat sich seit dem vorigen G a u t a g recht erfreulich entwickelt, die Zahl der Filialen ist von 6 auf 18 gestiegen, die der Mitglieder von 280 auf 600. Auf dem G a u t a g wurde konstatiert, daß es an vielen Orten und selbst in Großstädten, wie namentlich in Königsberg, mit dem Bauarbeiterstreik sehr schlecht bestellt ist. — An den G a u t a g berichtete sich eine rege Debatte, die hauptsächlich von inneren Angelegenheiten der Organisation handelte. In den G a u t a g wurden folgende Anträge gutgeheißen: Durch monatliche Extrabeiträge von 10 Pf. einen Kampffonds zu gründen; — eine andere Einteilung der Wahlkreise durchzuführen, so daß auf je 200 Mitglieder ein Verbandsratsbelegter kommt; — die Verbandsbeiträge das ganze Jahr über zu erheben; — den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen. Außerdem wurde ein Protest gegen die Aufstellung des G a u e s Schlesien beschlossen, durch die Berlin und die anderen Orte seines G a u e s in der Vertretung auf dem Verbandstag, benachteiligt werden.

Die Wahlen der Delegierten finden am 6. November statt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Petersburg, 28. Oktober. (Privatdepesche.) Der Streik verläuft im allgemeinen ruhig. Heute wurden viele Läden, besonders auf der Wassili-Ansel, geschlossen. Viele Patronen sind auf den Straßen, besonders in den Arbeitervierteln. Das Straßenleben ist unbeeinträchtigt; wenige äußerliche Zeichen der Lage sind heute bemerkbar. Beamte des Verkehrsministeriums und Schullehrer bewachten Studentenversammlungen in der Universität. Minister und hohe Beamte beraten den ganzen Tag; endlich scheinen sie beschlossen zu haben, den Kriegszustand zu erklären. Heute abend in den meisten Hochschulen Massenversammlungen der Bundesverbände zur Diskussion der Frage des allgemeinen Streiks.

## Zahnbeziehung der Eisenbahnarbeiter.

Wag, 28. Oktober. (S. S.) Die „Naroda“ meldet, steht ein Streikstreit des Personal der kaiserlichen Staatsbahnen auf den böhmischen Strecken bevor. Dieser Tage hat eine Versammlung von Delegierten der einzelnen Stationen stattgefunden; es sei beschlossen worden, daß im Falle der Forderung des Eisenbahnpersonals nicht innerhalb kürzester Zeit nachgegeben wird, sofort der Generalstreik zu proklamieren sei, und zwar in der Weise, daß alle Eisenbahner sich strikte an die Bahninstruktion halten, da dieselbe so gehalten ist, daß bei unbedingter Einhaltung der Bestimmungen in der Praxis der ganze Personen- und Güterverkehr auf den Staatsbahnen unmöglich gemacht würde. Man sieht dieser Bewegung mit großer Beforgnis entgegen.

An unsere Leser.

Um den Wünschen aus unseren Leserkreisen entgegenzukommen, haben wir uns entschlossen, von jetzt ab das bisher am Sonntag beigegebene

Unterhaltungsblatt

am Sonnabend beizulegen, so daß das Unterhaltungsblatt von jetzt ab täglich mit Ausnahme des Sonntags beiliegt. Am Sonntag wird unsere illustrierte Beilage „Die Neue Welt“ das Unterhaltungsbedürfnis unserer Leser befriedigen.

Redaktion und Verlag des „Vorwärts“.

Tabakarbeiter Deutschlands!

Der gesamten Tabakindustrie droht eine neue Gefahr, die für uns zwar noch nicht in greifbarer Gestalt vorliegt, die aber doch genügend durch offiziöse Mitteilungen in Fachkreisen und Äußerungen der verschiedensten Zeitungen erörtert worden ist. Diese erwähnten Mitteilungen veranlassen die Unterzeichneten schon jetzt, an die Kollegenchaft Deutschlands heranzutreten mit dem Ersuchen, dieser drohenden Gefahr beizugehen.

Der im Jahre 1893 zu Berlin stattgehabte Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands zur Bekämpfung der Tabakfabriksteuer hat die unterzeichnete Kommission beauftragt, bei etwaigen neuen Steuerprojekten sofort in Aktion zu treten. Diesem unserem Auftrage kommen wir hiermit nach, indem wir die Kollegen ersuchen, allerorts auf dem Posten zu sein, um einer abermaligen Verschlechterung ihrer Lebenshaltung vorzubeugen. Wir lassen hiermit einen kurzen historischen Rückblick über die stete Verunruhigung folgen.

Seit circa 40 Jahren sind der Tabakindustrie seitens der Regierung nur kurze Ruhepausen vergönnt worden. Wie unendlich schwer die Tabakarbeiter durch diese Maßnahmen gelitten haben, beweist der gegenwärtige Stand ihrer Lebenshaltung. Tatsache ist es, daß die Tabakarbeiter zu den schlechtestlohnendsten Industriearbeitern Deutschlands gezählt werden müssen, und zwar infolge der Steuerpolitik der Reichsregierung.

Eine Regierungsvorlage im Jahre 1867, welche einen Kongress der Tabakfabrikanten zu Kassel hervorrief, zu welchem auch drei Arbeiter zugezogen worden sind, verlangte eine Erhöhung des Zolles von 4 auf 10 Taler, eine Bodensteuer von 20 Taler pro preussischen Morgen, eine Fabriksteuer von 15 Sgr. pro Mille und 2/3 Sgr. pro Pfund Rauchtabak; ferner war eine Konzessionssteuer in Aussicht genommen. Eine starke Empörung machte sich sofort gegen dieses Attentat in Interessentenkreisen geltend, was zur Folge hatte, daß diese Vorlage im Parlament glatt abgelehnt wurde.

Am 22. November 1876 erklärte Bismarck im Reichstage: „Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuert.“

Nachdem im Jahre 1878 das Sozialistengesetz eingeführt wurde, begann man die sarnose „Reform des deutschen Zolltarifs“. Durch diese Reform wurde der Zoll auf Tabak von 24 auf 85 M. und die Steuer von 2 auf 45 M. pro Doppelzentner erhöht, nachdem Bismarck mit dem Monopol gedroht hatte. Infolge dieses rigorosen Schlages wurden circa 15 000 Tabakarbeiter brotlos.

1880 legte Bismarck im Reichstage sein Monopolprojekt vor, welches aber von demselben nach kurzer Beratung durch Resolution glatt abgelehnt wurde.

Von dem Staatsminister v. Bötticher wurde 1882 dem Volkswirtschaftsrat die Frage vorgelegt, ob das Monopol zur Finanzreform sich empfehle.

Im Jahre 1891 brachten die Konservativen eine Resolution ein, welche verlangte, daß die Erhöhung des Zolles von 85 auf 125 M. und Herabsetzung der Steuer auf inländischen Tabak von 45 auf 24 M. eingeführt werde. Im März 1892 wurde diese Resolution zum Antrag verzeichnet, welcher aber abgelehnt wurde.

Im Jahre 1893 kam die alles zu vernichten drohende Tabakfabriksteuer, die den Berliner Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands zur Folge hatte.

Am 26. Januar 1895 wurde abermals dem Reichstage ein ähnlicher Tabakfabriksteuer-Entwurf und zwar in etwas abgeschwächter Form vorgelegt. Beide Entwürfe wurden abgelehnt, und zwar infolge der intensiven Agitation der Tabakinteressenten.

Im Jahre 1902 äußerte Schatzsekretär v. Thielmann im Reichstage u. a.: Sie werden nicht umhin können, neue Einnahmequellen zu hehwilligen, und zwar solche, die zu Vuch schlagen, und da ständen an erster Stelle Bier und Tabak.

Trotz dieser Äußerung erklärte einige Monate später in einer Sitzung der Zolltarifkommission der Staatssekretär v. Polakowsky, daß die Regierung nicht daran denke, dem Reichstage eine Tabaksteuererhöhung vorzulegen.

Seitdem sind drei Jahre ins Land gegangen, und wiederum stehen wir einer drohenden Gefahr gegenüber, die wir bereits oben angedeutet haben; es gilt nun, derselben mit Mut und Kraft entgegenzutreten.

Kollegen und Kolleginnen! Wir fordern jetzt von Euch, daß Ihr ungesäumt unserem Bedruse Folge leistet und allerorts an die Arbeit geht. Keine Stadt, kein Dorf, wo Tabakarbeiter existieren, darf in der Agitation zurückbleiben! Organisiert daher den Kampf! Wir schlagen Euch vor, auf folgender Basis zu organisieren: In jedem Orte sind durch öffentliche Versammlungen Kommissionen einzusetzen resp. zu wählen; diese Kommissionen haben sich zunächst zu konstituieren und zu beraten, in welchem Maße Mittel beschafft werden können, da zu jedem Kampf auch Munition gehört, also Geld und noch mehr.

Von allen Orten, wo sich Kommissionen gebildet haben, sind die Adressen der Obmänner der unterzeichneten Kommission mitzuteilen, welche auch bereit ist, über etwaige Anfragen Auskunft zu erteilen.

Bisher sind leider nicht genügend Einsendungen erfolgt, um an die nötige Einteilung von Agitationsbezirken gehen zu können. Wir fordern Euch daher angehts der dringenden Gefahr auch hierdurch auf, sofort an allen Orten, d. h. Städten und Dörfern an die Arbeit zu gehen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß wir Meldungen

von Kollegen und Kolleginnen, die nicht in öffentlichen Versammlungen gewählt sind, unberücksichtigt lassen.

Die Konstituierung der Zentralkommission ist erfolgt und ist der Kollege Wilh. Börner, Vorsitzender, Berlin S., Ritterstraße 15, Fritz Sperber, Kassierer, Berlin N., Ruppinerstr. 44, Karl Vuitz, Schriftführer, Weißhern Mag Kiesel und Mag Müller.

Alle Zuschriften sind an Wilh. Börner und alle Geldsendungen an Fritz Sperber zu richten, die Quittung erfolgt im „Tabakarbeiter“.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck von obigem gebeten.

Berlin, Oktober 1905.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

J. A.: Wilh. Börner.

Aus der Partei.

Von der Agitation für unsere Presse. 305 neue Abonnenten haben unsere Genossen am letzten Sonntag bei ihrer Agitation für die „Volkswacht“ in Breslau gewonnen. Das ist wieder ein sehr schönes Resultat, das aufs neue zeigt, wie viele Arbeiter noch für unsere Sache zu gewinnen sind.

Dem Aufschwung in Breslau reihen sich die Erfolge in der Provinz würdig an: In Petersdorf (Niesengebirge) wurden am Sonntag 22 neue Abonnenten für die „Volkswacht“ gewonnen, während bis dahin die „Volkswacht“ noch sehr wenig Eingang gefunden hatte und bei einer am Dienstag in Diegnitz stattgefundenen Versammlung wurde eine Reihe weiterer Leser gewonnen.

Behandlung sozialdemokratischer Redakteure im Gefängnis. Die „Leipz. Volksw.“ teilt mit: Unser Redaktionskollege Paul Lange ist auf Schloß Hoheneck bei Stolberg in Sachsen interniert. Es ist ihm Selbstbeschäftigung und Selbstbefähigung gewährt worden, auch darf er eigene Kleidung tragen.

Demgegenüber kann die „Schwäb. Tagw.“ mitteilen, daß ihrem Redakteur Westmeyer, der seine dreimonatige Gefängnisstrafe zurzeit im preussischen Gefängnis zu Gehingen in Hohenzollern verbüßt, sowohl Selbstbeschäftigung als Selbstbefähigung verweigert worden ist. Auch den Vorzug, eigene Kleider tragen zu dürfen, genießt Genosse Westmeyer nicht. In der Gefängnisleitung, wie sie der gemeine Verbrecher tragen muß, darf er sich die Zeit mit Holzzerkleinern vertreiben. An der rechtzeitigen Einreichung eines Gesuchs um Bewährung von Selbstbeschäftigung und Selbstbefähigung hat es Westmeyer nicht fehlen lassen, circa drei Wochen vor seinem Strafantritt wurde es eingereicht; es blieb aber über das Schicksal seiner Bitte im unklaren, bis er bereits einen Teil seiner Strafe verbüßt hatte. Dann wurde ihm eröffnet, daß sein Gesuch abgelehnt sei. Auf die Beschwerdeerhebung verzichtete Westmeyer, weil er Grund zu der Annahme hatte, daß die Erledigung derselben sich bis gegen den Schluß der Dauer seiner Inhaftierung hinausziehen und dann am Ende das Ergebnis doch ein ablenndes sein werde. Auch das persönliche Vorsprechen eines Kollegen Westmeyers beim Staatsanwalt von Gehingen führte nicht zu einer Milderung der strengen Gefangenbehandlung, die Westmeyer zuteil wird. Der Staatsanwalt bestand auf seinem Schein, daß er das „Recht“ habe, den politischen Gefangenen Westmeyer wie einen gemeinen Sträfling zu behandeln. Die einzige Wohlthat, die Westmeyer genießt, besteht darin, daß er eine bürgerliche Zeitung lesen darf.

Demnach ist die Behandlung der gefangenen Redakteure in Gehingen eine unvergleichlich härtere wie selbst in Sachsen. Dabei aber noch zu beachten ist, daß Westmeyers Strafe auf einem Vergehen beruht, das die Strafkammer Hannover in ihrer ersten Verhandlung zu einer Freisprechung gelangen ließ. Erst im zweiten Verfahren, das auf den Beschluß des Reichsgerichts herbeigeführt wurde, kam das hannoversche Gericht zur Verurteilung.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalerhöhung der Deutschen Bank. Die stärkeren Ansprüche, die in den letzten Monaten Industrie und Handel an den deutschen Geldmarkt stellten, haben die Leitung der Deutschen Bank zur Vergrößerung ihres zurzeit 180 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals auf 200 Millionen Mark bestimmt. Die Verwaltung gibt in einer offiziellen Mitteilung bekannt:

„Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank ist zu einer Sitzung am Mittwoch, den 1. November, eingeladen, um über eine vom Vorstände vorgeschlagene Kapitalerhöhung von 20 Millionen Mark auf 200 Millionen Mark Beschluß zu fassen. Es wird beabsichtigt, den Gesamtbetrag der neuen Aktien Anfang Januar 1906 den Aktionären zum Bezuge anzubieten. Die Einzahlungen sollen im Laufe des Jahres 1906 erfolgen. Die Gründe der Kapitalerhöhung liegen darin, daß das laufende Geschäft der Deutschen Bank sowohl im Inlande als auch im Auslande sich dauernd vergrößert hat und daher eine Verstärkung der eigenen Mittel der Bank der Leitung derselben angemessen erscheint. Die Bedingungen und der Kurs, zu denen die neuen Aktien der Bank den Aktionären angeboten werden sollen, werden nach der Aufsichtsratsitzung bekannt gegeben werden. Der Kurs der neuen Aktien dürfte, wie dies auch bei den früheren Kapitalerhöhungen der Bank der Fall war, ein verhältnismäßig niedriger sein.“

Die Deutsche Bank hat bekanntlich nur wenig unter der letzten Krise gelitten. Schon im Dezember 1902 wurde das damals 150 Millionen Mark betragende Aktienkapital um 10 Millionen und dann im nächsten Jahre nochmals um 20 Millionen Mark erhöht. Seitdem hat die Deutsche Bank ihre Geschäftssphäre weiter und weiter ausgedehnt, namentlich durch Vergrößerung ihrer Filialen und ihres Concerns in Leipzig, Dresden, Rürnberg, Qamburg usw.

Preiserhöhungen für Industrieprodukte gehören nachgerade zu den alltäglichen Erscheinungen. Noch weit mehr als zu Beginn der letzten Prosperitätsperiode muß diesmal die lanierte Unternehmerschaft die steigende Konjunktur zu forciertester Erhöhung ihres Unternehmerprofits aus. Und die kapitalistische Presse, die jedesmal, wenn die Arbeiter ihren Anteil an dem von ihnen erzeugten Produkt, ihren schwer verdienten Arbeitslohn zu steigern suchen, über die Vergehrlichkeit der Arbeiterchaft zu rälomieren weh, findet diese Vermehrung des Unternehmergewinns ganz selbstverständlich. Auch die Summiindustrie darf natürlich nicht bei dem Preisstreben zurückbleiben. Unter den größeren Werken dieser Branche finden zurzeit Preisprüfungen wegen neuer Preisheeräufsetzungen statt, die vornehmlich chirurgische Artikel betreffen. Am 20. Oktober ist bereits eine Erhöhung der Preise für technische Artikel (sogenannte Patent-Summi-Sachen) um 10 Proz. eingetreten. Voraussichtlich wird auch für die chirurgischen Artikel ein Aufschlag in Höhe von 10 Proz. beschloffen werden.

Der Wagenmangel steigert sich auch im Sächser Industriebzirkle immer mehr zu einer Kalamität, welche die Produktionsfähigkeit der Kohlen- und Eisenindustrie des Reviers gewaltig einschränkt.

Nachdem schon in den beiden vorhergehenden Wochen eine Beschränkung in der Wagenstellung eingetreten war, hat vorgestern die Königl. Eisenbahndirektion Köln eine Verfügung erlassen, wonach für den Sächser Bezirk in der Bestellung von offenen Güterwagen am 24. Oktober eine Beschränkung der Verhältniszahlen um 20 Proz., am 25. um 40 Proz. und am 26. und 27. um je 20 Proz. eintritt. Daß unter diesen Umständen die Betriebe nicht aufrechterhalten werden können, ist selbstverständlich.

Die Baumwoll-Anbauversuche in Ostafrika als Ursache der dortigen Murrufen. Die in den deutschen Schutzgebieten Afrikas unternommenen, bisher nur außerordentlich geringe Erfolge aufweisenden Baumwoll-Anbauversuche müssen den Kolonialenthusiasten nicht nur zum Verweise dafür herhalten, daß das Deutsche Reich seine alljährlich starke Reichszubute verschlingenden Kolonien weiter ausdehnen, sondern auch sein Heer und seine Flotte unablässig vergrößern muß. Wir müssen, heißt es, vom amerikanischen Baumwollmarkt und seinen Preisstreibern unabhängig werden. Das vermögen wir jedoch nur, wenn wir eigene Kolonien besitzen und dort selbst Baumwolle bauen; zum Schutz der Kolonien aber brauchen wir notwendig eine kriegsfertige Flotte usw. Erst jüngst auf dem Kolonialkongress in Berlin spielte diese Melodie wieder eine bedeutende Rolle. Demgegenüber ist eine Meldung der „Köln. Volksw.“ aus Ostafrika (wahrscheinlich aus Ostafrika) höchst interessant, daß der Grund der Murrufen in Deutsch-Ostafrika zu einem wesentlichen Teil in dem Versuch zu erblicken ist, die Eingeborenen zum Anbau von Baumwolle zu zwingen.

„Der Befehl zur Anlage von Baumwollpflanzungen,“ schreibt das Blatt, „der im September vorigen Jahres erging, traf die Leute zu einer Zeit, als sie mit der Vorbereitung ihrer eigenen Felder zur Aussaat beschäftigt waren. Auch war das ausgegebene Feldmaß — 600 Quadratmeter für jede Hütte — zuviel für das erste Jahr. Dazu kommt, daß weil das Feld für die Baumwollpflanzungen auf einen größeren Bezirk zusammengelegt wurde, die Eingeborenen oft drei Stunden Weges und mehr zur Arbeitsstätte zurücklegen hatten. Viel Unzufriedenheit erregte auch, daß die Leute auf die Entschädigung für diese Arbeit ein ganzes Jahr warten sollten. Immerhin ist es verständlich, daß man durch diese Maßnahme der Verschwendung vorzubeugen suchte; aber man hätte dann wenigstens die Hüttensteuer so lange stunden und dann von dem Arbeitslohn abziehen können. Vielesch veranlaßte die Arbeit in den Baumwollpflanzungen auch die Leute, für sich selbst kleinere Felder als sonst zu bestellen, so daß ein Mangel an Lebensmitteln für sie in Aussicht stand.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Jagd der Polizei auf Streikposten

treibt immer wunderlichere Blüten. Gest da am Mittwoch gegen 12 Uhr mittags ein Krankenassen-Kontrollleur der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Prinzen-Allee (auf dem Gesundbrunnen) entlang, um die ihm übertragene Krankenkontrolle auszuüben. In dieser Straße befinden sich zwei Lederfabriken, in denen die Lederarbeiter ausgesperrt sind. Als er in die Nähe einer dieser Fabriken gekommen ist, tritt ein dort stationierter Polizeibeamter an ihn heran und erklärt ihn ohne weiteres für verhaftet. Der Hinweis, daß er Krankenkontrollleur sei und deshalb hier zu tun hatte, hilft nicht. Der vermeintliche Streikposten muß mit zur Wache. Nachdem der Stassenbeamte dort eine halbe Stunde zugebracht, stellt sich bei seiner dann erfolgten Vernehmung die Richtigkeit seiner Angabe heraus, worauf die Entlassung erfolgte.

Wie wir hören, soll wegen dieses „Mißgriffes“ der Polizei Beschwerde geführt werden. Aber ein „Mißgriff“ mehr oder weniger, was schert es die Polizei. Was gilt die Freiheit des Staatsbürgers, wenn die Interessen der Unternehmner gewahrt werden sollen. Wir haben zwar von den Aufgaben der Polizei andere Auffassungen, allein in unserem Klassenstaate sind wir schon alles gewöhnt. Mit dem Gesetz sind solche Handlungen nicht in Einklang zu bringen, so wenig wie die tagtäglich erfolgende Verhaftung von Streikposten.

Achtung, Metallarbeiter!

Am Mittwoch, den 25. d. M., haben sich an Ausgesperrten der Elektrizitäts-Industrie noch als nicht eingestell gemeldet: Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes 134 Männer, 14 Frauen der Metallarbeiter-Gewerkschaft 18 des Gewerksvereins d. Masch. u. Met. 35

Von den übrigen Gewerkschaften liegt ein Bericht nicht vor. Nur der Christliche Metallarbeiter-Verband berichtet noch, daß seine Mitglieder wieder sämtlich in Arbeit stehen.

Für Donnerstag, den 26., kann berichtet werden, daß sich wiederum eine Anzahl in Arbeit gemeldet haben und damit sich die Zahl der noch außer Arbeit Befindlichen beträchtlich vermindert hat. Das Streikomitee.

J. A.: Cohen.

Achtung, Rohrleger und Kupferschmiede! Wir machen hierdurch, diejenigen Rohrleger, welche gelernte Kupferschmiede sind, darauf aufmerksam, daß zurzeit die Kupferschmiede in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß von den als Rohrleger beschäftigten Kupferschmieden verlangt wird, in den Werksstätten, Brauereien u. Kupferschmiedearbeit, oder die von den Kupferschmieden verlassenen Arbeiten zu machen. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß diese Arbeit, weil Streikarbeit, verweigert werden muß.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Die Lederarbeiter der Firma Rnecht u. Söhne in Elmshorn befinden sich im Streik. Seit 1896 besteht zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ein Vertrag, der die Preise für die drei bis jetzt üblichen Sorten Häute festsetzt. Demnach wurden bezahlt für deutsches Leder 40, für Wildleder 30 und für Hohlhäute 20 Pf. Nun will Herr Rnecht eine vierte Sorte einführen unter dem Namen „Bonies“ und dafür 25 Pf. bezahlen. Die Arbeiter wollen darauf nicht eingehen, weil sie genau wissen, daß dadurch leicht Schiedungen gemacht werden können, so daß keine deutsche Leder für Wild- und Wildleder für Bonies verarbeitet werden müssen. Es wurde den Arbeitern denn auch sofort ein Posten dieser „Bonies“ von 2000 Stück angeboten, was ihnen einen Lohnausfall von insgesamt 330 Mark brachte. Nun haben sich die Arbeiter bereit erklärt, diese Partie von 2000 Stück für Wildleder zu verarbeiten, wofür also 30 Pf. bezahlt wird, toem für die Zukunft die alten Preise bestehen bleiben und die Häute nicht mehr ausgelastet werden. Es würde dies immer noch einen Lohnausfall von 420 M. bedeuten. Dieses Zugeständnis der Arbeiter beweist, daß sie nicht den Kampf gewohnt haben, sondern um des lieben Friedens willen lieber dieses Opfer bringen wollten. Herr Rnecht lehnte jedoch das Anerbieten ab und gab der vorliegenden Kommission den Beschluß, daß diese Sorte nicht nur diesmal gelten solle, sondern daß es auch für weiterhin so gehandhabt werde. Am Sonnabend gegen Mittag befehlt er den Arbeitern in der Kaltverstele nicht mehr einzuzweigen, damit hat Herr Rnecht mit der Aus-

Herrung gedroht. Die Arbeiter sind ihm aber zugekommen und haben, nach nochmaliger Verhandlung am Sonntagvormittag, am Nachmittag desselben Tages den Streik beschlossen. Am Montagmorgen legten diejenigen, die ihre angefangene Arbeit vollendet hatten, die Arbeit nieder. Bis jetzt sind 35 Arbeiter anständig, zu denen noch 2 Mann aus der Kalkwerkstelle kommen. Bestenfalls konstatlich verpflichtet. Ihre angefangenen Arbeiten fertigzustellen. Von den Streikenden sind alle bis auf vier Mann organisiert.

## Die Stadtverordneten-Wahlbewegung.

Für den 6. Kommunal-Wahlbezirk fand am Mittwochabend eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung in höchst feierlicher Weise statt. Genosse Pfannkuch als Referent sprach in recht eingehender Weise die Forderungen der Sozialdemokratie im Stadtparlament betreffend die Fregung der Einheitswähler, der Krankenhäuser, der Anstellung des neuwählenden Stadtkommissars, in bezug auf die Finanzbilanzierung im Interesse der Kommune-Selbstverwaltung, die Anstellung von Schulärzten, die Stellung des Magistrats als Arbeitgeber gegenüber den städtischen Arbeitern, sowie die Beziehungen der Stadtverwaltung zur Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft betreffend späterer Übernahme der Straßenbahnen in städtische Regie.

Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Vortrage hielt der Kandidat des Wahlkreises, Genosse Köhler, eine Ansprache an die Versammlung, in welcher er darlegte, daß die Stadtverordneten-Versammlung, wenn sie es mit dem Wohle der Stadt und deren Bevölkerung wirklich ernst meine, dieselbe allen Forderungen der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament unbedingt gerecht werden müßte; dazu gehören unter anderem auch die teilweise Übernahme der Fregung der Stadt Berlin. Da jedoch der heutige Kommuneverwaltung meist alle im Interesse der Allgemeinheit liegenden Angelegenheiten abgerungen werden müssen, sei es Pflicht der Kommunalwähler, nur sozialdemokratische Vertreter ins Stadtparlament zu wählen. Auch dieser Redner erntete Beifall. — Zum Schluß trug der Vorsitzende Genosse Ricker, die große Sammelkraft vieler Genossen und forderte dieselben auf, während der kurzen Sperrzeit, die uns noch vom Wahlen trennt, fleißig für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu agitieren und das Wahlkomitee in seinen Arbeiten nach besten Kräften zu unterstützen.

Die Kommunalwähler-Versammlung des 20. Kommunalwahlbezirks fand am Dienstagabend im Elbium, Langsberger Allee, statt. Genosse Borgmann referierte über die Kommuneverwaltung. Redner beleuchtete zu Anfang seines Vortrages die Unzulänglichkeit des Dreiklassenwahlsystems. Ueber die Schulfrage führte der Redner aus, daß Berlin noch weit hinter verschiedenen anderen Städten liege, indem die Kinder noch sehr oft in fogenannten fliegenden Klassen oder in Schulbarsden untergebracht werden müßten, ein Zustand, welcher nicht bestehen würde, wenn auch die Kinder der Reichen in die Volksschulen gehen müßten. Auch in der Ausbildung der Kinder durch die Volksschule müßte noch viel geschehen, denn es sei ein Mangel, daß ein Lehrer 60 bis 65 Schüler richtig übersehen und ausbilden kann, es müßten in den Klassen der Volksschule nur ebenso viel Kinder wie in den höheren Schulen, d. h. nur 30 Schüler, untergebracht werden. Auch in hygienischer Beziehung leide die Kommune Berlin für die Schüler der Volksschule noch lange nicht das, was andere Städte leisten. Obgleich man unter Forderung nach Untersuchung der Schüler durch Schulärzte stattgegeben hat, entspricht die bis jetzt angestellte Zahl der Ärzte noch lange nicht den Anforderungen, die an sie gestellt sind. Bei den vorhandenen 208 Schulen sind nur 30 Schulärzte angestellt. — Weiter beleuchtete der Referent die Krankenhäuser und die Pflege in denselben, ebenso regte er die Errichtung von weiteren Heimstätten an. Ja, die große Stadt Berlin habe nicht mal ein Waisenheim, so daß es vorkomme, daß eine Mutter aus Not ihr Kind im Stich lassen müsse und dann von Weisens wegen wegen Kindesaussetzung bestraft zu werden. Nachdem der Referent im Laufe seines Vortrages noch die Armenpflege und das Steuerwesen und die Verhandlung der Kommune mit der Großen Berliner erläuterte hatte, kam derselbe auf die in der bürgerlichen Presse mitgeteilte Behauptung des Stadtverordneten Rosenow, nach welcher die sozialdemokratischen Stadtverordneten schuld seien, daß der Vertrag mit der Großen Berliner angenommen sei, zu sprechen und sagte, daß diese von Herrn Rosenow aufgestellte Behauptung eine Unwahrheit sei. Dies müsse öffentlich gesagt werden. Herr Rosenow habe vielmehr alle Ursache, nicht so laut zu sein, denn durch sein Verschulden als Delegierter der Tarifkommission sei es gekommen, daß der Reihensystem-Tarif in Berlin durchgebracht sei, indem er es zuletz, daß die Linie Charlottenburg-Stettiner Bahnhof (die sogenannte Q-Linie) 15 Pf. kostet und durch die Unterzeichnung dieses Vertrages durch Herrn Rosenow es der Kommune Berlin ziemlich schwer wird, nach Ablauf des Vertrages mit der Großen Berliner einen günstigen Abschluß zu treffen.

Am Schluß des zweistündigen Vortrages forderte der Referent auf, mit aller Macht dahin zu arbeiten, daß am 8. November der Kandidat des 20. Wahlbezirks, Genosse Hugo Heimann, nicht nur mit derselben Majorität wie vor sechs Jahren, sondern mit einer noch größeren gewählt werde.

20. Kommunal-Wahlbezirk. Die am Dienstag im Rosenholzer Hof tagende Versammlung der Kommunalwähler erregte sich leider eines nur mittelmaßigen Besanges. Stadtverordneter Hugo Heimann referierte in instruktiver Weise über das Verhalten der Freiwähligen im roten Hause. Der Vortragsrede ging besonders auf die so verbesserungsbedürftigen Verhältnisse der Schulverhältnisse ein, wozu er Hand einer sorgfältigen Statistik nach, eine wie weit größere Forderung der Kommune durch jeden Real- und Gymnasialkinder der Stadt erwachse, als durch den Volksschüler. Die Wohnungsverhältnisse streifend, brachte der Redner auch hier statistische Erweise, nach denen 14 Proz. der Bevölkerung Berlins nicht in hygienisch würdigen Weise einlogiert seien. Bezüglich des Kampfes mit der Großen Berliner Straßenbahn charakterisierte der Vortragende das Verhalten der Liberalen als ein völlig unzuverlässiges und teilte weiter mit, daß die Herren Freiwähligen drauf und dran seien, der Firma Siemens u. Halke eine 90 Jahre dauernde Konzession zu erteilen. In der städtischen Berichterstattung haben nur der Bürgermeister und die beiden Sozialdemokraten sich gegen eine derartig himmelstreichende Manipulation erklärt. Es gelte, diesen Elementen den Bezirk zu entreißen, kein denkender Wähler der dritten Abteilung könne einen anderen als Sassenbach wählen. (Lebhafte Beifall.) Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Liepmann, sprach das letzte Flugblatt der Freiwähligen. Hatten nicht im Jahre 1904 die 277 Stimmenten in der Stichwahl dem Liberalen die Stimme gegeben, so wäre auch der 30. Bezirk schon heute sozialdemokratisch vertreten. Es gelte alle Kräfte der Partei am 8. November anzuspannen, dann könne der Erfolg nicht fehlen. Genosse Ritter war in der freiwähligen Wähler-Versammlung am Montag und ist enttäuscht über die widerliche Art, in welcher Justizrat Gabel die einfache selbstverständliche Pflichterfüllung des liberalen Vertreters herabsetzt hat. Er hofft, der 5. und 8. Kreis werden ihre Schuldigkeit tun und den 30. Bezirk in einen sozialdemokratischen verwandeln.

Mit einem nachdrücklichen Appell und Hinweis auf die am Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung schloß die animierte Versammlung.

## Kongress deutscher Saal- und Konzertlokalinhaber.

Berlin, den 28. Oktober.  
Unter dem Vorsitz des Ehrenmitgliedes des Deutschen Gastwirtverbandes Wiese-Tein wurden heute die Beratungen der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands abgeschlossen, die als Endtag der Gründung eines Reichsverbandes aller deutschen Saalbesitzer haben. Der Verband soll gegen die Gesetze

wirksam protestieren, die die Besitzer großer Lokale schwer belassen und in ihrer Bewegungsfreiheit immer mehr hindern. Die Notwendigkeit einer Organisation werde bewiesen unter anderem durch die ohne Rücksicht auf die davon betroffenen Lokalinhaber vorgenommene Erhöhung der Musikertarife, durch die von der Polizei dekretierten Beschränkungen von Tanz- und Konzertverläufen, durch die Erhöhung der Lustbarkeitssteuer und durch die Bestimmung des Kriegsministeriums, daß die Militärkapellen nicht unter den zum Teil sehr hohen deutschen Musikertarifen spielen dürfen. Alle diese Fragen soll der neue Verband in den Bereich seiner Tätigkeit ziehen. Vor allem aber soll der Verband die Lantienentfrage der Tonsehergenossenschaft erledigen und einen heftigen Kampf gegen die Vorstoßbestrebungen der Militärbehörden führen.

Zu dem heutigen Kongress hatten sich Delegierte aus Berlin, Frankfurt a. O., Königsberg, Danzig, Halle, Magdeburg, Breslau, Bromberg, Hannover, Bremen, Lübeck, Hamburg, Nürnberg, Augsburg, Dresden, Leipzig, Karlsruhe und vielen anderen Städten eingefunden. In erster Stelle sprach Thomas-Bremen für die Gründung eines Reichsverbandes. Guttempler und Synoden sühren einen überaus heftigen Kampf gegen die Saalbesitzer. Die Tanzsäle werden als die Druckstätten des Lasters hingestellt. Gegen solche Angriffe ist ein geschlossenes Vorgehen aller deutschen Saalbesitzer notwendig. Die neue Organisation soll kein Kampfbündnis gegen die bestehenden Gastwirtverbände sein; aber die Sonderinteressen der Saalbesitzer sollen auch in einer Sonderorganisation vertreten werden. (Beifall.) — Wiese-Tein: Der Kampf der Provinzialsynoden gegen die Saalbesitzer ist wieder einmal auf der ganzen Linie entbrannt. In Breslau haben die Provinzialsynoden z. B. verlangt, daß die Regierung Verordnungen erläßt, durch die die Saalbesitzer schwer geschädigt würden. Ähnliches haben die frommen Herren in Nürnberg verlangt. Man steht eben immer noch auf dem Standpunkt, daß gerade die Unzucht auf den Tanzböden den besten Platz habe. Gegen solche Anschauungen müssen wir protestieren. (Beifall.) — Häufiger-Frankfurt a. O.: Früher hatten wir einen aus dem Geschlecht derer von Buttamer als Regierungspräsident. Wir Gastwirte meinten ihm, als er ging keine Träne nach. (Heiterkeit.) denn er stand im Kampf gegen die Gastwirte immer auf Seite der Synoden. Dieser heftige Kampf gegen uns veranlaßte uns, eine Provinzialorganisation zu gründen, die bereits schöne Erfolge erzielt hat. Ich empfehle deshalb die Gründung lokaler Provinzial- bzw. Landesorganisationen, die mehr erreichen können als ein Reichsverband. — Thomas-Dresden bespricht die Vorstoßbestrebungen der Militärbehörden. In Sachsen ist man uns ja in weitgehendstem Maße entgegengekommen. Die außerstädtischen Saalbesitzer haben aber noch immer zu leiden. Man ist sogar so weit gegangen, den Militärposten über einen Wirt zu verhängen, der Arbeiterliteratur ausgelegt hätte! (Hört! hört!) Gegen derartige überaus harte und ungeduldige Maßnahmen müssen wir uns wenden. — Weide-Breslau verbreitet sich über die Verhandlungen der letzten schlesischen Provinzialsynode, auf der das Tanzverbot während der Abendzeit gefordert wurde. Der Oberpräsident von Schlesien, Graf v. Zedlitz-Trützschler, habe darauf erwidert, er wisse nicht, woher er als Oberpräsident die Kraft zu einem derartigen Verbot nehmen solle, so lange sich die Reichen nicht abhalten lassen, auch in dieser Zeit Feste zu veranstalten. (Wab!) Nicht jeder Oberpräsident steht leider auf dieser Höhe. (Zustimmung.) — Roßmann-Leipzig schildert die Fortschritte, die auf dem Gebiet des Militärverbots in Sachsen erreicht sind. In der Kreisbauernschaft Leipzig war allein über 208 Lokale, darunter die größten und besten, das Militärverbot verhängt. (Hört! hört!) Jetzt sind die Reichen besser geworden! (Beifall.)

Volter-Berlin weist auf die Gefahren hin, die den Berliner Saalbesitzern von der bevorstehenden Lustbarkeitssteuer drohen und gegen die lange nicht stark genug protestiert werde. — Sieler-Bremen: Die Saalbesitzer leiden unter einer ganzen Reihe von Spezialgesetzen, z. B. das Ruhepausengesetz, das die 14 oder 15 jährigen Weibchen zwingt, in glühender Sonnenhitze um 10 Uhr abends zu Bett zu gehen und bis 8 Uhr morgens zu schlafen. (Heiterkeit.) — Hingel-Chemnitz bringt Klagen der jährlichen Saalbesitzer vor mit Bezug auf die Landestrauer beim Tode des Königs Georg. — Der Vorsitzende des Deutschen Gastwirtverbandes Ringel-Bankow wendet sich gegen die Gründung eines besonderen Saalbesitzerverbandes. Die Interessen der Saalbesitzer seien bisher stets im großen Gastwirtverbände vertreten worden, was der Redner nachzuweisen sucht. — Die weitere Debatte, die sich zum Teil überaus heftig gestaltete und in der scharfe Worte gegen die „Sonderbündel“ der Saalbesitzer fielen, wurde erst im Spätnachmittag geschlossen. Mit großer Mehrheit wurde sodann die Gründung eines Reichsverbandes der Saal- und Lokalinhaber Deutschlands beschlossen. Die Ausarbeitung der Statuten und die Erledigung der anderen vorbereitenden Angelegenheiten wurden einer Kommission überwiesen. Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet.

## Gerichts-Zeitung.

Zuhältertreiben. Wegen verbotener Rötigung war der Fensterputzer Hermann Vehren angeklagt. Der Angeklagte stand wegen desselben Vergehens schon einmal vor dem Strafgericht. Ihm wurde seinerzeit zur Last gelegt, seine eigene Schwester und seine Frau aus Marienburg nach Berlin gelockt und sie hier unter Drohungen gezwungen zu haben, sich dem Laster in die Arme zu werfen, während er selbst das Schandgeld einzuhelfen gedachte. Er wurde damals zu drei Jahren Gefängnis wegen Kuppelei und Rötigung verurteilt. Bald nach Verbüßung dieser Strafe heiratete V. und gedachte unter dem Tarnmantel einer Ehe das schimpfliche Gewerbe eines Zuhälters fortsetzen zu können. Seine Frau verlieh ihm indessen, als sie die wahren Absichten ihres sauberen Gatten erkannte. Im Frühjahr v. J. wurde der Angeklagte mit einem Dienstmädchen S. bekannt. Das Mädchen wurde bald von dem Angeklagten gelügend gemacht. Hierzu veranlaßte er die S. ihren Dienst aufzugeben und Stellung als Kellnerin anzunehmen, mit dem Hintzweck, daß sie als solche mehr verdienen könne. Um das Mädchen ganz sicher zu machen, verlobte er sich, trotzdem er noch verheiratet war. Zumehr ließ der Angeklagte seine Maaße fallen. Er überredete die S. sich seinen Wünschen zu fügen, da sie schon dumm sei, sich so mit der Arbeit zu quälen, sie könne ihr Geld viel leichter verdienen, wenn sie nur wolle. Die S. wäre vielstündig den Vorlesungen des Angeklagten unterlegen, wenn sie nicht zufällig erfahren hätte, daß V. schon verheiratet war. Sie brach jede Beziehungen zu dem Angeklagten ab. Dieser begann nun in geradezu gemeingefährlicher Weise die S. durch die schwersten Drohungen seinem Willen gefügig zu machen. Er lauerte seiner „Frau“ auf der Straße auf, sobald diese wiederholt mit einem Schutzmann nach ihrer Wohnung gebracht werden mußte. In allen möglichen Arten trat er ihr plötzlich entgegen und drohte, er wolle sie ermorden, ob er ins Justizhaus komme, sei ihm egal. Auch auf mehreren Postkarten drohte der Angeklagte, er schreie vor nichts zurück und er würde die S. bei der nächsten Gelegenheit über den Haufen schießen. Das Mädchen wagte es schließlich nicht mehr, auf die Straße zu gehen, denn aus irgend einem Hausflur trat ihr dann ihr Peiniger entgegen. Zugleich wagte sie es auch längere Zeit nicht, gegen den gefährlichen Burken Strafanzüge zu erstatten. — Vor Gericht überbrachte der Angeklagte die als Jugend erschienenen S. mit den gemeinsten Redensarten. Staatsanwalts-Rat Frau beantragte drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof ging indessen ganz erheblich über diesen Antrag hinaus und erkannte auf neun Monate Gefängnis sowie sofortige Verbüßung des Angeklagten. Zugleich wurde wegen Ungebühr vor Gericht eine sofort zu vollstreckende Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft über V. verhängt.

Frank Webedind und die Verheute. Der aufsehenerregende Prozeß gegen den Schriftsteller Frank Webedind in München und den Verlagsbuch. Deuno Cassirer in Char-

lottenburg wegen Verbreitung einer „unzüchtigen Schrift“, des von W. verfaßten Dramas „Die Bläse der Pandora“, beschäftigte am Mittwoch das Reichsgericht. Wie man sich erinnern wird, sind beide Angeklagten am 12. Mai vom Landgericht I in Berlin von der Anklage aus § 184 I freigesprochen worden. Das Stück, eine Tragödie in drei Akten, erschien zuerst in der Zeitschrift „Die Insel“, welche in Leipzig herausgegeben wurde, inzwischen aber eingezogen ist. Aufgeführt wurde das Stück in Nürnberg und in Rügen. Schließlich erwarb der Angeklagte Cassirer, der nur Werke bedeutender Schriftsteller im Verlage hat, das Verlagsrecht der Tragödie und gab sie in Buchform heraus. Die ganze Auflage ist bis auf wenige Exemplare abgesetzt worden. Die Anklage hält „Die Bläse der Pandora“ für ein pornographisches Machwerk ohne künstlerischen Wert, da es nur Gespräche zwischen Dienern und Juhlältern enthalte und Szenen aus dem Leben solcher schildere. Das Landgericht I ist jedoch nach eingehender Prüfung des Stückes und nach Anhörung des Gutachtens, welches Professor Dr. Witkowski aus Leipzig erstattet hat, zu der Überzeugung gelangt, daß man es mit einem ernsthaften Werke von literarischem Werte zu tun habe.

Gegen das freisprechende Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, welche vom Reichsanwalt vertreten wurde. Das Landgericht habe, so führte er aus, auf Grund rechtsirrlicher Erwägungen festgestellt, daß eine unzüchtige Schrift nicht vorliege. Es sei unrichtig, wenn das Landgericht annahme, daß das Rote und Gemeine im Dienste einer künstlerischen Idee den Charakter des Unzüchtigen, der ihm anhafte, verliere. Nicht auf die Auffassung der Moderne komme es an, sondern auf das sittliche Empfinden des Volkes in seinem normalen Durchschnitt. Durch seine falsche Auffassung sei das Gericht veranlaßt worden, die Zweckbestimmungen in den Vordergrund zu drängen. Aber das Reichsgericht habe immer angenommen, daß der Zweck, zu dem eine Darstellung geschaffen wird, nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist und daß es lediglich auf die objektive Wirkung ankommt, welche die Schrift ausübt. Was das Reichsgericht über den Zweck bei der Bemessung des sittlichen Anstoßigen in der darstellenden Kunst gesagt habe, das gelte auch von der erzählenden Kunst. Das Gemeine möge künstlerisch-technisch noch so vollendet dargestellt werden — dieser Umstand allein lasse noch nicht den Rückschlag gerechtfertigt erscheinen, daß der Inhalt nicht unzüchtig ist. Ebenso wenig habe das Reichsgericht annehmen können, daß die Unzüchtigkeit ausgeschlossen sei, weil der Angeklagte die Tendenz einer bestimmten Richtung vertritt und das fragliche Drama als Streitschrift für diese Bestrebungen angesehen werde. Eine Feststellung, daß durch den anderen Inhalt die unzüchtigen Stellen paralytisch würden, sei vom Rechte nicht getroffen. — Gemäß diesen Ausführungen erkannte das Reichsgericht auf Aufhebung des freisprechenden Urteils und verwies die Sache an ein anderes Gericht, das Landgericht II in Berlin.

Das sittliche Empfinden des Volkes lehnt sich gegen ganz andere Erscheinungen als das Bedenkliche Drama auf, nicht zum wenigsten richtet es sich gegen die preußisch-deutsche Justiz.

## Versammlungen.

### Richard Fischer über den politischen Massenstreik.

Der Zweigverein Berlin des Verbandes der Maurer hielt am Mittwoch eine Generalversammlung ab, die ausschließlich der Diskussion des politischen Massenstreiks gewidmet war. Den Vortrag über dieses Thema hielt Richard Fischer. Er führte unter anderem aus: Die Verhärtung des Massenkampfes mache es nötig, daß sich die Arbeiterklasse nach neuen Waffen für ihren Befreiungskampf umsehe und die bisherigen Kampfmittel zu verwerfen trachte. Alle Erfolge der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete könnten hinfällig gemacht werden durch gesetzgeberische, durch politische Maßnahmen. Daher das Streben der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erringen. Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß die gegenwärtigen Mächthaber, das Unternehmertum, unterstützt durch die Behörden, alles aufbieten, um den Bestrebungen der Arbeiterklasse entgegenzutreten, ja, den geschlichen Boden, auf dem die Arbeiterklasse ihre Kämpfe führt, zu schmälern. Angesichts dieser Situation sei die Frage aufgeworfen worden, ob wir dem gegenüber nicht geeignete Kampfmittel als die bisher von uns angewandten haben. So seien wir zur Erörterung des politischen Massenstreiks gekommen. Nachdem der Gedanke des Massenstreiks zu politischen Zwecken schon seit Jahren auf den internationalen Kongressen diskutiert worden ist, hat der Zener Parteitag den Genossen zur Pflicht gemacht, diese Frage zu studieren und sich mit der Anwendung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel vertraut zu machen. — Der politische Massenstreik könne nur angewandt werden, wenn die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen in dem Gedanken seiner Durchführung einig sind. Er habe vor allem zur Voraussetzung, daß starke Organisationen vorhanden sind. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, dann sei der Massenstreik ein Kampfmittel an dem sich unsere Gegner die Zähne ausbeihen können. Was der politische Massenstreik leisten kann, das zeige ein Blick auf Rußland. Dine die dortigen Verhältnisse näher zu kennen, müsse man doch sagen: Renundenswert ist die Arbeiterklasse, die in einem Lande, wo sie völlig rechtlos und aufs äußerste unterdrückt ist, so viel Opfermut, Solidarität und Begeisterung an den Tag legt, daß sie bald da, bald dort, große Massenstreiks ins Werk setzt, ohne nennenswerte Organisation, nur zusammengeführt durch das Gefühl: Wir haben den Absolutismus satt, wir lassen uns nicht länger knechten. Der Massenstreik habe in Rußland eine Bedeutung erhalten, die man ihm vor wenigen Jahren noch nicht zugezählt hätte. Er habe sich erwiesen als ein Mittel der Revolution, vor dem die ganze herrschende Klasse vorläufig zittert, später vielleicht zusammenbricht. — Nach dem Beschluß des Zener Parteitages wissen unsere Gegner, daß auch die deutsche Arbeiterklasse sich mit diesem Kampfmittel vertraut macht. Freilich sagt der Beschluß nicht, wann und in welcher Situation der Massenstreik angewandt werden soll, der Beschluß bedeute vielmehr, daß, wenn die herrschende Klasse fortjähre, die Rechte der Arbeiter zu schmälern, sie damit rechnen müsse, daß die Geduld der Arbeiter erschöpft werde und sie eines Tages zu dem Kampfmittel des Massenstreiks greifen. Es könne sein, daß ein politischer Massenstreik vielleicht nicht den gewünschten Erfolg bringt. Das hindere aber nicht, daß wir dieses Kampfmittel auch ferner anwenden, und besser vorbereiten und dann auch Erfolg haben. Gute Organisationen seien die Voraussetzung des Massenstreiks, deshalb sei es unsere Pflicht, unsere Klassenoffenen, die uns noch fernstehen, aufzuklären. Das sei eine notwendige Vorarbeit für die großen Kämpfe der Zukunft.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine rege

### Diskussion.

an der sich eine Reihe von Rednern beteiligten, die in der Hauptsache dem Referenten zustimmten. Nur ein Redner, Winkler, machte insofern Einwendungen gegen den Referenten, daß er meinte, wenn ein politischer Massenstreik verloren werde, dann könne man ihn nicht auf neue anfangen. Weiter führte der Redner aus, daß Langeweile für den Massenstreik wenig in Frage. Vor allem läge es auf die Lahmlegung des Verkehrs, der Eisenbahnen zc. an. Das würde sich aber nicht durchsetzen lassen, da die hier in Frage kommenden Arbeiter nicht auf unserer Seite stehen. Die Diskussion des Massenstreiks hält der Redner jedoch für nützlich.

## Vermischtes.

Aus Heines Nachlaß. Vor kurzem ist, wie die „Frankf. Zig.“ mittelt, der Rest von Heines Nachlaß in den Besitz des bekannten Geographen Prof. Dr. Hans Meier, Chef des Bibliothekischen Instituts in Leipzig, übergegangen. So ist abermals ein wertvolles literarisches Gut für die Wissenschaft gesichert worden. Schon vor fünf Jahren war ein sehr bedeutender Schatz von Autographen und anderen Gegenständen aus der Hinterlassenschaft des großen Dichters für eine namhafte Summe von Prof. Meier erworben worden; aber ein Teil war von der Eigentümerin, einer älteren Dame, deren

Gatte dem Dichter und seiner Frau nahegeblieben hatte, zurückgeblieben worden, und es bedurfte langer, mehr als vierjähriger Verhandlungen, um auch dieses Restes habhaft zu werden. Geführt wurden sie durch den Marburger Literaturhistoriker Professor Ernst Götter, der das gesamte Material für eine neue Auflage seiner kritischen Ausgabe von Heines Werken, sowie für eine Biographie des Dichters zu verwerten gedankt. Die Handschriften Heines enthalten außer einigen (gedruckten) Gedichten eines seiner Testamente, interessante Briefentwürfe und umfangreiche Fragmente der „Gesandnisse“ und der „Lutetia“; dazu kommen mehrere hundert Briefe an Heine von zum Teil sehr wichtigen Inhalt und von namhaften Personen. Auch Mathildens Stammbuch befindet sich unter der neuen Erwerbung; es enthält auf der ersten Seite in den flotten und kräftigen Zügen von Heines Hand die auch in den „Lamentationen“ des „Romancero“ abgedruckten Scherzverse:

Hier, auf gewaltigen Lumpen soll ich  
Mit einer Spule von der Gans  
Dinripeln erntest halb, halb droßig,  
Verfälschten Hirschanz —

Auf diese Eintragung folgen solche von Heinrich Laube, Stephen Keller und anderer anderer berühmter Persönlichkeiten. Besonders wertvoll ist das Original des berühmten Reliquienbriefes Heines von David d'Angers, das durch photographische und andere Nachbildungen den Freunden des Dichters veritort ist. Aber das schönste Stück der ganzen Sammlung ist die wohlgehaltene, bis dahin ganz unbekanntes Totenmaske des Dichters. Sie ist, abgesehen davon, daß die Spitze der Nase etwas seitwärts gebogen ist, künstlerisch tadellos ausgeführt. Sie gibt die feinen Züge des kleinen Kopfes, vor allem aber den tiefen Schmerzensausdruck um Auge und Mund so trenn und scharf wieder, daß sie jeden Beschauer unübersehblich fesseln und ergreifen muß. Dazu kommen noch zahlreiche nicht uninteressante Kleinigkeiten wie die Rezepte der Arzneyen, durch die die Kräfte dem kranken Dichter Viderung zu verschaffen suchten, Protokolle über ärztliche Beratungen, fernerhin die gesamte Bibliothek des Dichters, der ausgestopfte Papagei, der bei seinen Lebzeiten, wie die Kenner von Heines Briefen wissen, so manchen kleinen Streich der Ehegatten Heine verurteilte usw. usw.

Eine Arbeiterin ist gestern ein Opfer des Eisenbahnbetriebes geworden. Als die Keimmafschraube Witwe Weber auf dem Anhalter Bahnhof mittags ein Gleis überfahren wollte, wurde sie von einem Wagen erfasst und sofort getötet. Die Witwe hinterläßt zwei unverheiratete Kinder, deren der Staat sich hoffentlich auf das wärmste annehmen wird. Die Leiche der Verunglückten wurde nach dem Schanzenhaus gebracht.

Grubenunglück. Bei Adorf (Rachen) ging auf der Grube Wilhelms-Schacht bei der Einfahrt der Bergleute der Morgenlicht der Förderkorb infolge Versagens der Bremse über das Ziel hinaus und stieß mit Wucht auf die Sohle. Vier Bergleute sind schwer verletzt worden.

Ein geklauter Ballon. Aus Wolfert wird gemeldet: Ein zu Versuchen mit der Funkentelegraphie dienender Fesselballon platze gestern in der Höhe von 300 Metern und stürzte unweit des Beobachtungspostens nieder, ohne daß jedoch jemand zu Schaden kam. Die Versuche mußten unterbrochen werden.

Zu Tode gewürgt hat am Sonnabendabend im Gasthause eines Dorfes bei Adolin ein Holzflößer einen Maurer. Beide gerieten in Streit, dem ein Handgemenge folgte. In diesem hat der Flößer den Gegner über einen Tisch gedrängt und in dieser Lage so gewürgt,

daß ihm wohl ein inneres Organ verletzt wurde, denn nach 3 Stunden ist der Maurer gestorben.

Opfer der Arbeit. Mainz, 26. Oktober. Bei Bauarbeiten in der Schöffershof-Bräuerei stürzte ein verarbeiteter Monteur der Firma Hartmann in Offenbach in einen 15 Meter tiefen Schacht und brach das Genick.

Wetterkurz. Wien, 26. Oktober. Seit vormittag schneit es hier. Aus Graz wird gemeldet, daß der seit gestern anhaltende Schneefall einen katastrophalen Charakter annehmen beginnt. Sämtliche Telegraphen- und Telephonleitungen nach dem Süden sind unterbrochen, alle Bahnhöfe erleben mehrstündige Verspätungen. — Triest, 26. Oktober. Die Lloyd-Gesellschaft gibt bekannt, daß infolge der seit mehreren Tagen wütenden Wora der Schiffsverkehr nicht regelmäßig mehr funktionieren kann.

### Eingegangene Druckschriften.

Prof. A. Journer. Was hat der Vater seinem achtzehnjährigen Sohne zu sagen? Aus dem Französischen überf. von Dr. C. Kavalini. 22 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag: J. B. Metz, Stuttgart.

„Mutterkorn“. Zeitschrift zur Reform der sexuellen Ethik. Herausgegeben von Dr. phil. Helene Stöcker. Preis: halbjährlich (3 Hefen) 3 M., Einzelheft 60 Pf. Frankfurt a. M. J. D. Sauerländer Verlag.

### Briefkasten der Redaktion.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

**Luise C. 12.** Ein formgerechtes eigenhändiges Testament genügt, ohne notarielle oder gerichtliche Mitwirkung. Anweisung und Beistelle für ein solches Testament finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Heftes durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in öffentlichen Bibliotheken aus. — **G. S. 26.** Die Rechte und Pflichten der Mitglieder eines Vereins richten sich nach dessen Statuten, Beschlüssen und Gewohnheiten. Ohne Kenntnis dieser kann deshalb Ihre Frage nicht beantwortet werden. — **D. H. 20.** Kein: da Sie im Jahre 1903 aus der Kirche ausgetreten sind, haben Sie seit dem 31. Dezember 1904 persönliche Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. — **M. S.** Der Ehemann, daß Sie nur keine Raten zahlen könnten, ist unbedeutend, würde also Ihrer Verurteilung nicht im Wege stehen. Wohl aber können Sie, falls Einigung nicht erfolgt, gegen den Antrag auf Verurteilung zur Rückgabe die auf Grund des Gesetzes über Abgangsgeldgesetze vom 16. Mai 1894 berechtigten Einmündeten erheben. Genauere Darlegung ist ohne Kenntnis des Wortlauts des Vertrages und der Klage unmöglich. Die juristische Sprechstunde heißt jedem Anonymen offen. — **Zwei Streitende.** Sie könnten Ihre Forderung eintragen und dann Zwangsvollstreckung durch einen Gerichts-vollzieher vornehmen lassen. — **A. Post 10.** Im Ringsfall würden Sie voraussichtlich verurteilt werden. — **H. V.** Einen Juwang kann die Frau nicht ausüben, kann sich aber an die Armenverwaltung oder an einen der Geworbenen wenden, die derselben angehören: Ewald oder Dr. Wehnert. — **D. S. 99.** Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. Zuständig ist das Amtsgericht des Wohnortes des Beklagten. Es empfiehlt sich in Ihrem Falle einen Anwalt mit der Klageerhebung zu beauftragen. — **G. 100.** Nach der herrschenden Rechtsprechung selber: nein, über reichlich hat ein Mann bei der Kaufbedingungsanbahnung (Römisches Recht) Erfolg. — **S. 100.** Ein Mann, der den Standesbeamten, in dessen Bezirk die Frau, wie der Mann, im Ehestand wohnt, ist zuständig. Wird innerhalb des Ehestandes nach Auslassung nicht geheiratet, so muß nochmals das Aufgebot erfolgen. — **H. S. 100.** Fordern Sie die Wirtin unter Setzung einer angemessenen Frist auf, die Reparatur vorzunehmen, drohen Sie ihr an, daß Sie nach erfolglosem Ablauf der Frist die Reparaturkosten selbst bestreiten würden, und fassen Sie Ihre Drohung aus. Die entstehenden Kosten tragen Sie dann ein; Sie könnten dieselben von der Wirtin abziehen, wenn dies Recht

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 27. Oktober.  
Anfang 7½ Uhr:  
Oberhaus. Sanson und Dalila. Schauspielhaus. Der Schurke der Exzent.  
Neues. Ein Sommernachtsstraum. Deutsches. Die Zauberkiste. Deutsches. Das Käthchen von Heilbronn.  
Berliner. Andalusia.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Königlicher Theater.) Ein Wintermärchen.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Mädchens Theater). Flachsmann als Erzieher.  
Reising. Eiga.  
Zentral. Zur indischen Witwe. Deutsches. Die Hölle des Löwen. Kleines. Hidalla.  
Trianon. Madame Torera. Lustspielhaus. Der Familienstag. Thalia. Bis ich ein König! Carl Weisk. In Berlin ist was los. Lullsen. Simson.  
Deutsches Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!  
Metropol. Auf — ins Metropol! Kasino. Der Adelsnarr.  
Kipolis. Frau Luna. — Spezialitäten.  
Walhalla. Eine tolle Nacht. Herrnsfeld. Die Reverbains.  
Wintergarten. Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tangel. — Spezialitäten.  
Folies Caprice. Nach dem Papststreik. Soll und Haben. — Spezialitäten.  
Reichsbahnen. Stettiner Sänger. Passage. Robert Koppel. Maxhaff. Der Mann mit den Hüten. Georg und Gusti Eder.  
Urania. Taubenschraube 48/49. Abends 8 Uhr: Alpen- und Wästenfahrten.  
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62. Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

**Urania** Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
Spottorinis Alpen- und Wästenfahrten.

**Sternwarte** Invalidenstr. 157/62.

**P. GASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**Joëls Traum.**  
**!! Pompeji !!**  
Die Ehre des Vaters!  
Restaurant:  
Dresdener Sänger.

**Kleines Theater. Hidalla.**  
Anfang 8 Uhr:  
Sonnabend zum erstenmal: Das vierte Gebot. Volkstheater in einem von Ludwig Angenbrüder.

**Zentral-Theater.**  
8 Uhr täglich:  
**Indische Witwe.**  
Operette in 3 Akten v. Deller. Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Klaffervorstellung: Wästen Teil. Schiller zahlen auf allen Bühnen 60 Pf. Abends: Indische Witwe. Sonntag nachm. 3 Uhr: Geisha. Abends: Indische Witwe.

**Luisen-Theater.**  
Zum erstenmal:  
**Simson.**  
Sonnabend: Das Erbe. Sonntag nachm.: Die Kinder der Exzellenz. Abends: Hidalla. Montag: Pech-Schule.

**Apollo-Theater.**  
Täglich: 9½ Uhr unter persönl. Leitung v. Paul Lincke  
**Frau Luna**  
und die Oktober-Spezialitäten. Sonntag, 29. Oktober, nachm. 3 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
und Spezialitäten. Bedeutend ermäßigte Preise!  
**Fröbels Allerteater**  
Schanzenhausstr. 145. Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag. Konzerte, Theatervorstellungen mit dem besten Ensemble. Anfang Sonntag 8 Uhr. Samstag 8 Uhr.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Königlicher Theater). Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ein Wintermärchen.**  
Schauspiel in fünf Aufzügen von William Shakespeare.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Traum ein Leben.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**

**Zirkus Albert Schumann**  
Heute abend prägnant 7½ Uhr:  
Das gr. internationale Programm. U. a.: Die größte und sensationellste Attraktion der Gegenwart! Noch nie gesehen! Die 9 heiligen Chunchusen Zauberer und Gaukler aus Mukdon. Noch nie dagewesen!  
**Javaner-Truppe.**  
Grottesquellinler aus Java. Frankreichs beste Radfahrkünstler John und Louis Boller mit ihren phänomenalen Vor- und Rückwärts-Saltomortall mit dem Zweirad.  
Das einzig existierende einen halben Saltomortale schlagende Pferd.  
Zum Schluß: Die größte Revüal! Der Tag des Englischen Derby.  
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3½ Uhr ein Kind frei, und abends 7½ Uhr. In beiden Vorstellungen: Der Tag des Englischen Derby.

**Englischen Derby.**  
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3½ Uhr ein Kind frei, und abends 7½ Uhr. In beiden Vorstellungen: Der Tag des Englischen Derby.

**Trianon-Theater.**  
**Madame Torera**  
(Madame L'ordonnance). Schwanke in 3 Akten v. Jules Chancel. Deutsch von Max Schornau. Anfang 8 Uhr. In Vorbereitung: Der letzte Troubadour.

**Kasino-Theater**  
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Nur noch bis Freitag!**  
**„Der Adelsnarr.“**  
Sonnabend: Premiere. Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Der Adelsnarr.“

**Folies Caprice.**  
Budapester Possen-Theater 132 Lisianstr. 132 Ecke Friedrichstraße.  
**Nach dem Zapfenstreich.**  
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichneten Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich bei A. Warthaim und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormittags an.

nicht (das ist in Berlin der Brauch) den Ihren Mietsvertrag aufgehoben ist. — **B. V. 1.** und 2. Kein, aber Ziembelung muß erfolgen. — **Steglich 45.** 1. Lieferung eines Gefäßes, Aufnahme in eine Kesselanstalt z. Beinträchtigung in keiner Weise das Recht der Wirtin oder Kinder auf Erhaltung der Beiträge. 2. Da statutarische Vorschriften für die Orte nicht bestehen, liegt keine Verschärfungspflicht vor. — **G. S. 1.** und 2. Einem Mädchen steht selbstverständlich auch dann ein Anspruch auf Ertrag der Entbindungskosten usw., ihrem Kinde auf Unterhalt zu, wenn der Vater verheiratet ist. Der Verlezer ist beiden gegenüber strafbar, wenn wegen desselben die Ehe geschieden ist und die beleidigte Ehefrau Strafantrag wegen Gebrauches stellt. 3. und 4. Abtreibung, Abtreibungsversuch, Behältnisse zur Abtreibung und dergleichen ist mit Justizstrafe (im Falle mildernden Umstände mit hoher Geldstrafe) bedroht. — **B. V. 58.** 1. u. 2. Leber ja. 3. Das einzige rechtlich wirksame Mittel wäre der Versuch des Mädchens, beim Vormundschaftsgericht den Antrag auf Großjährigkeitserklärung, unter Hervorhebung der wirtschaftlichen Gründe und Schädigung des Sachverhaltes zu stellen. Schlägt dieser Versuch fehl, so bleibt nichts übrig, als bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres zu warten und inzwischen tatsächlich selbstständig zu wohnen. Nichtanmeldung der Wohnung verurteilt nur Volljährigkeit. — **R. S. G.** Die Frage der Pächterberechtigung und der daraus folgenden Rechte sowie die, ob ein Grundstücksbesitzer gegen die Niederlegung eines Streifen Landes, das seinem angrenzt und als öffentliche Straße benutzt werden soll, Einspruch erheben oder ob er Entschädigung verlangen kann, hängt von einer großen Reihe umständlicher Vorfragen und Rechte ab. Gerade in Ihrer Gegend ist das vom Pächter als Wasserrechtentümer beanspruchte ausschließliche Recht entgeltlicher Uebertragung vor einigen Jahren vom Gericht aus Anlaß eines Strafprozesses, den Pächter veranlaßt, verurteilt worden. Die Uebertragung hat dort größtenteils Gemeinde- oder Privateigentum. All dies und der Wortlaut der uns nicht bekannten von Ihnen erwählten vertraglichen Vereinbarung des Pächters ist für die Verantwortung Ihrer Fragen von erheblicher Bedeutung. Es empfiehlt sich, einen mit den dortigen Verhältnissen vertrauten Anwalt zu Rate zu ziehen. — **R. Va.** — **B. Kopenhagenerfrage.** Klage oder gar Strafanzeige hat keine Aussicht auf Erfolg. Die nützliche Umkehr eines Kindes und die Verschärfungsvorkehr der Mutter sind gewiß, zumal in einem heftigen Hause, für die Mitbewohner fast so unangenehm wie für die Mutter, aber können weder als ruhestörender Lärm noch als ein die Grenzen einer noch so strengen Hausordnung übersteigender Mißbrauch des Wohnungsbereichs erachtet werden noch berechtigten sie zur Aufhebung des Vertrages. Da ist nur gütliche Vereinbarung über Dämpfung wenigstens des Wogengeräusches, s. B. durch Anbringung einer Gummi- oder Linoleumbedecke, oder durch Schallschleier, zumal Ihre Frau in kurzer Zeit in gleich peinlicher Lage sich befinden kann, empfiehlt es sich, einen Teil der durch die Dämpfung des Geräusches entstehenden Kosten zu tragen. — **C. P. 42.** Berechtigt der Betrieb gewerbsmäßiger Prostitution im Hause zum Rücktritt vom Mietsvertrag? Die insbesondere für Berlin bestehende Praxis urteilt hierüber mit dem Ergebnis übereinstimmend folgendermaßen: Der Wirt hat den vertragmäßigen Gebrauch der Mietswohnung zu gewähren. Hierzu gehört die Gewährung einer dem Wohnraum entsprechenden Wohnung. Ob eine Wohnung infolge einer bestimmten Lasten unwohnbar ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. In der Regel wird die Wohnung in einem Hause, in dem Prostituierte nach außen erkennbar für Gewerbe treiben, für verpachtet, insbesondere für nicht linderlose Personen als unwohnbar zu erachten sein. Eine Ausnahme von dieser Regel liegt vor, wenn der Mieter trotz Kenntnis der Art seiner Mitbewohner die Wohnung gemietet oder nach erlangter Kenntnis des Mietsverhältnisses ohne Mißstände fortbewohnt hat. Liegt ein solcher Ausnahmefall nicht vor, so ist der Mieter berechtigt, vom Wirt Befreiung der betreffenden Mitbewohner über der Wohnung zu fordern und, falls die Aufhebung innerhalb einer angemessenen Frist erfolglos bleibt, kündigungsgleiche Aufhebung des Mietvertrages und Schadenersatz zu begehren. Demnach scheinen Sie mit Rücktritt vom Mietsvertrag beim Amtsgericht auf Aufhebung des Mietvertrages und Schadenersatz klagen zu können. Da der Entscheid des Gerichts letzter Instanz von der Würdigung des Einzelfalles abhängt, läßt sich in keinem Fall mit Sicherheit voraussagen, wie entschieden werden wird. Bei Mietsverträgen, die auf eine nicht gar zu lange Dauer abgeschlossen sind, empfiehlt sich statt der Klage die Kündigung.

### Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.  
Direktion: Richard Schultz.  
Heute und folgende Tage:  
**Eine tolle Nacht.**  
Verlier: Gr. Spezialitäten-Programm. Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gestattet.

### Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr  
zum 49. Male:  
**!Auf — in's Metropol!**

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
**Walden a. D. × Miss Clifford a. D.**  
**Bender × Giampietro**  
**Josephi × Massary × Frid-Frid**  
**Steidl × Lilly Walter.**  
Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

### Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.  
Mittwoch, den 1. November cr.:  
Große internationale  
**Ringkampfkonkurrenz**  
Preise in bar  
**5000 Mark.**  
Außerdem dem Sieger die große goldene Medaille. (Näheres die Plakate.)

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Dramenstr. 10.  
**Das Käthchen v. Heilbronn.**  
Hst. Schauspiel in 5 Akten v. H. v. Kleist. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Sonnabend: Keine Vorstellung. In Vorbereitung:

### Nathan der Weise.

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4**  
Dr. W. Reimer.  
Sonnt., Mont., Donnerst.: Im glänzend renov. und elektr. beleucht. Stadtheater. Hofmanns Norddeutsche Sänger und Tanztruppen. Sonntag Beginn 5 Uhr, montags 8 Uhr. Dienstag und Mittwoch: Theater-Abende. Gastspiel des Löwe-Ensembles.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Heute:  
**Vom Thron zum Schafott.**  
Historisches Drama in 5 Aufzügen von Fr. Fleck. Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Große der Plätze: Entree 30 Pf., nummerierter Pl. 50 Pf. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Vom Thron zum Schafott. Sonntag abend 7 Uhr: Badeabenteuer.

### Passage-Theater.

Anfang abends 8, nachm. 5 Uhr.  
**Robert Koppel**  
in seinem neuen Repertoire.

### Georg u. Gusti Edler

in ihrer Alpenjense.  
Gewöhnliche Preise:  
Ordn.-Loge 4 M., Terrasse 3 M., Ordn.-Bauk. 2 M., Parterre-Bauk. 1,50 M., Parkett 1 M., Eintritt 50 Pf.

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67.  
Zum Jeden Abend 8 Uhr!  
Gastspiel Ad. Philipp  
**56. ABER!**  
Male: Herr Herzog  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise!  
„Ueber's großen Teich.“



Heute die in London an 1000 Abenden mit großem Heiterkeitserfolge gegebene Pantomime  
**Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tangel**  
Original-Aufführung außerdem  
Guerrero, span. Tänzerin. Artois, Reckkünster. Amann, Mimiker. Harndis, Wundersterne. Cello de Lasso, Drahtseilakt. Murrer, Gold-amazone. In Japan, Ballett. Moore, engl. Sängerin. Collins und Hari, Exzentriker. Die mysteriösen Husaron. Biograph.

### Belle-Alliance

Theater-Variété.  
Anfang 8 Uhr.  
Nur noch wenige Tage.  
**Liane Leischner**  
16 hervorragende Debüts. Sonntags 2 Vorstellungen. Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise. Jeder Besucher 1 Kind frei. Rauchen im Wintergarten gest.

### Berliner Uk-Trio.

Felix Schauer  
Schanzenhausstr. 1.



Soziales.

Fragen der Kindererziehung.

Ueber dieses Thema sprach am Mittwoch bei Drogenbogen der Genosse Paul Böhr in einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer. In den Hauptpunkten seines Referats führte der Redner etwa folgendes aus:

Er wolle von vornherein bemerken, daß er im Rahmen eines Abendvortrages keinen förmlichen Vorfaden der Kindererziehung geben könne, auch lasse er es sich nicht einfallen, etwa eine neue Kunst auf diesem Gebiete zu lehren. Was er hervorzuheben gedente, seien eben lediglich einige Fragen des großen Erziehungsproblems, gegründet auf seine Erfahrungen als früherer Lehrer, Weislicher und Schulpflichter und in letzter Linie auch als Vater. Dabei bemerkte er jedoch gleichzeitig, daß er für seine Ansichten keineswegs das Prädikat absoluter Giltigkeit beanspruche.

Als unbedingt nötig müsse anerkannt werden, daß sich in keiner Klasse, keiner Gesellschaftsform der Kindererziehung so große Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg stellen wie in der Arbeiterklasse. Die schlechten sozialen und materiellen Verhältnisse, unter denen die Arbeiterklasse leidet, die lange Arbeitszeit, der targe Lohn, das schreiende Wohnungsbedürfnis, der permanente Druck der Not; sie machen den Arbeiter hart und rauh in seinem Empfinden und schaffen auch in seinem Geleben vielfach Konflikte kleinlicher Art, worunter die Kindererziehung meistens schon von vornherein ungünstig beeinflusst wird. Hinzu kommt, daß die meisten Arbeiter selbst nur sehr mangelhaft erzogen worden sind, und infolge dessen auch bei der Erziehung ihrer Kinder in schwere Fehler verfallen. So trösten sie sich denn mit dem Gedanken, daß ja die Schule die Kindererziehung in die Hand nehme. Sie lassen hierbei jedoch außer acht, daß die Schule nicht erzieht, sondern höchstens nur unterrichtet. Unsere Schulverhältnisse liefern eine wirkliche Erziehung der Kinder auch gar nicht. Wo ein Lehrer aus eblem Selbstvertrauen heraus tatsächlich mal ernsthafter Erziehungsversuche mache, da könne dies nur ganz nebenbei im Unterricht geschehen. Die Wirkung einer solchen primitiven Methode sei dann aber größtenteils die Erziehung zur Demut und damit zur Sklavengesinnung, zur Religiosität und zum Hurratriotismus.

Was nun speziell die sozialdemokratische Arbeiterklasse anbelange, so lasse auch diese in der Kindererziehung größtenteils alles gehen wie es will, weil sie von dem Erziehungsideal der Zukunft auf viel erhofft. Dieses Zukunftsideal beruhe bekanntlich darauf, daß in einer besseren Gesellschaftsordnung den Eltern die Erziehung ihrer Kinder vom Staate abgenommen werde und die Kinder in Staatsanstalten unter der Aufsicht und Anleitung staatlich oder gesellschaftlich auf das sorgfältigste ausgebildeter Berufserzieherinnen und -erzieherinnen zu höchster geistiger und körperlicher Vollkommenheit erzogen würden. Nun sei aber über dieses Zukunftsideal das letzte Wort noch nicht gesprochen. Keineswegs dürfe es aber die sozialdemokratischen Arbeiter abhalten, schon jetzt nach Möglichkeit selbst Hand an Werk zu legen. So wie die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein müsse, so könne auch die verbesserte Kindererziehung nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Deshalb dürfe auch keine Stunde an intensiver Gegenwartsarbeit nutzlos verloren gehen, denn was wir an unseren Kindern tun, das tun wir im Interesse der zukünftigen besseren Gesellschaftsordnung. Das Zukunftsideal, das die Reichen und Herrschenden jetzt schon mit all seinen verderblichen Wirkungen praktizieren, dürfte den Arbeitern nicht ausschließlich vorbehalten. Anstalts-erziehung sei Kasernenerziehung; sie könne nur nützlich wirken, wenn sie mit der Familien-erziehung Hand in Hand gehe. Die Anstalts-erziehung würde auch schon deshalb nur sehr mangelhaft bleiben, weil es mehr wie fraglich erscheine, ob in Wirklichkeit jemals die erforderliche Zahl tatsächlicher brauchbarer Berufserzieher vorhanden sein werde. Die geborenen Erzieher seien und blieben eben die Eltern, weil sie durch die Bande des Blutes und die natürliche Liebe auf das denkbar engste mit ihren Kindern verbunden seien. Aus diesem Grunde könnten sie in der individuellen Kindererziehung auch unendlich mehr leisten wie der hingebendste Berufserzieher, weil dieser doch nur immer nach einer gewissen Schablone tätig sein könne. Uebrigens sei er, Redner, auch der Meinung, daß wenn erst die sozialen Verhältnisse bessere geworden seien, dann die Eltern überhaupt garnicht darauf verzichten würden, die Kindererziehung auszuüben; wenigstens dürften sie sich nicht zu einer ausschließlichen Anstalts-erziehung verstehen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, sei es also falsch, zu viel Hoffnungen auf das Zukunftsideal zu setzen. In erster Linie seien die Eltern zur Kindererziehung berufen, und diese in möglichst edler Weise auszuüben, sei deren Pflicht, auch wenn sie unter schlechten Verhältnissen zu leben gezwungen seien.

Nun begegne man in Arbeiterkreisen vielfach der Ansicht, das vornehmste Ziel der Eltern müsse sein, die Kinder zu tüchtigen Sozialisten zu machen. Hier komme es aber vor allem darauf an, wie dies geschieht. Falsch und zugleich schädlich sei es, die Kinder mit sozialistischen Lehren zu überfrachten. Sie hätten noch kein Verständnis von der Not des Volkes und könnten auch höchstens nur Brocken von alledem begreifen. Ein Dimeinpflanzchen von sozialistischen Lehren in das Kindesgemüt könne gar leicht dieselbe Wirkung hervorbringen, wie wenn das Kind mit religiös-mythischem Krampusstanz gedrillt und gequält wird. Es komme dann schließlich die natürliche Reaktion, und die Erfahrung lehre, daß gerade Kinder bigotter Eltern und speziell Weislicher in der späteren Gesinnung direkt umschlagen. Mit dem Eintritt in die Erziehung der Eltern verändere sich der Charakter der Kinder. Mit dem Eintritt in die Erziehung der Eltern verändere sich der Charakter der Kinder. Mit dem Eintritt in die Erziehung der Eltern verändere sich der Charakter der Kinder.

Am dieses Erziehungsresultat zu ermöglichen, sei es erforderlich, folgendes zu beachten: Jede Erziehung müsse auf der tiefsten Achtung vor dem Kinde beruhen. Das Kind dürfe nie als Spielzeug, aber auch niemals als Ableiter der bösen Laune der Eltern betrachtet werden. Richtigungen seien nie ohne Not anzunehmen, und dann nur in maßvollen Grenzen, weil man anderenfalls nur Sklaven, aber keine selbstbewußten Persönlichkeiten erziehe. Nie dürfe man unwahrscheinlich gegen seine Kinder sein. Auf die besondere Eigenart des Kindes müsse die größte Rücksicht genommen werden. Jedes Kind sei nach Maßgabe seiner Neigungen und Fähigkeiten, nicht aber nach einer bestimmten Schablone zu erziehen. Das wirksamste Erziehungsmittel aber sei das gute Beispiel, denn dadurch würden auch meistens die Mängel der eigenen Erziehung wieder ausgeglichen. Redner streifte dann noch die Frage der religiösen Erziehung und bezeichnet den Religionsunterricht an Kindern als durchaus verwerflich. Den Kindern dürfe überhaupt keine Religion gelehrt werden, das sei Sache Erwachsener. Und auch diese, besonders wenn es Arbeiter wären, hätten jedenfalls wichtigeren Dingen zu tun, als über religiöse Probleme nachzugrübeln. Da nun aber

einmal in der Schule Religionsunterricht in nicht zu geringen Quantitäten erteilt werde, so mögen die Eltern ihre Kinder in geeigneter Weise auf den Märchencharakter der biblischen Geschichten hinweisen, dann bilde sich bei den Kindern eine geistig klare Beurteilung dieser Dinge schließlich ganz von selbst heraus. Ferner erweise es sich auch als notwendig, die Kinder in einem gewissen Alter über geschlechtliche Dinge aufzuklären, allerdings lie hier besondere Vorsicht verbunden mit feinstem Takt unerlässliches Erfordernis. Bei all diesen Erziehungsfragen lasse sich zwar sagen: Die Menschen werden erst dann besser, wenn sich die sozialen Verhältnisse verbessert haben. Jedoch, nicht nur die Verhältnisse machen die Menschen, sondern weil die Menschen vernunftbegabte willensträchtige Wesen sind, so machen die Menschen auch die Verhältnisse. Deshalb eben ist eine verbesserte Erziehung der Kinder für jeden Arbeiter auch dringend notwendig zur baldigen Schaffung besserer Gesellschaftsverhältnisse. (Lebhafte Beifall.)

An der Diskussion beteiligten sich Petereit, Reimann, Britsch, Gramann, Röder und Knäpper. Die Redner äußerten sich allgemein in zustimmenden Sinne. Mit einer Schlussbemerkung des Vorsitzenden Witt, der die Anwesenden ermahnte, nun auch die Rückwendung aus dem Vortrag zu ziehen, fand die Versammlung gegen Mitternacht ihr Ende.

Schulbeiträge an Nachbargemeinden.

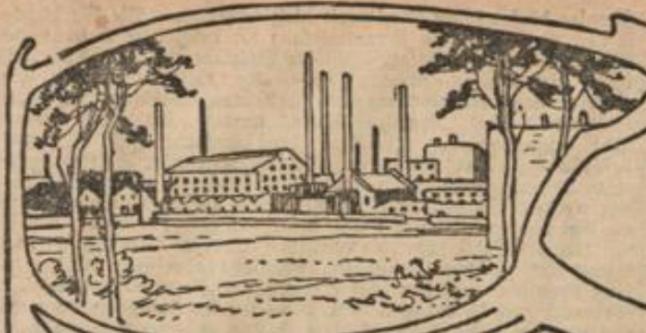
Vom § 53 des Kommunalabgabengesetzes hatte auch die Gemeinde Nied Gebrauch gemacht, indem sie wegen der in Nied die Schule besuchenden Kinder der in Höchstfabriken arbeitenden Einwohner nichts von der Stadt Höchst am Main Beiträge zu den Schulkosten verlangte. Für das Jahr 1900 beanspruchte Nied einen solchen Zuschuß von 2500 M., während Höchst freiwillig nur 1800 M. zahlen wollte. Erst am 24. Oktober hat das Oberverwaltungsgericht in der Sache endgültig entschieden, nachdem sie das Gericht schon einmal beschäftigt hatte. Und zwar siegte Nied. Höchst a. M. muß für 1900 an Nied 2500 M. zahlen. Es wurde für festgesetzt erachtet, daß Nied wegen der Kinder derjenigen Arbeiter von Höchstfabriken, welche wegen der Arbeitsgelegenheit zu Höchst in Nied wohnen, drei Lehrer mit einem Aufwand von etwa 8000 M. mehr brauchte. Bei dem verhältnismäßig geringen Steuerauskommen Nieds erachtete man dies als eine Ueberbürdung im Sinne des § 53 des Kommunalabgabengesetzes. Nun sind nach § 53 bei Verweisung des Schulbeitrages der Ortsbürgergemeinde auch die Vorteile zu berücksichtigen, welche für die Wohngemeinde (also für Nied) aus dem Vorhandensein der fraglichen Betriebe der Nachbargemeinde erwachsen. Als indirekte Vorteile hatte Höchst angegeben: eine Steigerung der Grund- und Bodenpreise in Nied, dessen Bevölkerungssteigerung, die Zunahme der Gewerbetreibenden in Nied dadurch, daß die Arbeiter ihren in Höchst erworbenen Verdienst umsetzen. Das Gericht bemerkte dazu, daß es sich hierbei doch vor allem nur um Vorteile handle, die den einzelnen Personen zuzufloßen. Was daraus an Vorteilen für die Gemeindefläche herauspringe — und nur darauf komme es an — sei von Höchst nicht nachgewiesen. Es sei dazu auch nicht der Versuch gemacht worden. Damit falle der Einwand weg, denn eine reine freie Schöpfung derartiger Vorteile ohne tatsächliche Unterlagen sei nicht zulässig. Was aber an direkten Vorteilen (Steuern von Personen, die in den Fabriken zu Höchst tätig seien) darzulegen wäre, sei zu gering, als daß es in Betracht käme. Auf jeden Fall sei der geforderte Zuschuß von 2500 M. für 1900 angemessen.

Die Urteilsbegründung schloß der Senatvorsitzende Tschow damit, daß er den beiden anwesenden Bürgermeistern riet, die Angelegenheit für die späteren Jahre von 1901 ab durch gütliche Vereinbarung zu regeln. Es entpringe kein Segen aus solchen Projekten. Sie verursachten Kosten und Kummer. Es müßte Ehrensache der beteiligten Gemeindeverwaltungen sein, auch ohne Prozesse der Absicht des Beschlusses, die er mit dem § 53 belandete, nachzuleben.

Für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie Berlins und Umgegend

gingen ein: Allgemeiner deutscher Gärtnerverein Summe von 92,72 am 26. Oktober quittiert auf folgenden Listen: 4187 10,42, 4188 16,75, 4189 23,25, 4190 30,00, 4191 36,75, 4192 43,50, 4193 50,25, 4194 57,00, 4195 63,75, 4196 70,50, 4197 77,25, 4198 84,00, 4199 90,75, 4200 97,50, 4201 104,25, 4202 111,00, 4203 117,75, 4204 124,50, 4205 131,25, 4206 138,00, 4207 144,75, 4208 151,50, 4209 158,25, 4210 165,00, 4211 171,75, 4212 178,50, 4213 185,25, 4214 192,00, 4215 198,75, 4216 205,50, 4217 212,25, 4218 219,00, 4219 225,75, 4220 232,50, 4221 239,25, 4222 246,00, 4223 252,75, 4224 259,50, 4225 266,25, 4226 273,00, 4227 279,75, 4228 286,50, 4229 293,25, 4230 300,00, 4231 306,75, 4232 313,50, 4233 320,25, 4234 327,00, 4235 333,75, 4236 340,50, 4237 347,25, 4238 354,00, 4239 360,75, 4240 367,50, 4241 374,25, 4242 381,00, 4243 387,75, 4244 394,50, 4245 401,25, 4246 408,00, 4247 414,75, 4248 421,50, 4249 428,25, 4250 435,00, 4251 441,75, 4252 448,50, 4253 455,25, 4254 462,00, 4255 468,75, 4256 475,50, 4257 482,25, 4258 489,00, 4259 495,75, 4260 502,50, 4261 509,25, 4262 516,00, 4263 522,75, 4264 529,50, 4265 536,25, 4266 543,00, 4267 549,75, 4268 556,50, 4269 563,25, 4270 570,00, 4271 576,75, 4272 583,50, 4273 590,25, 4274 597,00, 4275 603,75, 4276 610,50, 4277 617,25, 4278 624,00, 4279 630,75, 4280 637,50, 4281 644,25, 4282 651,00, 4283 657,75, 4284 664,50, 4285 671,25, 4286 678,00, 4287 684,75, 4288 691,50, 4289 698,25, 4290 705,00, 4291 711,75, 4292 718,50, 4293 725,25, 4294 732,00, 4295 738,75, 4296 745,50, 4297 752,25, 4298 759,00, 4299 765,75, 4300 772,50, 4301 779,25, 4302 786,00, 4303 792,75, 4304 800,00, 4305 806,75, 4306 813,50, 4307 820,25, 4308 827,00, 4309 833,75, 4310 840,50, 4311 847,25, 4312 854,00, 4313 860,75, 4314 867,50, 4315 874,25, 4316 881,00, 4317 887,75, 4318 894,50, 4319 901,25, 4320 908,00, 4321 914,75, 4322 921,50, 4323 928,25, 4324 935,00, 4325 941,75, 4326 948,50, 4327 955,25, 4328 962,00, 4329 968,75, 4330 975,50, 4331 982,25, 4332 989,00, 4333 995,75, 4334 1002,50, 4335 1009,25, 4336 1016,00, 4337 1022,75, 4338 1029,50, 4339 1036,25, 4340 1043,00, 4341 1049,75, 4342 1056,50, 4343 1063,25, 4344 1070,00, 4345 1076,75, 4346 1083,50, 4347 1090,25, 4348 1097,00, 4349 1103,75, 4350 1110,50, 4351 1117,25, 4352 1124,00, 4353 1130,75, 4354 1137,50, 4355 1144,25, 4356 1151,00, 4357 1157,75, 4358 1164,50, 4359 1171,25, 4360 1178,00, 4361 1184,75, 4362 1191,50, 4363 1198,25, 4364 1205,00, 4365 1211,75, 4366 1218,50, 4367 1225,25, 4368 1232,00, 4369 1238,75, 4370 1245,50, 4371 1252,25, 4372 1259,00, 4373 1265,75, 4374 1272,50, 4375 1279,25, 4376 1286,00, 4377 1292,75, 4378 1300,00, 4379 1306,75, 4380 1313,50, 4381 1320,25, 4382 1327,00, 4383 1333,75, 4384 1340,50, 4385 1347,25, 4386 1354,00, 4387 1360,75, 4388 1367,50, 4389 1374,25, 4390 1381,00, 4391 1387,75, 4392 1394,50, 4393 1401,25, 4394 1408,00, 4395 1414,75, 4396 1421,50, 4397 1428,25, 4398 1435,00, 4399 1441,75, 4400 1448,50, 4401 1455,25, 4402 1462,00, 4403 1468,75, 4404 1475,50, 4405 1482,25, 4406 1489,00, 4407 1495,75, 4408 1502,50, 4409 1509,25, 4410 1516,00, 4411 1522,75, 4412 1529,50, 4413 1536,25, 4414 1543,00, 4415 1549,75, 4416 1556,50, 4417 1563,25, 4418 1570,00, 4419 1576,75, 4420 1583,50, 4421 1590,25, 4422 1597,00, 4423 1603,75, 4424 1610,50, 4425 1617,25, 4426 1624,00, 4427 1630,75, 4428 1637,50, 4429 1644,25, 4430 1651,00, 4431 1657,75, 4432 1664,50, 4433 1671,25, 4434 1678,00, 4435 1684,75, 4436 1691,50, 4437 1698,25, 4438 1705,00, 4439 1711,75, 4440 1718,50, 4441 1725,25, 4442 1732,00, 4443 1738,75, 4444 1745,50, 4445 1752,25, 4446 1759,00, 4447 1765,75, 4448 1772,50, 4449 1779,25, 4450 1786,00, 4451 1792,75, 4452 1800,00, 4453 1806,75, 4454 1813,50, 4455 1820,25, 4456 1827,00, 4457 1833,75, 4458 1840,50, 4459 1847,25, 4460 1854,00, 4461 1860,75, 4462 1867,50, 4463 1874,25, 4464 1881,00, 4465 1887,75, 4466 1894,50, 4467 1901,25, 4468 1908,00, 4469 1914,75, 4470 1921,50, 4471 1928,25, 4472 1935,00, 4473 1941,75, 4474 1948,50, 4475 1955,25, 4476 1962,00, 4477 1968,75, 4478 1975,50, 4479 1982,25, 4480 1989,00, 4481 1995,75, 4482 2002,50, 4483 2009,25, 4484 2016,00, 4485 2022,75, 4486 2029,50, 4487 2036,25, 4488 2043,00, 4489 2049,75, 4490 2056,50, 4491 2063,25, 4492 2070,00, 4493 2076,75, 4494 2083,50, 4495 2090,25, 4496 2097,00, 4497 2103,75, 4498 2110,50, 4499 2117,25, 4500 2124,00, 4501 2130,75, 4502 2137,50, 4503 2144,25, 4504 2151,00, 4505 2157,75, 4506 2164,50, 4507 2171,25, 4508 2178,00, 4509 2184,75, 4510 2191,50, 4511 2198,25, 4512 2205,00, 4513 2211,75, 4514 2218,50, 4515 2225,25, 4516 2232,00, 4517 2238,75, 4518 2245,50, 4519 2252,25, 4520 2259,00, 4521 2265,75, 4522 2272,50, 4523 2279,25, 4524 2286,00, 4525 2292,75, 4526 2300,00, 4527 2306,75, 4528 2313,50, 4529 2320,25, 4530 2327,00, 4531 2333,75, 4532 2340,50, 4533 2347,25, 4534 2354,00, 4535 2360,75, 4536 2367,50, 4537 2374,25, 4538 2381,00, 4539 2387,75, 4540 2394,50, 4541 2401,25, 4542 2408,00, 4543 2414,75, 4544 2421,50, 4545 2428,25, 4546 2435,00, 4547 2441,75, 4548 2448,50, 4549 2455,25, 4550 2462,00, 4551 2468,75, 4552 2475,50, 4553 2482,25, 4554 2489,00, 4555 2495,75, 4556 2502,50, 4557 2509,25, 4558 2516,00, 4559 2522,75, 4560 2529,50, 4561 2536,25, 4562 2543,00, 4563 2549,75, 4564 2556,50, 4565 2563,25, 4566 2570,00, 4567 2576,75, 4568 2583,50, 4569 2590,25, 4570 2597,00, 4571 2603,75, 4572 2610,50, 4573 2617,25, 4574 2624,00, 4575 2630,75, 4576 2637,50, 4577 2644,25, 4578 2651,00, 4579 2657,75, 4580 2664,50, 4581 2671,25, 4582 2678,00, 4583 2684,75, 4584 2691,50, 4585 2698,25, 4586 2705,00, 4587 2711,75, 4588 2718,50, 4589 2725,25, 4590 2732,00, 4591 2738,75, 4592 2745,50, 4593 2752,25, 4594 2759,00, 4595 2765,75, 4596 2772,50, 4597 2779,25, 4598 2786,00, 4599 2792,75, 4600 2800,00, 4601 2806,75, 4602 2813,50, 4603 2820,25, 4604 2827,00, 4605 2833,75, 4606 2840,50, 4607 2847,25, 4608 2854,00, 4609 2860,75, 4610 2867,50, 4611 2874,25, 4612 2881,00, 4613 2887,75, 4614 2894,50, 4615 2901,25, 4616 2908,00, 4617 2914,75, 4618 2921,50, 4619 2928,25, 4620 2935,00, 4621 2941,75, 4622 2948,50, 4623 2955,25, 4624 2962,00, 4625 2968,75, 4626 2975,50, 4627 2982,25, 4628 2989,00, 4629 2995,75, 4630 3002,50, 4631 3009,25, 4632 3016,00, 4633 3022,75, 4634 3029,50, 4635 3036,25, 4636 3043,00, 4637 3049,75, 4638 3056,50, 4639 3063,25, 4640 3070,00, 4641 3076,75, 4642 3083,50, 4643 3090,25, 4644 3097,00, 4645 3103,75, 4646 3110,50, 4647 3117,25, 4648 3124,00, 4649 3130,75, 4650 3137,50, 4651 3144,25, 4652 3151,00, 4653 3157,75, 4654 3164,50, 4655 3171,25, 4656 3178,00, 4657 3184,75, 4658 3191,50, 4659 3198,25, 4660 3205,00, 4661 3211,75, 4662 3218,50, 4663 3225,25, 4664 3232,00, 4665 3238,75, 4666 3245,50, 4667 3252,25, 4668 3259,00, 4669 3265,75, 4670 3272,50, 4671 3279,25, 4672 3286,00, 4673 3292,75, 4674 3300,00, 4675 3306,75, 4676 3313,50, 4677 3320,25, 4678 3327,00, 4679 3333,75, 4680 3340,50, 4681 3347,25, 4682 3354,00, 4683 3360,75, 4684 3367,50, 4685 3374,25, 4686 3381,00, 4687 3387,75, 4688 3394,50, 4689 3401,25, 4690 3408,00, 4691 3414,75, 4692 3421,50, 4693 3428,25, 4694 3435,00, 4695 3441,75, 4696 3448,50, 4697 3455,25, 4698 3462,00, 4699 3468,75, 4700 3475,50, 4701 3482,25, 4702 3489,00, 4703 3495,75, 4704 3502,50, 4705 3509,25, 4706 3516,00, 4707 3522,75, 4708 3529,50, 4709 3536,25, 4710 3543,00, 4711 3549,75, 4712 3556,50, 4713 3563,25, 4714 3570,00, 4715 3576,75, 4716 3583,50, 4717 3590,25, 4718 3597,00, 4719 3603,75, 4720 3610,50, 4721 3617,25, 4722 3624,00, 4723 3630,75, 4724 3637,50, 4725 3644,25, 4726 3651,00, 4727 3657,75, 4728 3664,50, 4729 3671,25, 4730 3678,00, 4731 3684,75, 4732 3691,50, 4733 3698,25, 4734 3705,00, 4735 3711,75, 4736 3718,50, 4737 3725,25, 4738 3732,00, 4739 3738,75, 4740 3745,50, 4741 3752,25, 4742 3759,00, 4743 3765,75, 4744 3772,50, 4745 3779,25, 4746 3786,00, 4747 3792,75, 4748 3800,00, 4749 3806,75, 4750 3813,50, 4751 3820,25, 4752 3827,00, 4753 3833,75, 4754 3840,50, 4755 3847,25, 4756 3854,00, 4757 3860,75, 4758 3867,50, 4759 3874,25, 4760 3881,00, 4761 3887,75, 4762 3894,50, 4763 3901,25, 4764 3908,00, 4765 3914,75, 4766 3921,50, 4767 3928,25, 4768 3935,00, 4769 3941,75, 4770 3948,50, 4771 3955,25, 4772 3962,00, 4773 3968,75, 4774 3975,50, 4775 3982,25, 4776 3989,00, 4777 3995,75, 4778 4002,50, 4779 4009,25, 4780 4016,00, 4781 4022,75, 4782 4029,50, 4783 4036,25, 4784 4043,00, 4785 4049,75, 4786 4056,50, 4787 4063,25, 4788 4070,00, 4789 4076,75, 4790 4083,50, 4791 4090,25, 4792 4097,00, 4793 4103,75, 4794 4110,50, 4795 4117,25, 4796 4124,00, 4797 4130,75, 4798 4137,50, 4799 4144,25, 4800 4151,00, 4801 4157,75, 4802 4164,50, 4803 4171,25, 4804 4178,00, 4805 4184,75, 4806 4191,50, 4807 4198,25, 4808 4205,00, 4809 4211,75, 4810 4218,50, 4811 4225,25, 4812 4232,00, 4813 4238,75, 4814 4245,50, 4815 4252,25, 4816 4259,00, 4817 4265,75, 4818 4272,50, 4819 4279,25, 4820 4286,00, 4821 4292,75, 4822 4300,00, 4823 4306,75, 4824 4313,50, 4825 4320,25, 4826 4327,00, 4827 4333,75, 4828 4340,50, 4829 4347,25, 4830 4354,00, 4831 4360,75, 4832 4367,50, 4833 4374,25, 4834 4381,00, 4835 4387,75, 4836 4394,50, 4837 4401,25, 4838 4408,00, 4839 4414,75, 4840 4421,50, 4841 4428,25, 4842 4435,00, 4843 4441,75, 4844 4448,50, 4845 4455,25, 4846 4462,00, 4847 4468,75, 4848 4475,50, 4849 4482,25, 4850 4489,00, 4851 4495,75, 4852 4502,50, 4853 4509,25, 4854 4516,00, 4855 4522,75, 4856 4529,50, 4857 4536,25





# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1933.

Nr. 252. Freitag, den 27. Oktober 1905.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Auflagen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Alt-Glienide.** Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Sah statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Diskussion, Neuwahl des Vorstandes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

**Grünau.** Am Sonnabend, den 26. Oktober, abends 9 Uhr, hält der Wahlverein im Lokal des Herrn Franz „Zur grünen Eke“, Rönneckerstr. 88, seine Mitgliederversammlung ab. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

**Niederhühneweide.** Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Reimann, Grünauerstr. 5, eine Mitgliederversammlung ab. Um regen Besuch ersucht Der Vorstand.

**Schönepfandorf.** Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr bei Pätz seine Generalversammlung ab. Es ist Pflicht der Genossen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

**Sorghagen-Rummelsburg.** Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 8 Uhr, findet zwecks Agitation für den „Vorwärts“ eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich und zahlreich in den bekannten Lokalen einzufinden.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Freie Volkshäuser Charlottenburg.** Auf die heute Freitag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, stattfindende Vorstellung von „Nacht und Tag“ von Gorki wird noch einmal hingewiesen.

### Schöneberg.

Das Schöneberger Stadttheater-Projekt ist nach langer Zeit wieder einmal aufgetaucht. Die Verhandlungen mit den städtischen Vertretern und dem Konsortium sollen vorläufig zum Abschluss gekommen sein, so daß sie demnächst den entscheidenden Stellen zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden dürften. Als Direktor des auf dem Platz Y (nördlich der Brunnenwäldstraße) zu errichtenden Theaters wird der bisherige Ober-Regisseur Herr Edmund Heinec genannt. Mit dem Bau selbst soll bereits im nächsten Monat begonnen werden, so daß er zum 1. Oktober 1906 fertiggestellt ist. Vielleicht also noch früher, als das schon seit mehr als 10 Jahren „in Angriff“ genommene Krankenhaus.

Das Theatergebäude soll 1350 Personen fassen und nach zwanzig Jahren in den Besitz der Stadt übergehen. Der Durchschnittspreis der Plätze beträgt 2,50 M. Die billigsten Rangplätze kosten 1,50, 1 M. und 60 Pf. Wie sich indessen die Voraussetzungen eines sogenannten „Volkstheaters“ erfüllen lassen, ist nach allem, was man bisher in maßgebenden Kreisen für die Bildung des „Volkes“ übrig hat, ein Rätsel. Viel eher meinen wir, daß es dem Magistrat in seinem Eifer nur darum zu tun ist, in diesem Geheimratsviertel nach seiner bisherigen Praxis eine Quasitheater für ein „steuerkräftiges Publikum“ zu unterstügen. Das Bildungs- und Kunstbedürfnis des Volkes wird ihm wohl (man vergleiche nur die Aufwendungen für Schulzwecke der wohlhabenden und der ärmeren Klassen!) hierbei wenig im Wege stehen.

Die gemischte Deputation in der Angelegenheit der Fleischsteuerung hat beschlossen, an den Vorstand des Deutschen Städtetages das Ersuchen zu richten, zur Herbeiführung geeigneter Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung ungekündet den Deutschen Städtetag einzuberufen, da der Umstand, daß der Reichsminister den Vertretern deutscher Städte die nachgehende Audienz noch nicht gewährt hat, die Hinausschiebung der Einberufung nicht rechtfertigt.

Von der bürgerlichen Zusammenfassung derartiger Vertretungen konnte man allerdings ein energischeres Vorgehen nicht erwarten, viel besser wäre es jedenfalls gewesen, selbst Mittel und Wege zu finden, die ein Warten auf eine Entschließung der Reichsbehörden unnötig macht. — Hat nicht Schöneberg selbst eigene Kesselfelder angelegt, die Abertausende von Morgen Landes in sich schließen? Man sollte mit der Bewirtschaftung in eigener Regie unverzüglich vorgehen.

### Pankow.

Ein Gegenstück zum Volksschulhaus. Aus Pankow wird uns geschrieben: Die abgeleitete Klammung des gesundheitsgefährlichen Gebäudes, in dem die alte Volksschule untergebracht ist — trotz der vernichtenden Kritik des beamteten Schulrates — kennzeichnet sich als ein Ausläufer des Klassenregiments besonders scharf durch einen Vergleich mit der weitgehenden Fürsorge für das höhere Schulwesen. Bekanntlich soll mit dem Bau eines Realgymnasiums im Frühjahr 1906 begonnen werden, das schon 1907 in Benutzung genommen werden wird. Das Grundstück selbst ist der Gemeinde von der spekulativen Immobilien-Verlehrsbank ungenügend überreignet worden. Der Bau ist auf 470 000 M. veranschlagt worden, davon entfallen an Bauforderungen für das Hauptschulgebäude 337 000 M., für die innere Einrichtung 92 000 M., für das Wohngebäude des Direktors (neun Zimmer und Nebenräume) 45 000 M., Turnhalle 31 000 M., Abortgebäude 6 000 M., Einriedigung des Grundstücks 10 000 M., als Bauzuschlag für außerordentliche Arbeiten 5 Proz. der ganzen Bauunterkosten. Von der üblichen Werksteinfassade soll abgesehen werden und eine architektonische hervorragende Fassade aus bestem Material hergestellt werden. Dieses Gebäude ist berechnet für nur 800 Schüler. Es werden zwei Primen mit je 30 Schülern errichtet, jeder Raum 42,25 Quadratmeter groß; eine Obersekunda mit gleichfalls 30 Schülern, der Raum 42,25 Quadratmeter, zwei Untersekunden mit je 35 Schülern, Größe jedes Raumes 45,50 Quadratmeter, vier Tertien mit je 40 Schülern, Größe des Raumes 52 Quadratmeter; außerdem kommen hinzu zwei Quartien, zwei Dabnen, zwei Sexten in derselben Größe und drei Vorklassfassen. An gemeinsamen Räumen sind vorhanden: Gesangsraum 100 Quadratmeter, Zeichenraum 100 Quadratmeter groß, ein Modelzimmer, ein Waschzimmer. Letztere drei Räume dürfen nur Nordlicht erhalten. Es schließen sich ferner an: Lehrmittelzimmer und Aula. Letztere wird 300 Quadratmeter groß und ist mit dem Gesangsraum durch große Schiebetüren in Verbindung zu bringen, so daß beide Räume 400 Quadratmeter umfassen. Es kommen hinzu: ein Lehrsaal, ein Raum für physikalische Apparate, drei Arbeitszimmer, ein zweites Lehrsaal, ein Laboratorium, ein Raum für Sammlungen, eine Lehrbibliothek, eine Schülerbibliothek. Für die Verwaltung werden ferner eingerichtet: Geschäftszimmer des Direktors mit Vorzimmer, Konferenz- und Lehrerzimmer, ein Raum für die Fahrräder der Schüler.

Grundsätzlich haben wir gegen die Errichtung höherer Schulen festzuhalten nichts einzuwenden, obwohl ihr Besuch ein Monopol der Kinder der Besitzenden ist. Doch die unerhörte Vernachlässigung der Volksschule ist ein zu hoher Preis dafür. Die hier skizzierte Einrichtung des Realgymnasiums liefert den Beweis, wie die Bourgeoisie es versteht, auf Kosten der Allgemeinheit für Bildung, geistige und körperliche Förderung ihrer Sprößlinge zu sorgen. Wir wollen auf die dauernde Belastung der Steuerzahler durch die zwei Institute, die Realschule und das Realgymnasium, in einer nur 30 000 Einwohner zählenden Vorortgemeinde nicht näher eingehen, aber erwähnen müssen wir, daß jetzt schon der Realschüler der Gemeinde 88 Mark kostet, während für den Gemeinbesitzer nur 50 Mark aufgewendet werden, jeder zukünftige Gymnasialschüler kostet an einmaligen Ausgaben bereits jetzt 600 Mark.

### Friedrichsfelde.

Die Fortsetzung der Diskussion über den Jenaer Parteitag, welche infolge der Auflösung der vorigen Friedrichsfelder Versammlung nicht zu Ende geführt werden konnte, brachte nichts wesentlich Neues. Genosse Stähler sprach sehr sachlich über die Stellungnahme der verschiedenen internationalen Kongresse zur Kaiserfrage. Er sei entschieden gegen die Kaiserfeier, wie sie heute zum größten Teil durch Vergewaltigungen aller Art, welche dem Geist des Tages widersprechen, geübt werde. Im übrigen könnten die Gewerkschaftsführer auf keinem anderen Standpunkt stehen, wie er auf dem Kölner Kongress und auf dem Parteitag durch A. Schmidt zum Ausdruck gebracht sei. Die Genossen Umbreit und Eiel verteidigten noch einmal ihre in voriger Versammlung ausgesprochene Meinung. Brunt, Bronwald, Schwabitsch widersprachen den Gewerkschaftsführern. Sie wollen sich nicht die Fortschritte in der Arbeiterbewegung an 1. Mai durch die Führer annullieren lassen. In einem kurzen Schlußwort verteidigte Genosse Eiel die Beschlüsse des Parteitages; sie entsprächen den Ansichten der großen Masse der denkenden Arbeiterschaft. Eine Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Jenaer Parteitages einverstanden erklärt, wurde ohne Widerspruch angenommen. — Als Delegierte zur nächsten Kreiskonferenz wurden Eiel, Schwabitsch, Krüschke und Schmidt gewählt, Genosse Liebe als Erläuterer. — Auf der Tagesordnung der nächsten Gemeindevorstellung, welche am Freitagabend 8 1/2 Uhr im kleinen Saal des Schloßrestaurants stattfindet, steht u. a. Bewilligung der Mittel zur Anschaffung einer Krankenbaracke zur Beratung.

### Potsdam.

Gewerdegewerkschaftswahl. Die am Dienstag und Mittwoch stattfindenden Wahlen der Beisitzer zum Gewerbeamt haben für die freiorganisierte Arbeiterbewegung ein erfreuliches Resultat gezeitigt. Dem trotz aller Anstrengungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist es der gegnerischen Koalition, die aus den Hirsch-Dunderschen, dem Kreis-Kriegerverein und dem Evangelischen Arbeiterverein bestand, nicht gelungen, die bisherige Zusammensetzung der Arbeitergewerkschaft zu ihren Gunsten zu verändern. Statt des uns gnädigt zugestandenen einen Sitzes der zehn Beisitzer haben wir acht Mandate errungen. Von der Liste des Gewerkschafts-fachrats wurden gewählt: Arbeiter Hugo Krause, Schneider Karl Rüdiger, Tabakarbeiter Max Flohr, Schlosser Otto Matthies, Rührer Karl Bieting, Steinmetz Karl Jähnert, Töpfer Otto Rogge, Maurer Wilh. Werner.

Von der Gegenliste wurden gewählt: Schlosser Otto Wiske, Metallarbeiter Franz Ebbinghaus. Als Arbeitgebebeisitzer erhielten die Mehrheit: Tapeziermeister B. Sandner, Buchdruckereibesitzer Brandt, Zigarrenfabrikant D. Wenker, Kupferknechtmeister Kayr, Fabrikbesitzer Urban, Gastwirt Winklermann, Kaufmann Audieny, Gärtnerbesitzer Hampe, Schneidemeister Conrad, Expediteur Tollmitt.

### Steglitz.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins entfaltet auch in den Vororten eine rege Agitation. Am Sonntagvormittag fand im Lokale von Schellhose hier selbst eine öffentliche Versammlung statt, die sich eines leidlichen Besuches zu erfreuen hatte. Ein Vereinsmitglied hatte das Referat übernommen. Der jugendliche Redner begründete an der Hand zahlreicher Beispiele und reichlichen Zahlenmaterials die Notwendigkeit einer Organisation der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und erläuterte Zweck und Ziele seines Vereins. Er forderte die jugendlichen Zuhörer auf, sich ebenfalls der Organisation anzuschließen. In der Diskussion wurden einige Fälle von besonders krasser Lehrlingsausbeutung angeführt und an die anwesenden erwachsenen Arbeiter appelliert, die junge Organisation dadurch zu unterstützen, daß sie ihre Kinder oder Geschwister zum Eintritt veranlassen möchten. Ferner wurde mitgeteilt, daß verschiedene Steglitzer Handwerker ihren Lehrlingen den Besuch der Versammlung aufs strengste verboten hätten. Das Gemühen dieser biederen Spießer wird indessen die Bewegung nicht aufhalten. Der Erfolg der Versammlung war die Aufnahme von neun Mitgliedern. Diese in Gemeinschaft mit dem schon vorhandenen kleinen Stamm, werden dafür sorgen, daß auch in unserem Dorfe die Organisation mehr und mehr an Boden gewinnt. Der ganze Verlauf der Versammlung machte einen äußerst günstigen Eindruck; der Referent sowohl wie die Diskussionsredner hielten sich streng in den Grenzen der Sachlichkeit. Daß unsere Polizeibehörde in weiser Vorsicht die Versammlung überwachen ließ, sei nebenbei erwähnt. Daß es überflüssig war, wird der von dem Beamten zu erstattende Rapport hoffentlich ergeben haben.

### Adlershof.

Der Wahlverein zu Adlershof hielt am Donnerstag, den 19. Oktober, seine Generalversammlung ab, in welcher die Berichte des Vorstandes und der Funktionäre gegeben wurden und deren Neuwahl stattfand. Der Vorstand hatte einen Antrag auf Aenderung der §§ 4, 5, 6, 7 und 8 des Ortsstatuts eingebracht, der auch angenommen wurde. Die Aenderung besteht vorzugsweise darin, daß nicht mehr der 2. Vorsitzende, der 2. Kassierer und der Beisitzer gewählt werden, sondern an deren Stelle drei Beisitzer, so daß der verantwortliche Vorstand nicht mehr aus fünf, sondern aus drei Personen besteht. Aus dem Bericht des Vorstandes ist hervorzuheben, daß im Berichtsjahre 14 Vorstandssitzungen, 7 kombinierte Vorstandssitzungen, 6 Mitgliederversammlungen, 1 Generalversammlung, 6 öffentliche Versammlungen und 2 Agitationstouren stattfanden. Die Kassenvernahmen im 4. Quartal betragen 385,23 M., die Ausgaben 127,90 M. An den Zentralvorstand wurden 236,82 M. abgeführt. Im Berichtsjahr ist eine Einnahme von 1335,94 M., eine Ausgabe von 511,78 M. zu verzeichnen. An den Zentralvorstand konnten 890,04 M. abgeführt werden. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 247, am Ende 260, es ist also eine

Zunahme von 43 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Einnahmen der Zeitungspedition betragen im 4. Quartal 1814,94 M., die Ausgaben 1641,71 M., verbleibt ein Bestand von 133,23 M. Die Einnahmen des Jahres aus derselben betragen 7548,68 M., die Ausgaben 7615,40 M., mithin ein Bestand von 133,23 M. 60 „Vorwärts“-Abonnenten wurden im Berichtsjahre neu gewonnen, so daß am Schluß desselben 458 zu verzeichnen waren, welche Zahl jedoch zurzeit weit überschritten ist. Nachdem noch die Berichte der Lokalkommission und der Bibliothekare gegeben waren, wurde nach Dechargeerteilung zur Neuwahl geschritten. Es wurden gewählt als Vorsitzender Genosse Bedt, als Kassierer Genosse Fuchs, Schriftführer Gudel, Beisitzer Gillebrandt, Wättner und Reichert, als Revisoren Reumann, Dize und Martin, Bibliothekare Schubert und Singelmann, Lokalkommission Fieberstein, Road und Meil, als Parteipredicatur Steuer. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten wurden zum Schluß die Genossen Lof, Bedt und Steuer zur Kreis-Generalversammlung delegiert.

### Neuenhagen (Sfbahn).

Die Generalversammlung des Wahlvereins fand am Sonntag, den 15. Oktober, statt. Dieses Berichtsjahr erstreckt sich auf neun Monate, da jetzt die Geschäftsperiode des Vereins nach jedem Parteitag abläuft. Aus dem Berichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß im letzten Geschäftsjahre 5 Mitglieder und 3 Volksschulungen stattfanden. Die Einnahme betrug 142,33 M., der Ausgabe von 49 M. gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand von 93,33 M. besteht. Dem Kassierer wird auf Antrag der Revisoren Entlassung erteilt. Die Mitgliederzahl ist von 63 auf 125 gestiegen, der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig. Lokale zu Versammlungen haben wir zwei hinzubekommen, und zwar je eines in Neuenhagen und Friedersdorf. Die Bibliothek ist leider wenig in Anspruch genommen worden. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Vorsitzender: Böttig, 1. Vorsitzender: Vaudorf, 2. Vorsitzender: Dallmann, Kassierer: Böhm, Schriftführer: Als Beisitzer wurden die Genossen Schloffer, Jaufen und Götter gewählt; als Revisoren Henkel, Aug. Schmäte und Lehner; zum Hilfskassierer für Alt-Landsberg Genosse Jäke. Genosse Böttig erstattete sodann den Bericht von der Kreis-Konferenz, indem er besonders über die Beschlüsse des Jenaer Parteitages sprach. Die Verlesung ist mit den gefassten Beschlüssen einverstanden. Der Vorstand wird beauftragt, in der nächsten Zeit ein Flugblatt herauszugeben, das sich mit der Lokalfrage befaßt. Mit den Funktionen der Lokalkommission wird der Vorstand wieder beauftragt. Die Debatte über das Organisationsstatut für Groß-Berlin wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zur Aufnahme meldeten sich sechs Genossen.

### Wilhelmsruh.

Aus einer Kolonie. Der Wahlverein beschloß in seiner letzten Sitzung, seine Generalversammlung bis zur endgültigen Regelung der Kreisorganisationsfrage zu vertagen. Gleichzeitig wurde beschlossen, bei dem Bezirksausschuß Einspruch gegen die Kreisauflösungsverfügung, das neue Wahlreglement betreffend, zu erheben. Der Vorsitzende Krennig führte aus, daß neben anderen Punkten dieser Einspruch besonders damit begründet werden muß, daß eine alte, für die heutigen Verhältnisse nicht mehr zutreffende Liste der Stimmberechtigten bei der Festlegung der Vertreterzahl der einzelnen Ortsteile verwendet worden ist, und nicht die vom Geleg verlangte, berichtigte Liste des letzten Jahres. Wilhelmsruh hat nach dem jetzigen Status 1/4 der Vertreter der dritten und der zweiten Abteilung zu verlangen, in allen drei Abteilungen zusammen mindestens 2/3 der Vertreter.

Die oben angezogene Verfügung des Kreisauflösungsausschusses ist in der Tat geeignet, den Genossen von Wilhelmsruh die Möglichkeit einer starken Vertretung im Gemeindeparlament sehr zu erschweren. Die Kolonie Wilhelmsruh gehört zwar kommunalpolitisch zur Gemeinde Rosenthal, ist aber nichtsofortweniger mit ihren etwa 3000 Einwohnern der bei weitem größte Bestandteil der im ganzen nur reichlich 4000 Einwohner zählenden Kommune Rosenthal, welche aus drei räumlich getrennten Teilen, nämlich der Kolonie Wilhelmsruh, der alten hauerischen Gemeinde Rosenthal und der Kolonie Nordend besteht. Hierbei ist noch zu bemerken, daß die erst reichlich zehn Jahre alte Kolonie Wilhelmsruh rapide anwächst, während die Bevölkerungszahl von Rosenthal und Nordend stagniert und auch in absehbarer Zeit auf kein Anwachsen rechnen kann. Bisher haben nun im Dorparlament die hauerischen gesinteten Vertreter von Rosenthal die, wenn auch schwache, Mehrheit und haben bisher jede moderne Entwicklung des aufstrebenden Wilhelmsruh unterbunden. So hat Wilhelmsruh als stärkster Ortsteil noch heute keine Schule; eine vor kurzem gebaute neue Schule fand ihren Platz statt im starkbedörferten Wilhelmsruh in dem eine halbe Stunde entfernten, schwach bedörferten, hauerischen Mutterdorfe. Das mit den Rosenthaler Bauern versippte und verschöngerte Bodenbesitzantentum von Wilhelmsruh hat ferner die ganze Entwicklung der Kolonie dadurch empfindlich geschädigt, daß die Vargeklärungs- und Straßenbaukosten derart erteilt worden sind, daß der Gemeinde auf lange Zeit hinaus noch die Hände gebunden sind. Man hat neben anderen schweren Fehlern es nämlich auch unterlassen, bei der Erteilung jener Konsense Bedacht auf eine etwa später einwirkende Kanalisation zu nehmen, dadurch, daß man Kautionshinterlegung für jedes verkaufte oder zu bebauende Grundstück verlangte, um aus diesen Kautionsbeiträgen einen Grundstock für die Kosten einer später zu erbauenden Kanalanlagenanlage bilden zu können; heute dürfte es erhebliche Schwierigkeiten machen, von den Inhabern der bebauten Flächen derartiges zu verlangen. Es haben sich Zustände daraus entwickelt, die, namentlich im Sommer, im buchstäblichen Sinne des Wortes „zum Himmel stinken“, weil eine geregelte Fäkalienabfuhr nicht stattfindet. Erst in einer der letzten Gemeindevorstandssitzungen beschloß man, die obligatorische Abfuhr in Gemeindegasse zu übernehmen. Aber gehesert wird auch da nichts werden, weil man doch unmöglich die Fäkalien von 4000 Menschen vergraben kann, sondern auf die Entleerung im offenen Gelände angewiesen ist. Trotzdem die Grundwasserhältnisse schon sovielwie recht schlechte sind, liegen noch in zahlreichen Fällen der Brunnen und die Senz- resp. Fäkaliengrube in traulichster Nachbarschaft! Daneben oft zwei Abtritte des beschädigten alten Tonnensystems in ein Haus von 8-10 Familien! Was beim Ausbruch einer Typhus- oder Ruhrpandemie da entstehen kann, kann man sich wohl vorstellen.

Bei den nächsten Gemeindevorständen hätten nun unbedingt die Vertreter von Wilhelmsruh die bisher hauerische Mehrheit verdrängt, so daß von diesem Zeitpunkt ab eine Besserung der geschädigten Zustände angebahnt werden konnte. Aber leider hat nun der Kreisauflösungsausschuß auf Grund des § 51 der Landgemeinde-Ordnung die Wahlnach sogenannten „Ortschaften“ verfügt, indem von 12 Vert

relem Wilhelmstr. 7, Hofenthal 3, Nordend 2 Vertreter stellen soll, wobei zu bedenken ist, daß auf Wilhelmstr. mindestens 8 oder 9 Vertreter fallen müßten. Also anstatt dem Treiben des Grundbesitzbesitzerentgegenzutreten, ist der Kreisauschuss dabei, die häuerliche Mehrheit noch länger zu sichern. Von den drei Schöffen ist einer ein mit den Bauern versippter Vobenspelant, die andern zwei häuerliche Hofenthaler, auch die Nordender sind mehr oder weniger häuerlich gesinnt. Auch der erst seit einigen Monaten neu gewählte Gemeindevorsteher von Hofenthal war bis vor seinem Amtsantritt langjähriger Sekretär desselben Kreisauschusses, also einer grundbesitzenden Körperschaft.

Das Projekt der Chaussee-Besprenzung im Vorortgebiet, das zu Anfang der neunziger Jahre für die Brunenwald-Chaussee sehr eifrig erörtert wurde, taucht jetzt in einem anderen Teile des Berliner Vorortgebietes von neuem und in erweiterter Gestalt auf. Damals war es die rasch sich entwickelnde Kolonie Brunenwald, die beim Legen der Leitungsgräben längs der Brunenwald-Chaussee auf die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Anlage von Hydranten in gewissen Entfernungen hinwies. Die schnelle Entwicklung der Kolonie scheint später die Aufmerksamkeit der dortigen Gemeindeverwaltung von der Sache abgelenkt zu haben, denn den Charlottenburger Wasserwerken wurde die Erlaubnis zur Verlegung ihrer Druckrohre längs den Chausseen erteilt, ohne daß die erwähnte Bedingung festgesetzt worden wäre. Jetzt haben sich die Gemeinden Alexanderhof, Alt-Glienitz und Grünau zu einem Wasserwerkungs-Verbande vereinigt und zur Erbauung eines gemeinsamen Wasserwerkes die Aufnahme einer mit 3/2 Proz. verzinsten und mit 1 Proz. amortisierbaren Anleihe, welche die Sparkasse des Kreises Leitow hergeben will, beschlossen. Auf die an die Kreisverwaltung gerichtete Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen die Verlegung der Hochleitungen des neuen Wasserwerkes in den Untergrund der Kreis-Chausseen gestattet werden würde, ist nun ein etwas vieldeutiger Bescheid ergangen: Die Kreisverwaltung verlangt eine jährliche Anerkennungsgeldgebühr von 140 M. und außerdem unentgeltliche Wasserlieferung für Chausseegewäde. Was bisher an Wasser für Chausseegewäde gebraucht worden ist und gebraucht zu werden pflegte, ist so geringfügig, daß deswegen wohl kaum eine besondere Bedingung gestellt worden wäre; für die Befestigung der Chausseegräben und Wöschungen genügt, bei verständiger Anlage des Straßenprofils und bei den in der Umgebung Berlins in Betracht kommenden Terrainverhältnissen, die Menge der Niederschlagswasser, die oft mehr als wünschenswert die Chausseegräben anfüllen. Wenn also von einer größeren Wassermenge, die zu Chausseegewäden gebraucht werden soll, die Rede ist, so wird das nur als Wasser zur Chaussee-Besprenzung gedacht werden können. Zunächst will sich der Wasserwerks-Verband an die Kreisverwaltung mit der Bitte um Aufklärung über diesen Punkt wenden und dabei namentlich auf die schwere Belastung hinweisen, die dem neuen Wasserwerke durch solche Verpflichtung auferlegt werden würde. Vom Standpunkte des Verkehrsinteresses kann ja nur eine Befestigung der Chausseen dringend gewünscht werden; der Reifstraß, der auf diesen Dämmen lagert, ist an heißen Sommertagen selbst dem an Staub einigermaßen gewöhnten Berliner unheimlich. Selbst wenn die Lieferung des Wassers unentgeltlich erfolgte, würde bis zur vollständigen Einrichtung einer geordneten Chaussee-Besprenzung von der Kreisverwaltung noch viel zu befehlen sein: Sprengwagen, Bespannung, Bedienung der Geschirre usw. Hoffentlich läßt sich zur Erreichung des an sich guten Zweckes eine Verständigung unter den beteiligten Partnern erzielen; es sollen bereits Vorschläge in der Richtung eingebracht worden sein, daß die Wasserlieferung für Chausseegewäde je nach der größeren oder geringeren Rentabilität des Wasserwerkes zu einem geringeren oder höheren Preise stattfinden soll. Für den Anfang soll für alle Wasserabnehmer der Tarif der Charlottenburger Wasserwerke eingeführt werden. Diese haben, allerdings unter günstigen Bewinungs- und Abgabebedingungen, Jahresdividenden von 10—13 Proz. des Anlagekapitals erwirtschaftet. Bei nur 4-prozentiger Kapitalverzinsung und Amortisation aber läßt sich am Ende auch noch etwas für die Chaussee-Besprenzung tun.

Die Haus- und Grundbesitzervereine des Bundes Groß-Berlin wollen eine Hypothekensubstanz errichten. Es soll dadurch vorgebeugt werden, daß die einzelnen Mitglieder des Bundes beim Abschluss von Hypotheken hohe Provisionen zahlen müssen. Auch glaubt man durch die neue Hypothekensubstanz den Grundstücks- und Geldverkehr in solidere Bahnen lenken zu können.

## Berliner Nachrichten.

Die Enthüllung des Nolte-Denkmal auf dem Königsplatz ging gestern mittag programmäßig vor sich. Ein konservatives Blatt berichtet über die Vorbereitungen zur Feier mit drohiger Noto: "Das erste, was das Publikum von der Feier merkte, waren die zwar nicht angenehmen, aber doch einmal notwendigen Absperzungen, die verhältnismäßig zeitig in Kraft traten. Große Abteilungen von Polizei erschienen unter Kommando hoher Polizeioffiziere. Während man noch die Dekorations am Denkmal betrachtete, wurde der Zugang zur Siegesstraße bereits verwehrt. Später erfolgte dann die völlige Sperrung des ganzen Königsplatzes und seiner näheren Umgebung vom Bismarck-Denkmal bis zum Krollischen Stabstümmel und von der Straße am Königsplatz bis zur Felten-Allee, teilweise auch noch die Bismarck- und Altenstraße. Der Verkehr der Straßenbahnen ließ sich indessen gerade hier ohne sonderliche Unannehmlichkeiten für das Publikum verhältnismäßig einfach und ohne Störungen umleiten. Für das Publikum blieb naturgemäß von der eigentlichen Feier wenig zu sehen, was diesmal weniger enttäuschend war, da heute dem Militär naturgemäß der Vorrang gebührt — und das mit Recht. Immerhin hatten sich doch viele eingefunden, um den Aufmarsch der Truppen anzusehen, die Anfuhr der Generalität, der Würdenträger des Reiches und des Staates zu beobachten und Se. Majestät den Kaiser und die Mitglieder des kaiserlichen Hauses zu begreifen. Der Festplatz, sauber mit Kies bestreut, präsentierte sich recht wirkungsvoll."

So erhält das deutsche Volk ein patriotisches Denkmal. Die Festrede des Generals v. Schlieffen brachte programmäßig in den ersten Worten den Hinweis, daß die Säule hier auf diesem Plage ein Zeugnis sei der großen Taten des großen Kaisers, einheitlich aber sonst nichts von Belang. Der Kaiser hielt keine Rede. Gegen halb zwei Uhr war die Enthüllungsfest zu Ende. Damit hatte Berlin zu so und so vielen patriotischen Denkmälern noch eins bekommen.

### Mit dem Pferderennen in Hoppengarten

Beschäftigte sich gestern die brandenburgische Provinzial-Synode. Nicht etwa, daß die Tierquälerei, die verrohende Wirkung dieser Veranstaltungen gescholten wurde; es galt höheres, nämlich Seelen zu retten. Superintendent Bähge aus Alt-Landsberg vertrat einen Antrag der Kreisynode Strausberg betr. die Abstellung der öffentlichen Pferderennen am Sonntag. Viele Jahre habe in Hoppengarten — wie man sagt, auf einen Wunsch des alten Kaisers Wilhelm — des Sonntags kein Pferderennen mehr stattgefunden, neuerdings habe bei dem Strausberger Rennen wieder eine Wandlung Weltung bekommen. Sonntagessen und Sonntagssitte, die in den Vororten schon so schwer zu erhalten sei, werden durch die Unruhe der Sonntag-Pferderennen wesentlich gefährdet, umso mehr, als diese mit dem Wettbetrieb verbunden sind und das Wettspiel weiteste Kreise — auch Frauen — ergreift. Der Referent stellt den Antrag: Die Bitte an das Kirchenregiment zu richten, an geeigneter Stelle, insbesondere bei den weltlichen Behörden, dahin zu wirken, daß die Pferderennen und besonders der

damit verbundene Wettbetrieb möglichst selten an Sonntagen stattfinden.

Syn. Rittmeister Badice (Schönfeld bei Värwalde R.-M.) macht dagegen geltend, daß ohne Sonntag-Rennen es heute im Grunde keine Pferdezeit gebe; es sei denn, daß man dafür Sorge, daß der Staat den Nummern die Mittel besorge, die sonst nur durch die Sonntagrennen aufgebracht werden können. Es ist schließlich doch auch nicht so schlimm, wenn die Leute statt in die Kneipen oder auf den Tanzboden zum Pferderennen gehen. Es ist der Totalisator angegriffen worden. Wer je mit Nennen zu tun hatte, wird also wissen, daß früher ohne Totalisator viel mehr gewettet worden ist als heute. In Berlin kann man ja bei jedem Festeur und Zigarrenhändler wetten. Um diese Verhältnisse auszuhalten, ist der Staat dahin gekommen, den Totalisator zu konfiszieren. Wenn Sie das als unsittlich bezeichnen wollen, so müssen Sie dasselbe auch von der Porterie sagen. (Aufführung.) Der Antrag, gegen den ich Bedenken habe, wird keinen Erfolg haben. Schließlich wirkt ja die Provinzialynode nicht auf die Landesregierung ein. (Weiterer.) Syn. Geh. Regierungs- und Schulrat Schumann-Frankfurt a. O. meinte: Hier handelt es sich weder um Halblut, noch um Vollblut, sondern um unsere erbliche Seelen, und da muß die Kirche reden. Carinus, der gelangt hat, sein Haus sei ein Bethaus, würde heute am Sonntag auch den Totalisator umstoßen.

Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen. Die Herren der Synode, die sich bisher der Pferdezeit widmeten, werden sich nun wohl mehr auf die Seelenzeit werfen und unter ihren Nummern lebhaft dafür agitieren, daß sie der Offenheit durch ihre falschereiche und tierquälende Arbeit hinfort kein böses Beispiel mehr geben. Ueber die Wirkung dieser Ermahnungen auf den Unionklub wird hoffentlich in der nächsten Provinzialynode berichtet werden.

Wie man unentgeltlich Stellen vermittelt, zeigt die Geschäftsprovis, die vom „Anzeiglichen Stellennachweis der Vereinigung Frauenkunst und Fleiß“ im Hause Leipzigerstr. 91 eingerichtet worden ist. An Frauen und Mädchen, die auf dem Wege des Inserats Stellen suchen, sendet diese Gesellschaft gedruckte Mitteilungen, die unter ausdrücklicher Versicherung gebührenfreier Stellenvermittlung zu einem Besuche einladen. Am Kopfe der gedruckten Einladungsarten heißt es ausdrücklich: „Anzeiglicher Stellennachweis der Vereinigung Frauenkunst und Fleiß. Ausstellung und Protektorat von hundert Tamen der Gesellschaft“, während in dem gedruckten Anschreiben noch außerdem die Gebührenfreiheit dreimal in fetter Druckschrift hervorgehoben wird. Leider enttäuscht das Institut die Hoffnungen der Besucherinnen auf unentgeltliche Stellenvermittlung in recht sonderbarer Art, indem es die Vermittlung vom vorherigen Beitritt zur Vereinigung Frauenkunst und Fleiß abhängig macht und die Erlegung eines Monatsbeitrages von 2 M. verlangt, der bei Vermeidung des Erlöschens der Mitgliedschaft auch vor jedem kommenden Monatsbesten pränumerando zu entrichten ist. Durch die Zugehörigkeit zu dieser Vereinigung erwirbt das Mitglied das Recht, in der permanenten Anstellung des Instituts am Kurfürstendam bei Einkäufen von 5 Mark einen Rabatt von 2 Mark zu verlangen! Daß diese Art der Reklame sehr geeignet ist, den stärksten Zweifel an dem humanitären Zwecke des Instituts zu erwecken, bedarf keiner näheren Begründung. Was in aller Welt, so schreibt uns eine geträute Frau, muß armen Stellungsuchenden Frauen ein Rabatt von 2 M. bei Einkäufen von 5 M? Und warum wird nicht in den gedruckten Prospekten vorweg erklärt, daß erst nach Zahlung von 2 M. die stellenvermittelnde Tätigkeit des Instituts einsetzt? Sieht es doch fast aus, als sollte das Verbot einer Voranhebung von Stellenvermittlungsgebühren hier auf hinreichend Art umgangen werden. Die „hundert Tamen der Gesellschaft“, die als Protektorinnen der Vereinigung wählten, werden gut tun, darauf zu achten, daß nicht den armen Stellungsuchenden durch einen Besuch des Instituts unnötig Zeit und Geld verloren geht. Die gegenwärtige Praxis der Vereinigung ist nicht minder schlimm wie die der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, die doch wenigstens offen und ehrlich auf die Ausbeutung Stellungsuchender ausgeht, während das Unternehmen in der Leipzigerstraße seine Opfer arglistig täuscht.

Mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft beschäftigte sich Mittwoch abend Justizrat Cassel im freisinnigen Bezirksverein der sächsischen Feledrichstadt:

Gegenüber der jüngsten Erklärung der Straßenbahn führte Justizrat Cassel folgendes aus: „Bei den Verhandlungen ist damals zur Sprache gekommen, gegen welches Entgelt die Stadt bereits 1911 oder 1913 den Betrieb der Bahn übernehmen könne. Schließlich sei man aber übereingekommen, die Konzession bis 1919 zu gewähren und dann die Bahn ohne Entgelt zu übernehmen. Die Straßenbahn bestreite dies. Wie weit sie aber preussischen Richtern gegenüber mit ihrem Leugnen kommt, muß man abwarten.“ Unter Bezugnahme auf den von uns bereits erwähnten § 33 des Vertrages zwischen der Stadt und der Straßenbahngesellschaft legte der Vortragende dar: Daß hieraus die Absicht der Stadt Berlin zu erkennen ist, den Betrieb 1919 zu übernehmen, ist klar. Wer dies leugnet, kann ebenso gut das Versehen von Sonne, Mond und Sternen bestreiten. Es fragt sich nur, mit welchem Erfolge. Einen Handel mit allem Wissen, Patenten etc. hat die Stadt nicht beabsichtigt. Nur hat die Straßenbahn das Kleinbahnrecht für sich ins Feld geführt. Der Kleinbahnrechtliche Erwerb könne sich nur auf den Erwerb des ganzen Unternehmens beziehen und nicht auf den Erwerb einzelner Linien. Diesen sieht aber der Vertrag ausdrücklich vor, und er gestattet dieses Recht auch den Vororten. Viele Vertragsbestimmungen sind für die Absicht der Übernahme des Betriebes so klar, daß eine andere Auslegung gar nicht möglich ist. Von einer Erschwerung in dieser Beziehung war damals nichts bekannt. Die Straßenbahn hat es dann wider Treu und Glauben verstanden, ohne Kenntnis des Magistrats, ohne jede Anhörung der Stadt die Konzessionierung bis 1949 durchzusetzen (Hört! hört!), und zwar sogar gegen den Widerspruch des Polizeipräsidenten v. Windheim. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, die Stadt zu befragen. Im öffentlichen Interesse ist es nicht gleichgültig, daß ein Ministerialdirektor für die Kleinbahnen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten anderthalb Jahre nach seiner Ernennung zum Direktor der Straßenbahn die Verlängerung der Konzession erwirkte. Sogar von dem konservativen Abgeordneten v. Pappenheim ist dies im Abgeordnetenhause namens der Konservativen bedauert und lebhaft kritisiert worden. Wir sind der Meinung, daß die Regierung bei der Genehmigung der Konzession sich nicht durch die Interessen einer Erwerbsgesellschaft, sondern durch die Interessen der Bürgerchaft hätte bestimmen lassen sollen. In einem Staate, den einst Friedrich der Große regiert hat, muß man diese Konzessionsverlängerung als unerhört bezeichnen.“

Von der Genidstarr ist es in Berlin ganz still geworden. Während der Monat August noch mehrere Erkrankungen und auch einzelne Sterbefälle gebracht hatte, sind im September nur noch eine Erkrankung und ein Sterbefall gemeldet worden, die sich als durch Genidstarr verursacht erwiesen. Im Oktober ist dann zunächst kein wirklicher Genidstarrfall mehr festgestellt worden. Zu einem eigentlichen epidemischen Auftreten der Genidstarr ist es überhaupt nicht gekommen.

Revolution und Reiseverkehr. Zum Eisenbahnerausland in Russland macht die k. k. Eisenbahndirektion Berlin folgendes bekannt: „Der Reiseverkehr zwischen Petersburg und Wirballe ist von heute vormittag bis auf weiteres eingestellt worden. Ob Vorkäufe von näher gelegenen Stationen in Wirballe eintreffen oder dort hin abfahren, ist noch unbestimmt. Güterüberführungszüge von Eydtschuh nach Wirballe sind ungesichert verkehren bis auf weiteres. Die Weichselbahnen übernehmen auf dem Uferübergangspunkte Barzau, Ringbahn, keine Züge. Nach Stationen der Weichselbahnen und Hinterbahnen werden daher weder Güter angenommen, noch Fahrkarten verkauft und Geld abgefordert. Die Grenzstationen Alexandrowo, Sosnowice und

Granica dürfen solche Transporte nicht annehmen. Die Warschau-Wiener Bahn lehnt die Verantwortung für rechtzeitige Lieferung der Wehr bis auf weiteres ab. Infolge Eisperre auf dem Flusse Dnieb leidet die Moskau-Kasauer Bahn die Weiterbeförderung von Gütern nach Kishini-Kowgorod und den dahinter gelegenen Stationen ab; derartige Güter werden bis auf weiteres nicht angenommen.“ Infolge der umfangreichen Verkehrsbeschränkungen der beteiligten Eisenbahnerverwaltungen sind zahlreiche Reisende, die nach Russland müssen, in arge Verlegenheit versetzt worden. In den amtlichen Reise- und Verkehrsbüros, die sie um Rat anfragen, konnte ihnen heute nur gesagt werden, daß sie von hier bis Eydtschuh und Wirballe, vielleicht auch noch darüber hinaus nach russischen Stationen, jedenfalls aber nicht bis Petersburg kommen; noch fraglicher erweise, ob sie dann von Russland überhaupt zurückgelangen können. Man verwies sie auf die Dampferverbindungen zwischen Libek bzw. Stettin und Neval, Petersburg, Riga, Libau etc.; auf welche die Auslandsbewegung in Russland keinen Einfluß hat.

Ein zweiter Rabattparaschwindler wurde am Mittwochabend in der Kopenstraße festgenommen. Der verhaftete Kranich war in den 1 1/2 Jahren, die er den Provisionsparaschwindler mit den Zahlstellen von Rabattparabereinen betrieb, so bekannt geworden, daß er sich in vielen Städtegebunden nicht mehr sehen lassen durfte, ohne sich der Gefahr auszuweichen, von Geschädigten gesehen und festgenommen zu werden. Daher nahm er sich einen Helfershelfer, der als sein Reisender die Geschäfte führte. Trotz der Unkosten, die dieser Betrieb verursachte, behielt er noch ein Monatseinkommen aus dem Schwindel von 300 bis 400 Mark. Nach der Festnahme Kranichs sah nun sein Reisender da und wußte nicht, was er anfangen sollte. Er launte zwar das Geschick seines Chefs nicht bestimmt, ahnte es aber und traute sich nun auch nicht recht mehr heraus. Drei Tage lang waren ihm die Kriminalbeamten auf der Spur. Vorgestern, Mittwochabend, sahen sie ihn in der Kopenstraße in den Zigarrenladen von Kapuhn hineingehen. Bevor er ihn wieder verlassen konnte, begriffte ihn einer der Beamten mit seinem Namen und lud ihn ein, mit ihm eine Droschke, die ein anderer rasch geholt hatte, zu besteigen. Der Schwindler wußte, was diese Einladung zu bedeuten hatte, erblachte und ging gutwillig mit. Er hat sich durch einen besonderen Anlaß auch Nebeneinnahmen zu verschaffen gewußt, indem er sich unter allerhand Vorwänden Sparmarkenbücher geben ließ, die Marken herausnahm und in neue Bücher steckte und diese für 2,50 M., die Hälfte des Wertes, an andere Leute verkaufte. Geschädigte und Kunden, die durch Kranich und seinen Helfershelfer geschädigt sind, wollen sich im Zimmer 21a des Polizeipräsidiums melden.

Ein falscher Missionar, der auch schon in anderen Städten sein Unwesen getrieben hat, wurde gestern hier in der Ringstraße wegen Jesprellerei festgenommen. Der 22 Jahre alte Wilhelm Greshenz hatte das Lehrerseminar besucht, die Abgangsprüfung aber nicht bestanden. Eine zeitlang war er hiernach Schreiber, weil ihm aber diese Beschäftigung nicht gefiel, so verlegte er sich auf den Schwindel. Wegen Betruges und Jesprellerei bereits von mehreren Orten aus geflohen, trat er zuletzt in Post i. L. und endlich in Berlin als Missionar auf. Angeblich im Auftrage einer Missionsgesellschaft besuchte er Leute, bei denen er Interesse für diese Dinge voraussetzte, schwindelte ihnen vor, daß er demnächst in den praktischen Missionsdienst nach Afrika austreife, und nahm mit Dank Beiträge für die Missionsgesellschaft an. Wo man sich hiergegen absetzend verhielt, da bekam er oft genug wenigstens Geld für Aufsichtspostkarten, die er aus dem dunklen Erdteil senden sollte. Der Schwindler steckte das Missions- wie das Postkartengeld in seine eigene Tasche und lebte einen guten Tag. Von Spandau, wo er als Missionar Wilhelm Lange aufgetreten war, kam er nach Berlin. Hier machte er gestern in der Ringstraße eine erhebliche Beute, ohne sie bezahlen zu können. Vergeblich vertrittete er den Wirt mit der Missionsgesellschaft. Der Mann glaubte ihm nicht, holte einen Schutzmänn und ließ ihn festnehmen. Bei der Kriminalpolizei erkannte man in „Wilhelm Lange“, wie der Schwindler sich auch hier nannte, bald den vielgefluchten Greshenz, der jetzt in Untersuchungshaft genommen wurde.

Ein Giftwunder gegen ein Kind wird uns aus Rittenwalde gemeldet. Das bei dem dortigen Apotheker Szotowski angefaßt gewesene Dienstmädchen Maria Waisch aus Schenkenberg bei Rittenwalde versuchte das ein Jahr alte Söhnchen ihrer Herrschaft durch Gift zu beseitigen. Während die Eltern des Kindes einen Spaziergang machten, brachte das Dienstmädchen dem ihm anvertrauten Anaben Karbolsäure bei. Als die Eltern wieder zurückkehrten, vermochten sie sich die Ursache des entsetzlichen Geschehens ihres Kindes nicht zu erklären. Bald wurden sie jedoch eines anderen belehrt. Mund und Rachenhöhle des Kleinen waren vollständig verbrannt und das Schreien des Kleinen artete schließlich in schweres Nöcheln aus. Der sofort hinzugekommene Arzt stellte Vergiftungserscheinungen fest. Die Untersuchung ergab derartig starke Verdachtsmomente gegen das Dienstmädchen, daß es verhaftet und dem Gefängnis zugeführt wurde.

Zwei internationale Taschendiebe, die wahrscheinlich zur Enthüllung des Nolte-Denkmal hierher gekommen sind, haben gestern abend einen Aleren Herrn in der Markthalle am Alexanderplatz empfindlich bestohlen. Einer von ihnen, der eine Decke über dem Arm trug, kam von rechts, der andere von links an den Ahnungslosen heran und brachten ihn so in ein Gedränge, in dem sie ihn ein Weildchen festhielten. Dann verdrängten sie aus seiner Nähe und aus der Halle. Bald merkte der alte Herr, daß ihm die beiden Gauner seine wertvolle goldene Uhr mit einer schweren goldenen Kette abgehängt hatten. Die von der Kriminalpolizei sofort aufgenommenen Nachforschungen hatten bis jetzt noch keinen Erfolg. Der eine der Diebe ist 1,62 bis 1,63 Meter, der andere etwa 1,70 Meter groß. Beide haben dunkles Haar und tragen dunkle Kleidung. Die gestohlene Uhr ist mit der Kette, die in Gold gefaßt Girschhafen als Anhänger hat, über 600 M. wert.

Ein schwerer Baunfall ereignete sich gestern abend auf einem Neubau in der Passauerstraße. Der 46-jährige Arbeiter Kalbain Krudt, Wiedonsr. 32, war dort mit Arbeitskollegen beim Klippen von Balken beschäftigt; dabei stürzte einer der schweren Balken von der zweiten Etage herab. Krudt wurde mit in die Tiefe gerissen und brach sich bei dem Sturz den Oberarm. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Moabit gebracht.

Ein Selbstmord in der Vado-Anstalt wird aus der Värwaldstraße gemeldet. Der Tischlermeister Verthold aus der Tischlerstraße 67, der in einer Fabrik als Werkmeister angestellt ist, hatte einen 17-jährigen Sohn Karl, der in einer Möbelstickerie in der Quadowstraße lernte. Der Lehrherr war durchaus mit ihm zufrieden und seinen Eltern machte er Freude. Anscheinend ganz heiter nahm der junge Mann vorgestern um 6 Uhr am Abendessen teil und ging dann nach der Värwaldstr. 64, um dort in der Anstalt ein Bad zu nehmen. Seinem 13-jährigen Bruder, den er mitnahm, sagte er, er solle draußen auf ihn warten, nach 30 Minuten komme er wieder heraus. Vergeblich wartete der Anbete über eine Stunde. Als er dann hörte, in der Anstalt habe sich jemand erhängt, lief er von einer bösen Ahnung getrieben nach Hause und holte seinen Vater. Dieser stellte den Toten als seinen Sohn Karl fest. Der junge Mann hatte sich in seiner Zelle mit dem Handtuch an einem Kleiderhaken erhängt. Was ihn dazu veranlaßt haben kann, ist seinen Angehörigen ein Rätsel. Sie vermuten nur, daß er heimlich ein Liebesverhältnis gehabt habe.

Ein größerer Vobendbrand beschäftigte gestern (Donnerstag) abend die Wehr in der Jerusalemstraße 55. Das Feuer wütete in dem Hanllager der Seilewarenfabrik von Gustav Crahm er Nachfolger und war erst bemerkt worden, als dichter Rauch den Hof erfüllte. Der 17. Löscharzt aus der naben Hauptwache war schnell zur Stelle und griff sofort mit der Dampfprisse ein. Trotdem dauerte es doch längere Zeit, bevor die Gefahr beseitigt war. Ein großer Posten Hans ist verunglückt. Das Feuer soll durch einen Schornstein entstanden sein.